
EntschlieÙung 3: Organisationspolitik

- Gewerkschaftliche Bildungsarbeit
- Organisationsmacht durch Mitgliederarbeit
- Die IG Metall stark vor Ort aufstellen
- Kampagnen und Kommunikation
- Initiativanträge

Inhaltsverzeichnis

3 - EntschlieÙung 3: Organisationspolitik

EntschlieÙung 3: Organisationspolitik

E3.001	Vorstand	Organisationspolitik	8
E3.001-EA1	Marion Koslowski-Kuzu (Delegierten-Nummer: 255)	Ergänzungsantrag zur E3 - Organisationspolitik: 4.6 Die IG Metall im DGB	
Gewerkschaftliche Bildungsarbeit			
3.001	936 VS Ludwigsburg	Vertrauensleutearbeit Bildung	18
3.002	524 VS Wolfsburg	Gewerkschaftliche Bildungsarbeit Hier: Kapazitäten zentrales Seminarangebot	20
3.003	514 VS Nienburg-Stadthagen	Bessere Verzahnung von regionalen und zentralen Seminarinhalten	21
3.004	905 VS Esslingen	Gute Bildungsarbeit unterstützt kompetente, kritische und aktive Vertrauensleute	22
3.005	239 VS Völklingen	Belegungsstrukturen in den Vertrauensleute-Seminaren analysieren und verbessern	23
3.006	514 VS Nienburg-Stadthagen	Sicherstellung ausreichender Seminarkapazitäten	25
3.007	409 VS Kiel-Neumünster	Politische Bildung stärken	26
3.008	239 VS Völklingen	Betriebliche Bildungsplanung als Kernaufgabe guter Verwaltungsstellenarbeit flächendeckend ermöglichen	27
3.009	239 VS Völklingen	Einstieg in den Ausbildungsgang „VL-kompakt“ für alle neu gewählten Vertrauensleute	29
3.010	206 VS Darmstadt	Stärkung der Vertrauensleutearbeit durch ein Angebot von „VL-kompakt“ für alle neu gewählten Vertrauensleute	30
3.011	523 VS Salzgitter-Peine	Ressourcen der zentralen Bildungszentren effizienter nutzen	31
3.012	523 VS Salzgitter-Peine	Auslagerungen von zentralen Seminarangeboten	32
3.013	523 VS Salzgitter-Peine	Aufgaben der Bildungszentren der IG Metall	34
3.014	879 VS Zwickau	Belegung von Bildungsstätten	35
3.015	411 VS Lübeck-Wismar	Auslagerung von Seminaren nach Bildungsurlaub und § 37,7 BetrVG sind zu vermeiden	36
3.016	514 VS Nienburg-Stadthagen	Erweiterung der Kapazitäten der hauptamtlichen pädagogischen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen an den Bildungszentren prüfen	37
3.017	147 VS Duisburg-Dinslaken	Erhalt und Förderung der Bildungsstätten der IG Metall und der DGB-Gewerkschaften	38
3.018	271 VS Eisenach	Gewinnung ehrenamtlicher Referentinnen und Referenten	39
3.019	510 VS Hannover	Bundesweiter Referentinnen- und Referentenkongress	40
3.020	510 VS Hannover	Weiterentwicklung der zentralen Referentinnen- und Referenten-Aus- und Weiterbildung	41
3.021	408 VS Region Hamburg	Qualifizierung von ehrenamtlichen Referenten und Referentinnen	42

3.022	716 VS Regensburg	Hospitierenden-Honorar	43
3.023	Frauenausschuss beim Vorstand	Seminarangebot „Gleichstellungspolitik im Betrieb“	44
3.024	408 VS Region Hamburg	Seminare für Kleinbetriebe	45
3.025	408 VS Region Hamburg	Mindeststandard Seminausstattung	46
3.026	523 VS Salzgitter-Peine	Bildungsbeirat	47
3.027	908 VS Gaggenau	Weiterentwicklung der Bildungsarbeit	48
3.028	917 VS Mannheim	Schulung Sicherheitsbeauftragte	49
3.029	344 VS Gevelsberg-Hattingen	Gesellschaftspolitische Bildungsarbeit	50
3.030	524 VS Wolfsburg	Gewerkschaftliche Bildungsarbeit Hier: Teamprinzip	51
3.031	408 VS Region Hamburg	Seminarkonzepte für Referenten und Referentinnen zugänglich machen	52
3.032	408 VS Region Hamburg	Bundeseinheitliche Seminarkonzepte BR-kompakt	53
3.033	523 VS Salzgitter-Peine	Keine Scheinselbstständigkeit in der Bildungsarbeit der IG Metall zulassen	54
3.034	523 VS Salzgitter-Peine	Einsatz von selbstständigen Honorarkräften in der Bildungsarbeit der IG Metall	55
3.035	350 VS Krefeld	Mehr Beteiligung durch mehr Bildung	56
3.036	502 VS Braunschweig	Bildungsarbeit	57
3.037	213 VS Hanau-Fulda	Politisches Bildungsangebot ausbauen	58
3.038	349 VS Köln-Leverkusen	Bildungsangebot für ehrenamtliche Richter und Richterinnen	59
Organisationsmacht durch Mitgliederarbeit			
3.039	524 VS Wolfsburg	Nachhaltige Mitgliederentwicklung	60
3.040	228 VS Offenbach	Mitgliederwerbung – Prämie	61
3.041	349 VS Köln-Leverkusen	Überprüfung Richtlinie Mitgliedergruppen	62
3.042	271 VS Eisenach	Mitgliederbindung bei Ausscheiden aus dem Arbeitsleben	63
3.043	349 VS Köln-Leverkusen	Interessenvertretung der Senioren und Seniorinnen	64
3.044	149 VS Gelsenkirchen	Stärkung der außerbetrieblichen Gewerkschaftsarbeit	65
3.045	350 VS Krefeld	Ehrenamt stärken	66
3.046	157 VS Oberhausen	Seniorenarbeit in der IG Metall	67
3.047	142 VS Bochum-Herne	Beteiligung von Seniorinnen/Senioren	68
3.048	524 VS Wolfsburg	Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen	69
3.049	349 VS Köln-Leverkusen	Attraktivität für Angestellte und ehemalige Studierende steigern	70
3.050	349 VS Köln-Leverkusen	Definition und Erfassung der Zielgruppe „Angestellte“	72
3.051	239 VS Völklingen	Angestelltenstrukturen in der IG Metall stärken	73
3.052	712 VS Landshut	Mitglieder Mikro-Zensus auf freiwilliger Basis	75

Die IG Metall stark vor Ort aufstellen

3.053	718 VS Schwabach	Die Organisation stärken und Zukunftsprojekte anschieben	76
3.054	723 VS Weilheim	Antrag Sicherstellung der Arbeits- bzw. Handlungsfähigkeit vor Ort	77
3.055	705 VS Ostoberfranken	Präsenz der IG Metall in der Fläche sicherstellen	78
3.056	675 VS Ostbrandenburg	Finanzierung von Verwaltungsstellen	79
3.057	340 VS Aachen	Personelle Ausstattung der Verwaltungsstellen	80
3.058	708 VS Fürth	Anpassung des Sockelbetrages	81
3.059	678 VS Ludwigsfelde	Sockelbetrag dynamisieren	82
3.060	151 VS Hamm-Lippstadt	Betreuung bei veränderten Organisationsstrukturen sicherstellen	83
3.061	504 VS Celle-Lüneburg	Finanzielle Ausstattung von fusionierten Flächenverwaltungsstellen zur eigenständigen Aufgabenerfüllung und Erledigung	84
3.062	359 VS Bonn-Rhein-Sieg	Ressourcen bei veränderten Organisationsstrukturen	85
3.063	573 VS Halle-Dessau	Konzept zur langfristigen Finanzierung von Verwaltungsstellenarbeit	86
3.064	349 VS Köln-Leverkusen	Finanzierung der Verwaltungsstellen anpassen	87
3.065	574 VS Magdeburg-Schönebeck	Übernahme der Kosten in Verbindung mit Warnstreiks durch den Vorstand der IG Metall	89
3.066	708 VS Fürth	Mittelverteilung aus dem strategischen Investitionsfonds	90
3.067	702 VS Aschaffenburg	Weiterentwicklung Investitionsfonds – Stärkung der VS	91
3.068	277 VS Suhl-Sonneberg	Präsenz in der Fläche	92
3.069	210 VS Frankfurt am Main	Schutz der gesetzlichen Unfallversicherung auch für ehrenamtlich Aktive der IG Metall	93
3.070	277 VS Suhl-Sonneberg	Unfallversicherungsschutz für ehrenamtliche Funktionärinnen und Funktionäre	95
3.071	936 VS Ludwigsburg	Delegiertenwahlen	96
3.072	213 VS Hanau-Fulda	Erhalt der demokratischen Strukturen	97
3.073	408 VS Region Hamburg	Beiträge	98
3.074	703 VS Augsburg	Überprüfung der Satzungsleistungen	99
3.075	152 VS Herford	Ausreichende Entschädigung bei Bildungsveranstaltungen	100
3.076	471 VS Rostock	Änderung der Reisekostenrichtlinien	101
3.077	472 VS Schwerin	Änderung der Reisekostenrichtlinien	102
3.078	408 VS Region Hamburg	Verwendung von nachhaltig produziertem Mineralwasser in allen Gliederungen der IG Metall	103
3.079	408 VS Region Hamburg	Die Elektromobilität fördern	104
3.080	Jugendausschuss beim Vorstand	Fair Trade und Nachhaltigkeit	105
3.081	716 VS Regensburg	Fair Trade everything	106

3.082	574 VS Magdeburg-Schönebeck	Gleichbehandlung	107
3.083	401 VS Bremen	Ökologische Materialien	108
3.084	917 VS Mannheim	Erweiterung der hauptamtlichen Weiterbildung	109
3.085	212 VS Mittelhessen	Werkverträge und Beschäftigung von Leiharbeitnehmern und Leiharbeiterinnen in den Bildungsstätten und anderen gewerkschaftlichen Gliederungen	110
3.086	Frauenausschuss beim Vorstand	Wer die Besten will, kann auf Frauen nicht verzichten/Umsetzung Quote	111
3.087	523 VS Salzgitter-Peine	Barrierefreiheit und Inklusion in der IG Metall	113
3.088	147 VS Duisburg-Dinslaken	Barrierefreie Veranstaltungen der IG Metall	114
3.089	405 VS Unterelbe	Die Stärkung der DGB-Rechtsschutzstrukturen in den Regionen	115
3.090	402 VS Bremerhaven	Die Stärkung der DGB-Rechtsschutzstrukturen in den Regionen	116
3.091	274 VS Jena-Saalfeld	Die IG Metall braucht strategische Bündnisse	117
Kampagnen und Kommunikation			
3.092	903 VS Freudenstadt	Gewerkschaftliche Kommunikation 2.0	118
3.093	350 VS Krefeld	Gestalten statt verwalten (§ 14 der Satzung)	119

Initiativanträge

EntschlieÙung 3

Organisationspolitik

Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

1 Die Mitglieder ins Zentrum stellen

Die Mitglieder stehen im Mittelpunkt aller Aktivitäten. Mit ihren rund 2,3 Millionen Mitgliedern vertritt die IG Metall alle Beschäftigtengruppen in ihrem Organisationsbereich. Sie schöpft ihre Stärke aus dieser Vielfalt, ihrer breiten Verankerung in den Betrieben und in der Fläche. Die Durchsetzungsfähigkeit ist Voraussetzung für eine solidarische Politik für alle Beschäftigten. Ergänzend ist die IG Metall über den Betrieb hinaus aktiv, etwa an überbetrieblichen oder hochschulischen Ausbildungsstätten und bietet auch Mitgliedern Möglichkeiten sich einzubringen, die nicht oder nicht mehr im Erwerbsleben stehen. Das Mitgliederwachstum der zurückliegenden Jahre hat die IG Metall politisch und organisatorisch gestärkt. Die IG Metall hat ihre Möglichkeit zur Einflussnahme erweitert. Diese positive Entwicklung gilt es zu verstetigen.

1.1 Aufgaben der Organisationspolitik

Der Organisationspolitik kommt eine große Verantwortung für die Zukunftsfähigkeit der IG Metall zu: Sie muss dafür Sorge tragen, dass die Mitglieder der IG Metall gut betreut werden, also ihre Anliegen kompetent aufgegriffen und Probleme gelöst werden. Um dies gewährleisten zu können, bedarf es eines gut qualifizierten aktiven Kerns aus Ehren- und Hauptamtlichen, die Hand in Hand zusammenarbeiten. Von herausragender Bedeutung sind die Verwaltungsstellen. Sie gilt es, kontinuierlich zu stärken, damit sie den stetig wachsenden Anforderungen an örtliche und betriebliche Gewerkschaftsarbeit gerecht werden können. Die Kernaufgaben der Verwaltungsstellen reichen von Mitglieder- und Gremienbetreuung über Öffentlichkeitsarbeit und beteiligungsorientierter Planung bzw. Priorisierung der Arbeit bis hin zur Unterstützung bei Neugründungen von Betriebsräten und Vertrauenskörpern. Die Veränderungen in der Produktion sowie entlang der Wertschöpfungsketten erfordern eine Anpassung unserer Organisationsstruktur. Dafür werden Konzepte entwickelt, um die Flächenpräsenz und Politikgestaltung vor Ort zu gewährleisten. Dazu dienen die 13 Kernaufgaben für eine gute Verwaltungsstellenarbeit. Mit ihnen kann der Fokus auf die wesentlichen Herausforderungen gelegt werden. Gleichzeitig geben sie den Freiraum, um auf die örtlichen Anforderungen einzugehen. Als beteiligungsorientierte Gewerkschaft ist es für die IG Metall selbstverständlich, in den betrieblichen und örtlichen Gremien die demokratischen Willensbildungsprozesse auf ein breites Fundament zu stellen.

Die Organisationspolitik zielt auf eine systematische Stärkung der IG Metall durch Wachstum und Beteiligung. Eine positive Mitgliederentwicklung, neue Mitbestimmungsstrukturen in bisher gewerkschaftsfreien Bereichen sowie die Entwicklung aktiver Ehrenamtlicher sind die Eckpunkte einer offensiven Mitgliederorientierung. Nur hohe Organisationsgrade ermöglichen echte Mitbestimmung und damit Beteiligung der Arbeitnehmerschaft an der Gestaltung ihrer Arbeitsbedingungen. Starke Mitbestimmungsstrukturen gibt es nur mit einer tief verankerten IG Metall, der es gelingt, Mehrheiten zu organisieren.

1.2 Betreuung sicherstellen, Erschließung ermöglichen

Im Sinne einer starken und zukunftsfähigen IG Metall stellt sich die Aufgabe, eine Betreuung der Betriebe und auch der individuellen Mitglieder auf hohem Niveau zu gewährleisten. Eine gute Mitgliederbetreuung braucht effiziente beteiligungsorientierte Strukturen und Kommunikationsformen mit den Mitgliedern. Gleichzeitig muss die Organisation die nötigen Ressourcen und Instrumente bereit halten, Potenziale für Wachstum zu erschließen, d.h. Beschäftigte ermutigen und befähigen, sich zu organisieren. Für beide Aufgaben ist ein systematischer Einsatz der nach außen in die Öffentlichkeit und der nach innen auf die Mitgliedschaft gerichteten Kommunikations- und Medienarbeit von großer Bedeutung. Die Medienarbeit der IG Metall stellt Informationsflüsse sicher, greift Themen von allgemeiner Bedeutung ebenso auf wie Themen von besonderer Relevanz für bestimmte Zielgruppen. Sie stellt sich der Aufgabe, die Durchsetzung unserer Forderungen durch Kampagnenarbeit für ausgewählte Schwerpunkte zu forcieren.

2 Mehr Beteiligung organisieren

Die Beschäftigtenbefragung der IG Metall aus dem Jahr 2013, Mitgliederentscheide von Parteien, diverse repräsentative Befragungen und eine steigende Zahl von Volksentscheiden zeigen: Die Menschen wollen mehr beteiligt werden. Dort, wo ausschließliche Stellvertretung schnell an Grenzen stößt, weil die Betroffenen subjektiv nicht das Gefühl haben, gehört worden zu sein, schafft Beteiligung die Legitimität der Interessenvertretung. Beteiligungsprozesse stärken also auch die Arbeit gewählter Gremien. Die IG Metall steht für eine Erdung politischer Prozesse durch sinnvolle Ergänzungen unserer bewährten repräsentativen demokratischen Entscheidungswegen im Betrieb, in der Gewerkschaft und in der Gesellschaft. Mit der Gestaltung von Beteiligungsprozessen setzt sich die IG Metall das Ziel, eine solidarische Kultur zu fördern, die die politische Durchsetzungsfähigkeit der Organisation stärkt.

2.1 Das Ehrenamt stärken

Die Fähigkeit der IG Metall zur Gestaltung erwächst aus den Reihen der am stärksten engagierten Mitglieder, den Betriebsräten, Jugend- und Auszubildendenvertretern und -vertreterinnen und Vertrauensleuten. Sie sind in den Betrieben das Gesicht der IG Metall. Sie sind Macher und Mitbestimmer und ermöglichen die Beteiligung der Belegschaften. Ihre qualifikatorische und politische Entwicklung hat hohen Stellenwert, denn ihr Handeln ist maßgeblich für die Qualität gewerkschaftlicher Arbeit. Die Förderung und Wertschätzung ehrenamtlichen Engagements ist eine Aufgabe für die gesamte IG Metall. Die Gremienstruktur hat sich bewährt und schafft Handlungsfähigkeit in unseren politischen Schwerpunktfeldern. Dies stellt die IG Metall in jeder Tarifrunde unter Beweis. Ehren- und hauptamtliche Funktionärinnen und Funktionäre sind verankert in den Betrieben, nah dran und kompetent. Eine Beteiligung der Mitglieder, im für sie bedeutsamen konkreten Fall oder auch themenbezogen und zeitlich befristet, legt die Basis für eine wirkungsvolle Gewerkschaftspolitik. Eine aktivierende Gestaltung der Arbeit im Betrieb wie in der Organisation bietet Möglichkeiten für einen befruchtenden Dialog. Das Ziel ist dabei die Flankierung der Meinungsbildung und Aktivierung der Mitglieder im Eigeninteresse. Auf Freiwilligkeit basierende Aktivenkreise sind eine von vielen Möglichkeiten, dass Menschen anlassbezogen oder auch nur kurzfristig in der IG Metall aktiv werden. Vielfach führt dieses Instrument dazu, dass auch Unorganisierte aktiviert und von der IG Metall überzeugt werden. Mitunter gehen aus Aktivenkreisen Vertrauensleutestrukturen hervor. Auch in Tarifrunden können insbesondere die Aspekte Forderungsverankerung und Umsetzung des Tarifvertrages Beteiligungsprozesse auf Zeit initiiert werden, die Möglichkeiten zum Mitmachen schaffen. Innovative Verfahren und neue Kommunikationsformen machen Gremienarbeit beteiligungsorientierter und erfahrebarer. Mit einer systematischen Weiterentwicklung von Beteiligungs- und Kommunikationsinstrumenten stellt die IG Metall die Arbeit der Gremien und ihrer ehrenamtlich Engagierten auf ein solides Fundament.

2.2 Beteiligung fördern

In den Betrieben entstehen vielfach neue Anforderungen an die Interessenvertretungsarbeit. Betriebsräte und Vertrauensleute sind zunehmend mit komplexen Fragestellungen konfrontiert. Zum Teil erfordert das Fachkompetenz, die nur die konkret betroffenen Beschäftigten selbst haben. In diesen Fällen ermöglicht deren Beteiligung bessere Ergebnisse und verankert die betrieblichen Interessenvertretungsgremien positiv im Bewusstsein der Beschäftigten. Die Erfahrung zeigt zudem, dass sich betriebliche Konflikte mit gezielter Beteiligung zu einem besseren Ergebnis bringen lassen. Auch die Mitgliederentwicklung muss unter dem Aspekt Beteiligung, in diesem Fall verstanden als Befähigung, gestaltet werden. Das Wachstum der IG Metall zu forcieren, hieß bisher Unorganisierte zu unterstützen und zu befähigen, ihre Interessen selbstständig ausdrücken und wahrnehmen zu können. Wir können Kolleginnen und Kollegen nicht überzeugen, indem wir ausschließlich Werbung für die IG Metall betreiben, sondern müssen sie einladen, mit der IG Metall etwas zu erreichen, das ihnen nutzt oder ihnen hilft, erste Schritte Richtung Mitbestimmung und Gewerkschaftsaufbau im Betrieb zu gehen. Für die Erschließung neuer Mitgliedergruppen oder Betriebe bedeutet Beteiligung emanzipative Prozesse – hin zu einer selbstbewussten Arbeitnehmerschaft – im Betrieb zu fördern.

2.3 Erschließung strategisch vorantreiben

Die Vorgehensweisen der zentralen und regionalen Erschließungsaktivitäten zur Mitgliedergewinnung und Betriebsratsgründung haben sich bewährt. Mit zentral geführten Projekten können neue Branchen und bislang mitbestimmungsfreie Unternehmen auch verwaltungsstellen- und bezirksübergreifend erschlossen werden. So ist es beispielsweise durch aufeinander aufbauende Organizing-Projekte gelungen, die IG Metall als die maßgebliche Gewerkschaft im Bereich der erneuerbaren Energien zu verankern.

87 Der Anteil der nicht organisierten Beschäftigten im Bereich industrienaher Dienstleistungen, in großen Konzernen und auch klein-
88 und mittelständischen Unternehmen – wie z.B. im Bereich der Entwicklungsdienstleister – sind Ausgangspunkt für die Verstärkung
89 unserer Erschließungsvorhaben. Auch in diesem Bereich gibt es bereits erfolgreich arbeitende Erschließungsprojekte, etwa zu produk-
90 tionsnaher Kontraktlogistik, die unmittelbar in wertschöpfende Prozesse von Automobilwerken eingebunden sind. Der Ausbau von
91 Mitbestimmungsstrukturen und Tariffindung bleibt auch in diesem Bereich unser Ziel.

92 Durch die Zergliederung von Wertschöpfungsketten in kleinere Segmente und das damit einhergehende Outsourcing ist die Position
93 der betroffenen Arbeitnehmer geschwächt worden. Viele finden sich in gewerkschaftsfreien Bereichen zu schlechteren Bedingungen
94 wieder. Dies stellt neue Anforderungen an die Organisationspolitik. Ansprache und Vertretung müssen darauf ausgerichtet werden,
95 dass Beschäftigte verschiedener Unternehmen gemeinsam an einem Ort an einem Produkt arbeiten. Es muss sichergestellt werden,
96 dass temporär im Betrieb Beschäftigte, die in wechselnden Kundenbetrieben arbeiten oder zeitlich befristet auf Montage tätig sind,
97 gewerkschaftlich vertreten werden und gute Arbeitsbedingungen vorfinden. Eine Vermeidung und Behinderung von Mitbestimmung
98 und dem Recht auf Gewerkschaftsbildung bis hin zu einem regelrechten „Union Busting“ ist zu verhindern und die Verankerung der
99 IG Metall zu stärken. Insbesondere für Hauptamtliche gilt, dass Erschließungsarbeit neben den klassischen Anforderungen der Arbeit
100 als Gewerkschaftssekretär/-sekretärin besondere Kompetenzen erfordert. Neben der Durchführung von Erschließungsprojekten
101 kommt es daher darauf an, die erforderlichen Erschließungskompetenzen in der Breite der IG Metall zu verankern.

102

103 **2.4 Gewerkschaftliche Bildungsarbeit: Praxisnah, kompetent, wirkungsvoll**

104 Die Gewerkschaftliche Bildungsarbeit spielt eine wichtige Rolle für die Entwicklung, den Erhalt und den weiteren Ausbau der Hand-
105 lungs- und Durchsetzungsfähigkeit der IG Metall. Die regionale und zentrale Bildung gestaltet Bildungsprozesse, um die betrieblichen
106 und gewerkschaftlichen Interessenvertretungen politisch, fachlich und methodisch für ihre Aufgaben vorzubereiten. Sie werden
107 befähigt, betriebs- und gesellschaftspolitische Prozesse zu analysieren, konkrete alternative Entwicklungspfade zu entwerfen und
108 diese beteiligungsorientiert mitzugestalten.

109 Die Gewerkschaftliche Bildungsarbeit integriert die Mitgliederentwicklung in ihre Bildungspraxis. Die Herausforderungen und Ver-
110 änderungen in Wirtschaft und Gesellschaft werden praxisorientiert aufgegriffen und bearbeitet. Die Gewerkschaftliche Bildungsarbeit
111 bietet dafür mit ihren konzeptionellen Grundsätzen der Beteiligung und Demokratisierung, basierend auf den Werten der IG Metall,
112 eine bewährte Grundlage, auch für die Gewinnung neuer Beschäftigtengruppen. Für die Gestaltung des industriellen Wandels, zur
113 Förderung länderübergreifender Netzwerkbeziehungen und zur Bildung einer solidarischen Migrationsgesellschaft sind innovative
114 Bildungskonzepte zu entwickeln.

115 Der Altersstrukturwandel und der damit einhergehende Generationenwechsel bei unseren Funktionärinnen und Funktionären ist eine
116 Zukunftsfrage. Neben der fachlichen Qualifizierung ist die emotionale und die politische Bindung an die IG Metall durch
117 gewerkschaftliche Nachwuchsförderung eine existenzielle Aufgabe. Die inhaltliche und thematische Ausgestaltung des regionalen
118 und zentralen Bildungsangebotes insgesamt sowie das Verhältnis von Grundlagenbildung und Spezialisierung sind im Rahmen eines
119 beteiligungsorientierten Prozesses zu gestalten. Ziel ist die wirkungsvolle Mitgestaltung in Betrieb, Gewerkschaft und Gesellschaft.

120 Quantitative und qualitative Aspekte sind dabei nicht voneinander zu trennen und politisch-strategisch auszurichten.
121 In den letzten Jahren ist es gelungen, durch das Zusammenspiel der Angebote der regionalen und zentralen Bildungsarbeit, ein
122 überzeugendes Angebot auf hohem Niveau für unsere Kolleginnen und Kollegen anzubieten. Durch zeitgemäße und mitgliederorien-
123 tierte Bearbeitungswege und -methoden soll die Akzeptanz unserer Bildungsarbeit noch weiter gesteigert werden. Die Bildungs-
124 zentren haben sich zu einem gewerkschaftlichen Veranstaltungsort mit einer hohen Nachfrage an Seminarplätzen entwickelt. In ihrer
125 Rolle und Aufgabe als Veranstalter gewerkschaftlicher Bildung können Seminare, außer zentralen Jugendseminaren, bei Bedarf in gu-
126 ten Tagungshäusern mit vergleichbaren Qualitätsstandards auch außerhalb der Bildungszentren durchgeführt werden.

127 Die hohe Nutzung der Seminarangebote erfordert die Steuerung der Seminarteilnahme durch systematische und politisch-strategi-
128 sche Bildungsplanung und muss durch verantwortungsvolle Kooperation aller Ebenen der Gewerkschaftlichen Bildungsarbeit abge-
129 stimmt werden. Die Bildungsrichtlinie, als Grundlage unserer Arbeit, muss dabei relevanten Entwicklungen und Herausforderungen
130 entsprechen. Die Kooperation der ehrenamtlichen und hauptamtlichen Bildungsreferentinnen und Bildungsreferenten der IG Metall
131 ist wichtig für erfolgreiche Bildungsprozesse, die sich durch Praxisnähe auszeichnen. Um die hohe Qualität unserer Bildungsarbeit zu
132 erhalten und zu fördern und den bevorstehenden Generationenwechsel zu meistern, ist eine systematische Aus- und Weiterbildung

133

der Referentinnen und Referenten wichtig. Darüber hinaus ist ein verstärkter überregionaler Erfahrungsaustausch zu fördern.

3 Organisationsmacht durch Mitgliederarbeit gestalten

Die IG Metall ist im Aufwind. Seit 2011 verzeichnet sie in jedem Jahr ein ansehnliches Mitgliederplus. Vor allem bei den Jugendlichen konnte ein deutlicher Zuwachs erzielt werden. Vor dem Hintergrund eines zuvor über mehr als 20 Jahre anhaltenden Mitglieder-

schwunds ist dies eine gute Entwicklung, die den Anstrengungen der gesamten IG Metall geschuldet ist. Beispiele wie das Engagement für Leiharbeiter/Leiharbeiterinnen oder Angestellte zeigen, dass Neueintritte nicht automatisch erfolgen, sondern dann, wenn unsere Arbeit mitglieder-, beteiligungs- und konfliktorientiert ausgerichtet ist.

Neben einer gezielten und auch zielgruppenspezifischen Gewinnung neuer Mitglieder muss in der Mitgliederbetreuung und -beratung eine hohe Qualität der in Anspruch genommenen Leistung sichergestellt werden. Maßgeblich geprägt wird diese Seite der Mitgliederarbeit durch systematische Maßnahmen zur Mitgliederbindung, die sich durch eine gute Ansprache und Bearbeitung der Anliegen des jeweiligen Mitglieds auszeichnen muss. Besonders gilt dies für die Rückholung von Mitgliedern, die austreten wollen, und die Bearbeitung der „Streichungen“, also die Löschung der Daten von Mitgliedern, zu denen keine gültigen Kontaktdaten vorliegen. Erfolge der letzten Jahre durch direkte Ansprache und schriftliche Dialogangebote zeigen, dass es gelingen kann, die Quote der Austritte und Streichungen erheblich zu reduzieren. Eine systematische Rückholarbeit muss Standard in allen Verwaltungsstellen werden. Unterstützt wird eine strukturierte Mitgliederarbeit in Zukunft durch die flächendeckende Einführung eines computerge-

3.1 Zukunftsaufgaben der Mitgliederarbeit

In der Mitgliederarbeit liegen die Zukunftsaufgaben der IG Metall zuvorderst darin, sie auf die politischen Herausforderungen einer sich vielfältig verändernden Arbeitswelt auszurichten. Dazu gehört, dass zumindest für einen Teilbereich der Wirtschaft festgehalten werden muss, dass tradierte Ausgleichsmechanismen einer funktionierenden Sozialpartnerschaft infrage gestellt werden. Die Vermeidung von Mitbestimmung und Tarifbindung sowie der Missbrauch von Befristungen, Leiharbeit und Werkverträgen sprechen eine deutliche Sprache, die eine gewerkschaftliche Antwort verlangt. Um gestalten zu können, kommt es für die IG Metall darauf an, in den traditionell gut organisierten Bereichen stark zu bleiben. Gleichzeitig gilt es, für neue Teile der Arbeitnehmerschaft attraktiv zu werden und Solidarität gruppenübergreifend zu verankern. Im Sinne einer solidarischen Politikformulierung für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer unserer Branchen muss eine verbesserte Repräsentanz des wachsenden Teils von Hochqualifizierten ebenso gelingen wie eine erfolgreiche Ansprache von prekär Beschäftigten. Eine weitere Verstetigung und ein Ausbau der Ansprache von ausgewählten Zielgruppen ist unabdingbar, um den aus unterschiedlichen beruflichen, betrieblichen und gesellschaftlichen Lagen resultierenden Themen und Bedürfnissen sowie Problemlagen gerecht zu werden.

Die IG Metall versteht sich als Organisation für alle Lebensphasen. Die Jugendarbeit hat dabei einen besonderen Stellenwert. Erfahrungen, die in der Jugend gemacht werden, sind identitätsstiftend für das ganze Leben. Die Jugendarbeit der IG Metall leistet nicht nur einen Beitrag zur Bewältigung des demografischen Wandels und dem Generationenwechsel in der Mitgliedschaft, sondern fördert und lebt die demokratische und solidarische Werthaltung der IG Metall. So wie das Leben von unterschiedlichen Phasen gekennzeichnet ist, die jeweils spezifische Anforderungen an das Individuum stellen, tun dies auch die Mitglieder gegenüber ihrer Gewerkschaft. Dies gilt für den Übergang von der Ausbildung ins Berufsleben ebenso wie beim Übergang in die Altersteilzeit und die Rente. Damit biografische Veränderungen und mögliche Brüche nicht zu einem Austritt führen, muss die IG Metall spezifisch gestaltete Angebote und Instrumente zur Mitgliederbindung entwickeln, die berufsbiografisch angelegt sind.

3.2 Zielgruppenarbeit ausbauen

Derzeit sind rund 226.000 Jugendliche (bis 27-Jährige), 400.000 Frauen, 311.000 Angestellte und schätzungsweise 400.000 Mitglieder mit Migrationshintergrund in der IG Metall organisiert. Das verschafft uns eine gute Ausgangslage für weiteres Wachstum bei diesen Zielgruppen. Die Herausforderungen, vor die uns der Wandel der Beschäftigtenstruktur stellt, sind aber noch sehr groß. So kann davon ausgegangen werden, dass es weit über 80.000 unorganisierte Auszubildende im Organisationsbereich der IG Metall gibt. Die Summe der unorganisierten Beschäftigten in unserem Organisationsbereich in Angestelltenberufen lässt sich auf etwa eine Million taxieren. Die Zusammensetzung der Belegschaften verändert sich zusätzlich durch die wachsende Bedeutung von weiblicher

181 Erwerbstätigkeit und durch den stetig wachsenden Anteil von Kolleginnen und Kollegen mit einem Migrationshintergrund. Deshalb
182 müssen wir uns noch stärker um diejenigen Gruppen bemühen, die bisher nicht ausreichend in unseren Strukturen vertreten sind und
183 uns für deren Chancengleichheit und gerechte Teilhabe einsetzen.

184 Die Zielgruppenarbeit der IG Metall richtet sich grundsätzlich auf Auszubildende und Studierende sowie junge Beschäftigte, auf An-
185 gestellte in all ihrer Breite von Kaufleuten bis zu Ingenieuren, auf Frauen und auf Beschäftigte mit Migrationshintergrund aus. Sie
186 ruht dabei auf mindestens zwei Säulen: Mitgliederentwicklung und kompetente Interessenvertretung. Die Zielgruppenbetreuung ist
187 erfolgreich, aber noch nicht überall etabliert. Sie muss stärker in der Breite der IG Metall und den Verwaltungsstellen verankert und
188 auch öffentlich sichtbarer Bestandteil unserer betriebs- und tarifpolitischen Aktivitäten werden. Nur dann können wir substanziell
189 mehr Mitglieder aus diesen Bereichen gewinnen. Von entscheidender Bedeutung ist dabei die zielgruppenspezifische Werbung von
190 jungen Beschäftigten, seien sie Studierende oder Auszubildende. Das Ziel muss ihre gleichberechtigte Integration in die IG Metall
191 sein. Je früher wir Menschen ansprechen und beteiligen, desto leichter sind sie für die IG Metall zu gewinnen. Deshalb muss die ge-
192 samte Organisation die Werbung von Auszubildenden (gewerblich und kaufmännisch) und (dual) Studierenden unterstützen.
193 Erforderlich ist insbesondere ein Ausbau der Studierendenarbeit.

194 Eine erfolgreiche Zielgruppenarbeit muss in den Verwaltungsstellen und Betrieben mit entsprechenden Potenzialen mit der erforderli-
195 chen Priorität behandelt werden können. Dabei geht es nicht darum, für jede einzelne Zielgruppe eine spezielle Form der Ansprache
196 oder ein spezielles Angebot vorzuhalten, sondern um die Kompetenz, offen auf verschiedene Menschen in den Betrieben zuzugehen
197 und mit ihnen gemeinsam ihre Arbeitsbedingungen zu gestalten. Eine beteiligungsorientierte und zielgruppengerechte Ansprache
198 muss als Schlüsselqualifikation Bestandteil der Kompetenzentwicklung bei haupt- und ehrenamtlichen Kolleginnen und Kollegen
199 werden.

201 **3.3 Außerbetriebliche Gewerkschaftsarbeit als Bindeglied nutzen**

202 Die „Außerbetriebliche Gewerkschaftsarbeit“ (AGA) bringt spezifische Betreuungs- und Beteiligungsangebote ein und hilft bei der
203 Entwicklung von Politik- und Ansprachekonzepten gerade von Mitgliedern, die nicht über betriebliche Strukturen zu erreichen sind.
204 So haben etwa Austritte aus der IG Metall vielfach weniger mit Unzufriedenheit als vielmehr mit Mangel an Wissen zu spezifischen
205 Angeboten in der jeweiligen biografischen Lebensphase zu tun. Kolleginnen und Kollegen in der Freistellungsphase Altersteilzeit
206 sowie Rentnerinnen und Rentner und Erwerbslose, die unter dem Dach der AGA organisiert sind, stellen damit eine Ressource für
207 den Aufbau von Informationsstrukturen und Beteiligungsmöglichkeiten dar. Sie stärken durch ihre Beiträge die Kampagnen- und
208 Konfliktfähigkeit der IG Metall und leisten einen wichtigen Beitrag zur Sicherung der Mitgliederziele und somit für Organisations-
209 stärke und Wirkungsmacht der IG Metall. Insbesondere Erwerbslosigkeit und Rente sind Lebensphasen, die häufig mit erheblichen
210 sozialen Problemen verbunden sind, die einer besonderen gewerkschaftlichen Interessenvertretung bedürfen. Die AGA unterstützt
211 die Betreuung der Mitglieder in der jeweiligen Lebenslage und damit die Arbeit der Verwaltungsstellen. Wichtig ist, dass diese ehren-
212 amtliche Arbeit Bestandteil einer strategischen Arbeitsstruktur ist und durch Hauptamtliche begleitet wird. In Pilotprojekten erprobte
213 Konzepte für die Ansprache vor dem Ausgleiten aus dem Berufsleben und die Arbeit mit der Generation 55+ sind zu übertragen und
214 weiterzuentwickeln.

216 **4 Die IG Metall stark vor Ort aufstellen**

217 Die Beschäftigtenstruktur in unseren Branchen wird sich grundlegend ändern. Die Bezirke und Verwaltungsstellen stehen vor einem
218 gravierenden Wandel sowohl die Altersstruktur der Mitglieder betreffend als auch bei den Potenzialen für Erschließung. Anknüpfend
219 an die positiven Erfahrungen der Organisationsentwicklungsprozesse seit dem „Projekt 2009“ werden wir weiterhin die Ressourcen
220 im Sinne des Gesamtinteresses der IG Metall für die Erschließungsarbeit zur Stärkung unserer Durchsetzungsfähigkeit einsetzen und
221 Gewerkschaftspolitik aus einer Hand fördern. Wo es hilfreich ist, werden wir die Erledigung von Aufgaben regional bündeln und
222 neue strategische Antworten auf die veränderten Rahmenbedingungen geben.

223 Das organisationspolitische Profil der IG Metall muss zudem Antworten auf den industriellen Wandel geben. Die herkömmliche De-
224 finition von Branchen sowie von Betriebs- und Konzernbegriffen spiegelt häufig nicht mehr die Realität wider. Neue Wirtschaftsseg-
225 mente entstehen und etablieren sich. Bei der Auswahl ihrer Geschäftsfelder sowie bei ihren Standortentscheidungen orientieren sich
226 Unternehmen an Effizienzgewinnen bei Prozessen, Kompetenz-Clustern und an Zugängen zu technologischen Netzwerken. Sie
227 schaffen Wertschöpfungsketten, die ihre Position in den Absatzmärkten stärken. Die Tätigkeitsfelder der Unternehmen liegen zuneh-

mend quer zu herkömmlichen Branchenabgrenzungen. Dem gilt es Rechnung zu tragen, auch in Fragen der Personalplanung und des Einsatzes der Organisationsressourcen auf allen Ebenen. Mit Blick auf die Arbeit der Verwaltungsstellen wird die Organisationspolitik bestehende Konzepte begleiten und weiterentwickeln, die die Wirksamkeit der örtlichen Arbeit und die Zukunftsfähigkeit unserer Verwaltungsstellenstruktur sicherstellen.

4.1 Präsenz in der Fläche erhalten

Die Verwaltungsstellen machen die IG Metall örtlich als solidarische Wertegemeinschaft sichtbar. Als örtliches Zentrum stiften sie Gemeinschaft unter den Mitgliedern, vor allem unter den ehrenamtlich Aktiven. Verwaltungsstellen sind Zentren einer betrieblich stark verankerten Gewerkschaft und Anlaufstellen für Beratungen und Service, über die Angebote im Betrieb hinaus. Im Sinne einer wirksamen Gewerkschaftsarbeit vor Ort und einem zielgerichteten Ressourceneinsatz muss gewährleistet sein, dass jede Gliederung arbeitsfähig ist. Erarbeitet werden soll ein Konzept für die Verwaltungsstelle der Zukunft, das Anpassungen vornimmt und sowohl ein einheitliches Grundmodell ermöglicht, als auch flexibel genug ist, um strukturelle Besonderheiten vor Ort zu berücksichtigen. Das bedeutet eine personelle Mindestausstattung, die Arbeitsteilung ebenso ermöglicht wie fachlich sinnvolle Vertretungsregeln. Um die Präsenz aufrechtzuerhalten, werden zusätzliche Unterstützungsleistungen des Vorstands bei Problemen vor Ort ebenso wichtig bleiben wie auf Synergien zielende Kooperationen, die ggf. durch neue Arbeitsstrukturen ihre volle Wirkung entfalten. In Ausnahmefällen können auch Fusionen geeignet sein. In jedem Fall sind passgenaue Lösungen zu erarbeiten. Pauschale Erhöhungen der Ressourcenzuweisung für die Verwaltungsstellen werden den differenzierten Situationen vor Ort ebenso wenig gerecht wie eine pauschale Reduzierung der Flächenabdeckung.

Durch die Kombination verschiedener Maßnahmen wurden den Verwaltungsstellen von 2011 bis 2014 insgesamt über 700 Millionen Euro für ihre Arbeit bereitgestellt. Damit wurde ein erheblicher Beitrag geleistet, um sicherzustellen, dass für alle Mitglieder der Anspruch auf eine engagierte und qualitativ hochwertige Arbeit vor Ort eingelöst wird. Damit diese funktioniert, sind die Verwaltungsstellen, Bezirke und die Vorstandsverwaltung gleichermaßen gefordert. Durch die ständige Weiterentwicklung unserer gewerkschaftlichen Arbeit im Sinne der Mitgliederbeteiligung und der Bindung an die Organisation bleiben wir eine schlagkräftige Organisation.

4.2 Die Arbeit vor Ort stärken und die 13 Kernaufgaben weiterentwickeln

Die Geschäftsplanung ist auf allen Ebenen der IG Metall als strategisches Planungs- und Steuerungsinstrument verankert. Wir müssen dieses strategische Steuerungsinstrument weiterentwickeln. Das Ziel ist, die IG Metall in den Betrieben als wirkungsvolle Interessenvertretung für die Beschäftigten sichtbar zu machen. Die verstärkte Umverteilung der Finanzmittel in Richtung der Verwaltungsstellen seit 2009, die vielerorts erfolgte Fokussierung auf einen verstärkten Einsatz von Jugendsekretären und -sekretärinnen, die Sicherung der Präsenz in der Fläche und die steuernde Wirkung der vier Säulen des Struktur- und des Investitionsfonds weisen den Weg. Die Umsetzung der 13 Kernaufgaben guter Verwaltungsstellenarbeit behält eine hohe Priorität, da sie die beteiligungsorientierten Planungsprozesse in allen Arbeitsbereichen fördert. Der Vorstand wird seine Unterstützungsleistungen zur Umsetzung weiter ausbauen. Dabei werden alle Bereiche der 13 Kernaufgaben berücksichtigt. Es geht z.B. um die Bündelung der Angebote in den unterschiedlichen Feldern der Betriebs- und Tarifpolitik, der Mitgliederarbeit im Sinne der Betreuungs- und Erschließungsaufgaben sowie einen guten Service für Mitglieder, inklusive der Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit.

4.3 Der Strategische Investitionsfonds

Mit der Einrichtung des Strategischen Investitionsfonds im Jahr 2011 wurde das Instrument des Strukturfonds ergänzt. Die verschiedenen Säulen des Strukturfonds sind geeignet, eine Unterstützung von Verwaltungsstellen in schwierigen Übergangsphasen zu ermöglichen, notwendige personelle Maßnahmen abzusichern und Projekte in kleinerem Umfang zu finanzieren. Sie werden fortgeführt. Mit der Ergänzung um den Investitionsfonds wurde eine Umsteuerung von Ressourcen in Richtung der Verwaltungsstellen in erheblichem Umfang vorgenommen. Das Ziel besteht darin, die Erschließungsarbeit zu stärken, Schwerpunkte zu setzen und Zuwachspotenziale zu heben. Gelungen ist dies durch einen zwischen Vorstand, Bezirken und Verwaltungsstellen koordinierten Strategieprozess in Hinblick auf Ziele und Fokussierungen. Zusätzlich wurde mit dem Geschäftsplaninvestitionsfonds ein Instrument geschaffen, den Verwaltungsstellen effektiv und unbürokratisch zusätzliche Ressourcen zur Verfügung zu stellen. Eingerichtet wurden rund 100 zusätzliche Stellen für Gewerkschaftssekretäre und -sekretärinnen für die operative Arbeit vor Ort. Diese arbeiten in koordinierten Projekten unterschiedlichen Umfangs und leisten einen wichtigen Beitrag für das Wachstum, das die IG Metall in den letzten

Jahren erzielen konnte. Ein Gesamtplus von mehr als 40.000 Mitgliedern seit 2011 zeigt, dass wir auf dem richtigen Weg sind, aber noch nicht alle Wachstumspotenziale ausgeschöpft sind. Kontinuierliche strategische Anpassungen bleiben erforderlich. Die Instrumente Strategischer Investitionsfonds und Geschäftsplaninvestitionsfonds funktionieren, wie die Ergebnisse zeigen. Als Erfolgstreiber hat sich erwiesen, dass der Ressourceneinsatz im Rahmen eines koordinierten Planungsprozesses erfolgt, der auch Controlling und steuernde Maßnahmen enthält. Für die Weiterentwicklung unserer Instrumente kommt insbesondere den Bezirken eine Schlüsselrolle zu. Ihnen obliegt es, regional abgestimmte Erschließungsvorhaben mit Durchschlagskraft und passgenaue Konzepte zu entwickeln, die sich konzeptionell durchaus voneinander unterscheiden können. Das Zusammenspiel zwischen den betrieblichen Vertrauenskörpern, die Erschließungserfahrung aus den Projekten und der gezielte Einsatz von Ressourcen für das Gesamtinteresse der IG Metall stehen im Fokus der neuen Strategien. Wir wollen die Erschließungskompetenz dauerhaft vor Ort stärken und ehrenamtlich unterstützen. Gemeinsam machen wir die IG Metall zukunftsfähig, nutzen betriebliche Konflikte und entwickeln regionale Antworten auf die demografische Herausforderung und den Anspruch in der Fläche als IG Metall präsent zu sein. Die bezirklichen Strategien werden kontinuierlich angepasst, um Potenziale zu erkennen und Zielgruppen, Betriebe, Konzerne oder ganze Branchen für die IG Metall zu erschließen sowie dem Strukturwandel in der Wertschöpfung Rechnung zu tragen.

4.4 Mit starken Finanzen in die Zukunft

Die Basis für die Weiterentwicklung der Organisation legt die Finanzentwicklung der IG Metall. Sie entwickelt sich stabil mit positiver Tendenz, sodass 2014 erstmals Beitragseinnahmen von über 500 Millionen Euro erzielt werden konnten. Somit ist die IG Metall in der Lage, nicht nur ihren Verpflichtungen nachzukommen, die sich aus Satzung und aus Dachverbandsmitgliedschaften ergeben, sondern auch für ihre Zukunft wichtige Projekte und Aufgaben solide finanzieren zu können. Die Architektur der internen Finanzverteilung ist Ergebnis eines ausgewogenen Interessenausgleichs. Alle Organisationseinheiten werden in die Lage versetzt, handlungsfähig zu sein sowie ihre Schlagkraft ausbauen zu können.

4.5 Personalentwicklung gestalten

Die IG Metall befindet sich in einem umfassenden Generationenwechsel. Hunderte Kolleginnen und Kollegen werden ihre hauptberufliche Arbeit für die Gewerkschaft beenden. Bei diesem Übergang setzen wir nicht auf schnellen Lückenschluss, sondern auf systematische Personalplanung und -entwicklung, also auf sorgfältige Auswahl und Qualifizierung für alle Gruppen: Verwaltungsangestellte, politische Sekretärinnen und Sekretäre sowie Führungskräfte. Dabei setzen wir Bewährtes fort – das Traineeprogramm, die Qualifizierungsreihen „Junge Aktive – Personalentwicklung im Ehrenamt“, das Programm der Hauptamtlichen Weiterbildung, die Angebote für Führungskräfte. Wir gehen aber auch neue Wege: Obligatorische Einstiegsreihen für neue Verwaltungsangestellte, Personalgewinnung in Arbeitnehmermilieus, die uns noch fern stehen, Mitverantwortung der Verwaltungsstellen bei der Gewinnung Betriebserfahrener für die Hauptamtlichkeit, individuelle Potenzialeinschätzung und Qualifizierungen für die Vorbereitung auf Führungsfunktionen. Dazu entwickeln wir inhaltliche Standards und eine zentrale Koordinierung, die für die gesamte IG Metall verbindlich sind.

Mit dem Ausbau und der Neukonzeptionierung der „Europäischen Akademie der Arbeit“ (EAdA) zu einem „House of Labour“ setzen wir zusätzlich neue Maßstäbe in der Qualifizierung angehender und erfahrener haupt- und ehrenamtlicher Interessenvertreter und -vertreterinnen.

4.6 Die IG Metall im DGB

Eine stark und effektiv aufgestellte gewerkschaftliche Struktur entsteht u.a. in der Arbeitsteilung und in der Zusammenarbeit mit den anderen DGB-Gewerkschaften und dem DGB selbst. Einheit aus der Vielfalt zu gewinnen, ist ein kontinuierlicher Aushandlungsprozess. Die Konzentration auf gemeinsame und durchsetzbare Ziele ist eine wichtige Voraussetzung für die wirksame Arbeit des DGB. Vereint im DGB, müssen wir uns dem Strukturwandel, den Herausforderungen in der Industriepolitik und den Strategien der Arbeitgeber zur Veränderung der industriellen Beziehungen stellen.

Der DGB ist der Bund der Gewerkschaften. Die sich verändernden Wertschöpfungsketten und die zunehmend zergliederte Struktur der industriellen Produktion führen dazu, dass Zuständigkeitsfragen zwischen Einzelgewerkschaften im Sinne einer starken Interessenvertretung und zum Schutz der Beschäftigten schnell und einvernehmlich entlang der Wertschöpfungskette gelöst werden müssen. Im Falle der Doppelzuständigkeit braucht es klare Regularien oder bilaterale Vereinbarungen zwischen den Einzelgewerkschaften.

ten. Andernfalls stärken wir die Arbeitgeberstrategie, über Ausgliederungen von Betriebsteilen, auch eine tarifliche Absenkung zu erzwingen. „Ein Betrieb – eine Gewerkschaft“ bleibt das DGB-Prinzip und lässt sich auch auf ausgelagerte Arbeitsschritte entlang der Wertschöpfungskette übertragen.

Die Gewerkschaften EVG, IG BAU, IG BCE und IG Metall vertreten überwiegend Mitglieder der Investitionsgüterindustrie, von Unternehmen im globalen Wettbewerb und der industrienahen Dienstleistungen. Gemeinsam wollen die vier Gewerkschaften im Bündnis der Industriegewerkschaften die Voraussetzungen dafür schaffen, dass die Interessen der in der deutschen Industrie Beschäftigten auch unter veränderten wirtschaftlichen, technologischen und gesellschaftlichen Bedingungen wirkungsvoll vertreten werden. Weder die Anzahl der Industriearbeitsplätze noch deren Qualität sind zwangsläufigen Entwicklungen ausgesetzt. Es bedarf gewerkschaftlich gebündelter und immer wieder neuer Initiativen, um wirkungsvoll den sozialen und ökologischen Fortschritt voranzubringen. Dafür wollen die vier Industriegewerkschaften gemeinsam ihre Tarfmächtigkeit ausbauen und ggf. Zuständigkeitsfragen schnell, solidarisch und einvernehmlich lösen. Die Gewerkschaften aus Industrie und Handwerk stehen für eine starke betriebliche Mitbestimmung und sind dem Grundsatz „Ein Betrieb – eine Gewerkschaft – ein Tarifvertrag“ verpflichtet.

Die gewerkschaftliche Willensbildung findet ausgehend von den Mitgliedern im Betrieb statt. Besonders in strukturschwachen Regionen ist der DGB ein wichtiges Scharnier der Gewerkschaften sowohl gegenüber der Zivilgesellschaft als auch gesellschaftlichen Institutionen. In den ehrenamtlichen Strukturen des DGB übernehmen viele Metallerinnen und Metaller Verantwortung und geben dem DGB vor Ort ein Gesicht. Dem Erhalt und der Weiterentwicklung des DGB kommt für die IG Metall eine große Bedeutung zu.

5 Mit Kampagnen und Kommunikation Themen setzen

Mit ihrer Kommunikations- und Kampagnenarbeit fokussiert die IG Metall auf ausgewählte Themen, stärkt ihre politische Durchsetzungsmacht und regt gesellschaftliche Debatten im Interesse der Arbeitnehmerschaft an. Der Einsatz der jeweiligen Kommunikationswege und Medien ist an den jeweiligen Erfordernissen auszurichten. Jahrzehntlang dominierende Leitmedien verlieren zunehmend ihren Einfluss als „Torwächter“. Meinungsbildung wird zunehmend von digitalen und in der Regel online verfügbaren Medien mitbestimmt. Diese haben vielfach inzwischen einen Dialogcharakter, sodass Nutzer und Nutzerinnen Einfluss nehmen können. Eine früher einheitlich anzusprechende Öffentlichkeit besteht heute aus vielfältigen Nutzergruppen mit unterschiedlichen Bedürfnissen. Kommunikation ist keine Einbahnstraße, direkte Feedback-Möglichkeiten gehören bei elektronischen Medien heute zum Standard und stellen auch die IG Metall vor neue Anforderungen.

Auf den Kampf um Aufmerksamkeit und öffentliche Wahrnehmung muss die IG Metall mit einer zeitgemäßen Kommunikation und Kampagnenarbeit reagieren, die in der Lage ist, Akzente zu setzen und wiedererkennbar ist. Sowohl die Kommunikation nach innen mit verschiedenen Adressatengruppen als auch nach außen mit der breiten Öffentlichkeit ist dann erfolgreich, wenn sie klare Botschaften hat und auf ein zentrales Ziel ausgerichtet ist. Damit wir wiedererkennbar kommunizieren, müssen wir mit einer Stimme sprechen.

Mit einer auf unsere strategischen Kernthemen fokussierten Medien- und Kampagnenarbeit ist die IG Metall in der Lage, ihre Durchsetzungsmacht zu steigern. Beispiele der letzten Jahre sind die Tarifkampagnen, Leiharbeit, die unbefristete Übernahme von Auszubildenden, die Rente mit 63. An dem Ziel einer fokussierten Kommunikation entlang einer politischen Schwerpunktsetzung wird festgehalten.

Für den Erfolg einer Kampagne ist entscheidend, dass Funktionäre, Verwaltungsstellen und Bezirke ausreichende Ressourcen für die ausgewählten Themen einsetzen und sie als Schwerpunkt in der Regularbeit vorantreiben. Dafür werden passgenaue Materialien zur Verfügung gestellt. Wir werben um gesellschaftliche Mehrheiten für unsere Positionen und versuchen, diese in praktische Politik zu überführen. So ist es etwa im Bundestagswahlkampf 2013 gelungen, Themen zu platzieren, die inzwischen in Gesetzen im Interesse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eingeflossen sind. Die Wirksamkeit einer Schwerpunktsetzung hat sich auch in den Jugendkampagnen „Operation Übernahme“ und „Revolution Bildung“ gezeigt. Die Themen- und Schwerpunktsetzung war für Mitglieder und die breite Unterstützung in der Gesellschaft wichtig. Mit zeitlich befristeten Aktionen und definierten Zielen setzen wir auch künftig pointiert Zukunftsthemen auf die politische Tagesordnung. Damit geben wir unseren Mitgliedern eine laute Stimme. Mit mobilisierenden Kampagnentiteln wie „Gleiche Arbeit – Gleiches Geld“ und einprägsamen politischen Slogans wie „Besser statt billiger“ positionieren wir unsere Deutungen auf der medialen, öffentlichen und politischen Ebene.

Die Beteiligung von Betrieben, Verwaltungsstellen, Bezirken und Funktionsbereichen des Vorstands sorgt für die notwendige Durchsetzungskraft. Gut verzahnt mit den Aktivitäten der Verwaltungsstellen zur Betriebsbetreuung, Erschließung, Mitgliedergewinnung

und -bindung entfalten die Kampagnen die notwendige Mobilisierung. Gute Kampagnen geben im unübersichtlichen Meinungs-
spektrum Orientierung, führen zu einem positiven Image in der Öffentlichkeit, verbessern die Lebens- und Arbeitsbedingungen der
Menschen und zeigen damit die Gewerkschaft als eine machtvolle, durchsetzungsstarke Organisation.
Das Internet fungiert in der Scharnierfunktion zwischen interner und externer Kommunikation als „strategische Nachrichtenagentur
“, mit der wir unsere Themenschwerpunkte viel umfangreicher als bisher multimedial verbreiten können. Die Printmedien behalten
als Pendant dazu ihre tragende Rolle bei der internen Kommunikation. Die dort von Mitgliedern und Funktionären ausdrücklich
gewünschte Linie der „sachlichen Parteilichkeit“ wird beibehalten. Professionelle Pressearbeit, die sich durch eine hohe Akzeptanz
unserer Fachkenntnis auszeichnet, bleibt ein weiterer wichtiger Schwerpunkt bei der erfolgreichen Vermittlung unserer Positionen.
Eine zeitgemäße Kommunikation muss angesichts der vorhandenen Medienvielfalt für alle Nutzergruppen passende Angebote be-
reitstellen. Die IG Metall wird deshalb ihr Angebot in den eigenen Onlineportalen und in den sozialen Medien ausbauen und verbes-
sern.

6 Schwerpunkte der Organisationspolitik

- Im Sinne einer starken und zukunftsfähigen IG Metall stellt sich die Organisationspolitik der Aufgabe, eine gute Betreuung mit-
tels wirksamer, beteiligungsorientierter Strukturen und Kommunikationsformen mit den Mitgliedern zu gewährleisten. Gleichzei-
tig muss sie die nötigen Ressourcen und Instrumente bereithalten, Potenziale für Wachstum zu erschließen.
- Die IG Metall ist eine Beteiligungsgewerkschaft, individuelle und kollektive Beteiligung stärken Mitbestimmungs- und Betei-
ligungsrechte.
- Die Fähigkeit der IG Metall zur Gestaltung erwächst aus den Reihen der am stärksten engagierten Mitglieder. Sie werden in den
Betrieben als das Gesicht der IG Metall wahrgenommen. Ihre qualifikatorische und politische Weiterentwicklung sowie die Wert-
schätzung ehrenamtlicher Arbeit hat Priorität, denn ihr ehrenamtliches Handeln ist maßgeblich für die Qualität gewerkschaftli-
cher Arbeit.
- Der Altersstrukturwandel und der damit einhergehende Generationenwechsel ist für die IG Metall eine Zukunftsfrage. Neben der
fachlichen Qualifizierung ist die emotionale und die politische Bindung an die IG Metall durch gewerkschaftliche Bildungsarbeit
und Nachwuchsförderung eine existenzielle Aufgabe.
- Für die IG Metall kommt es darauf an, in den traditionell gut organisierten Bereichen stark zu bleiben. Gleichzeitig gilt es, für
neue Ziel- und Beschäftigtengruppen attraktiv zu werden und unsere Mitgliederarbeit nicht nur auf unsere traditionell erschlos-
senen Betriebe zu beschränken. Weiße Flecken ohne Mitbestimmung – quer durch alle Branchen – müssen ebenso erschlossen
werden, wie es notwendig ist, gezielt Beschäftigte neuer Branchen und Wertschöpfungsketten darin zu unterstützen, Mitbestim-
mung und gewerkschaftliche Vertretung für sich zu erreichen.
- Alle Mitglieder haben den gleichen Anspruch darauf, dass sich die IG Metall für sie vor Ort engagiert und qualitativ hochwertig
arbeitet. Damit dies umgesetzt werden kann, sind die Verwaltungsstellen, Bezirke und die Vorstandsverwaltung gleichermaßen
gefordert. Die Präsenz in der Fläche wird sichergestellt. Neben bewährten Instrumenten bedarf es dazu auch der Weiterentwick-
lung von Konzepten, die die Wirksamkeit und Arbeitsfähigkeit der örtlichen IG Metall sicherstellen. Zudem müssen wir unser or-
ganisationspolitisches Profil auf die veränderten Rahmenbedingungen und Wertschöpfungsketten einstellen. Ein Kommunikati-
onskonzept für die Mitgliederarbeit ist zu entwickeln, das Dialog und Ansprache entlang biografischer Stationen ermöglicht.
- Durch die ständige Weiterentwicklung unserer gewerkschaftlichen Arbeit im Sinne der Mitgliederbeteiligung und der Bindung an
die Organisation, muss es uns gelingen, eine schlagkräftige Organisation zu bleiben. Die Umsetzung der 13 Kernaufgaben guter
Verwaltungsstellenarbeit behält eine hohe Priorität, da sie die beteiligungsorientierten Planungsprozesse und die gute Verwal-
tungsstellenarbeit in allen Arbeitsbereichen fördert. Die Instrumente der strategischen Entwicklung unserer Arbeit, die Säulen
des Investitions- und Strukturfonds sowie die Geschäftsplanprozesse werden weiterentwickelt.
- Global agierendes Kapital braucht gewerkschaftliche Gegenmacht. Die IG Metall wird deshalb ihre organisationspolitischen Ak-
tivistäten international ausrichten.

Beschluss des Gewerkschaftstages:

Annahme in geänderter Fassung:

(...)

4.6 Die IG Metall im DGB

Eine stark und effektiv aufgestellte gewerkschaftliche Struktur entsteht u.a. in der Arbeitsteilung und in der Zusammenarbeit mit den anderen DGB-Gewerkschaften und dem DGB selbst. Einheit aus der Vielfalt zu gewinnen, ist ein kontinuierlicher Aushandlungsprozess. Die Konzentration auf gemeinsame und durchsetzbare Ziele ist eine wichtige Voraussetzung für die wirksame Arbeit des DGB. Vereint im DGB, müssen wir uns dem Strukturwandel, den Herausforderungen in der Industriepolitik und den Strategien der Arbeitgeber zur Veränderung der industriellen Beziehungen stellen.

Der DGB ist der Bund der Gewerkschaften. Die sich verändernden Wertschöpfungsketten und die zunehmend zergliederte Struktur der industriellen Produktion führen dazu, dass Zuständigkeitsfragen zwischen Einzelgewerkschaften im Sinne einer starken Interessenvertretung und zum Schutz der Beschäftigten schnell und einvernehmlich entlang der Wertschöpfungskette gelöst werden müssen. Im Falle der Doppelzuständigkeit braucht es klare Regularien oder bilaterale Vereinbarungen zwischen den Einzelgewerkschaften. Andernfalls stärken wir die Arbeitgeberstrategie, über Ausgliederungen von Betriebsteilen, auch eine tarifliche Absenkung zu erzwingen. „Ein Betrieb – eine Gewerkschaft“ bleibt das DGB-Prinzip und lässt sich auch auf ausgelagerte Arbeitsschritte entlang der Wertschöpfungskette übertragen.

Die Gewerkschaften EVG, IG BAU, IG BCE und IG Metall vertreten überwiegend Mitglieder der Investitionsgüterindustrie, von Unternehmen im globalen Wettbewerb und der industrienahen Dienstleistungen. Gemeinsam wollen die vier Gewerkschaften im Bündnis der Industriegewerkschaften die Voraussetzungen dafür schaffen, dass die Interessen der in der deutschen Industrie Beschäftigten auch unter veränderten wirtschaftlichen, technologischen und gesellschaftlichen Bedingungen wirkungsvoll vertreten werden. Weder die Anzahl der Industriearbeitsplätze noch deren Qualität sind zwangsläufigen Entwicklungen ausgesetzt. Es bedarf gewerkschaftlich gebündelter und immer wieder neuer Initiativen, um wirkungsvoll den sozialen und ökologischen Fortschritt voranzubringen. Dafür wollen die vier Industriegewerkschaften gemeinsam ihre Tarfmächtigkeit ausbauen und ggf. Zuständigkeitsfragen schnell, solidarisch und einvernehmlich lösen. Die Gewerkschaften aus Industrie und Handwerk stehen für eine starke betriebliche Mitbestimmung und sind dem Grundsatz „Ein Betrieb – eine Gewerkschaft – ein Tarifvertrag“ verpflichtet. Wir streben auch eine einvernehmliche Lösung mit ver.di in Fragen der Organisationszuständigkeit an.

Die gewerkschaftliche Willensbildung findet ausgehend von den Mitgliedern im Betrieb statt. Besonders in strukturschwachen Regionen ist der DGB ein wichtiges Scharnier der Gewerkschaften sowohl gegenüber der Zivilgesellschaft als auch gesellschaftlichen Institutionen. In den ehrenamtlichen Strukturen des DGB übernehmen viele Metallerinnen und Metaller Verantwortung und geben dem DGB vor Ort ein Gesicht. Dem Erhalt und der Weiterentwicklung des DGB kommt für die IG Metall eine große Bedeutung zu.

(...)

EntschlieÙung 3

Antragsthema: Ergänzungsantrag zur E3 - Organisationspolitik: 4.6 Die IG Metall im DGB

E3.001-EA1

Antragstellerin/Antragsteller:

Marion Koslowski-Kuzu (Delegierten-Nummer: 255)

Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

1 (...)

2 4.6 Die IG Metall im DGB

3 Eine stark und effektiv aufgestellte gewerkschaftliche Struktur entsteht u.a. in der Arbeitsteilung und in der Zusammenarbeit mit den
4 anderen DGB-Gewerkschaften und dem DGB selbst. Einheit aus der Vielfalt zu gewinnen, ist ein kontinuierlicher Aushandlungspro-
5 zess. Die Konzentration auf gemeinsame und durchsetzbare Ziele ist eine wichtige Voraussetzung für die wirksame Arbeit des DGB.
6 Vereint im DGB, müssen wir uns dem Strukturwandel, den Herausforderungen in der Industriepolitik und den Strategien der
7 Arbeitgeber zur Veränderung der industriellen Beziehungen stellen.

8

9 Der DGB ist der Bund der Gewerkschaften. Die sich verändernden Wertschöpfungsketten und die zunehmend zergliederte Struktur
10 der industriellen Produktion führen dazu, dass Zuständigkeitsfragen zwischen Einzelgewerkschaften im Sinne einer starken Interes-
11 senvertretung und zum Schutz der Beschäftigten schnell und einvernehmlich entlang der Wertschöpfungskette gelöst werden müs-
12 sen. Im Falle der Doppelzuständigkeit braucht es klare Regularien oder bilaterale Vereinbarungen zwischen den Einzelgewerkschaf-
13 ten. Andernfalls stärken wir die Arbeitgeberstrategie, über Ausgliederungen von Betriebsteilen, auch eine tarifliche Absenkung zu
14 erzwingen. „Ein Betrieb — eine Gewerkschaft“ bleibt das DGB-Prinzip und lässt sich auch auf ausgelagerte Arbeitsschritte entlang
15 der Wertschöpfungskette übertragen.

16

17 Die Gewerkschaften EVG, IG BAU, IG BCE und IG Metall vertreten überwiegend Mitglieder der Investitionsgüterindustrie, von Unter-
18 nehmen im globalen Wettbewerb und der industrienahen Dienstleistungen. Gemeinsam wollen die vier Gewerkschaften im Bündnis
19 der Industriegewerkschaften die Voraussetzungen dafür schaffen, dass die Interessen der in der deutschen Industrie Beschäftigten
20 auch unter veränderten wirtschaftlichen, technologischen und gesellschaftlichen Bedingungen wirkungsvoll vertreten werden. ~~Weder~~
21 ~~die Anzahl der Industriearbeitsplätze noch deren Qualität sind zwangsläufigen Entwicklungen ausgesetzt. Es bedarf gewerkschaftlich~~
22 ~~gebündelter und immer wieder neuer Initiativen, um wirkungsvoll den sozialen und ökologischen Fortschritt voranzubringen. Dafür~~
23 ~~wollen die vier Industriegewerkschaften gemeinsam ihre Tarfmächtigkeit ausbauen und ggf. Zuständigkeitsfragen schnell, solidarisch~~
24 ~~und einvernehmlich lösen. Die Gewerkschaften aus Industrie und Handwerk stehen für eine starke betriebliche Mitbestimmung und~~
25 ~~sind dem Grundsatz „Ein Betrieb — eine Gewerkschaft — ein Tarifvertrag“ verpflichtet. Zuständigkeitsfragen mit der Vereinten Dienst-~~
26 ~~leistungsgewerkschaft müssen schnell, solidarisch und einvernehmlich gelöst werden. Die Gewerkschaften im DGB bleiben beim~~
27 Grundsatz "Ein Betrieb - eine Gewerkschaft - ein Tarifvertrag" verpflichtet.

28

29 Die gewerkschaftliche Willensbildung findet ausgehend von den Mitgliedern im Betrieb statt. Besonders in strukturschwachen Regio-
30 nen ist der DGB ein wichtiges Scharnier der Gewerkschaften sowohl gegenüber der Zivilgesellschaft als auch gesellschaftlichen Insti-
31 tutionen. In den ehrenamtlichen Strukturen des DGB übernehmen viele Metallerinnen und Metaller Verantwortung und geben dem
32 DGB vor Ort ein Gesicht. Dem Erhalt und der Weiterentwicklung des DGB kommt für die IG Metall eine große Bedeutung zu.

33 (...)

34

35

36

37

38 **Beschluss des Gewerkschaftstages:**

39 Ablehnung

Antrag zur EntschlieÙung 3

Antragsthema: Vertrauensleutearbeit Bildung

3.001

Antragstellerin/Antragsteller: 936 VS Ludwigsburg

Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

- 1 Die demografische Entwicklung in den Betrieben und in den Gremien der Interessenvertretung verlangt gemeinsame Anstrengungen
- 2 für praxisnahe und umsetzungsorientierte Bildungsarbeit. Gegebenenfalls sind auch strukturelle Veränderungen der Bildungsarbeit
- 3 für Vertrauensleute in der örtlichen und regionalen Bildungsarbeit und an den Bildungszentren erforderlich.
- 4
- 5 Ziel der Vertrauensleutebildung ist eine gute Verbindung der örtlichen, regionalen und zentralen Bildungsangebote für Vertrauens-
- 6 leute. Im Mittelpunkt unserer gewerkschaftspolitischen Handlungsorientierung steht die Durchsetzungs- und Konfliktfähigkeit in den
- 7 qualitativen betriebs- und tarifpolitischen Handlungsfeldern.
- 8
- 9 Der Ausbau der Beteiligungsorientierung, die Einbeziehung der Mitglieder und der Beschäftigten bei der Entwicklung von Gestal-
- 10 tungskonzepten z.B. für Arbeits-, Entgelt- und Leistungs politik, für zentrale, bezirkliche und örtliche Kampagnen wie Gute Arbeit, Be-
- 11 ssere Arbeitstage ... braucht entsprechend gut qualifizierte kompetente und von den Beschäftigten akzeptierte Vertrauensleute.
- 12 Für die gewerkschaftspolitische Qualifizierung wird von unseren IG Metall Betriebsräten, Jugend- und Ausbildungsvertreterinnen und
- 13 -vertretern für ihr Rolle als IG Metall Vertrauensleute die Freistellung nach § 37,7 Betriebsverfassungsgesetz völlig unzureichend in
- 14 Anspruch genommen. Auch die Freistellung nach den Bildungsurlaubsgesetzen der verschiedenen Bundesländer zur gewerkschafts-
- 15 politischen Qualifizierung unserer Mitglieder in ihrer Rolle als IG Metall Vertrauensleute wird nicht ausreichend in Anspruch genom-
- 16 men.
- 17
- 18 Das neue Bildungszeitgesetz in Baden-Württemberg stellt uns vor die Herausforderung, die Inanspruchnahme für die Vertrauensleu-
- 19 tequalifizierung offensiv umzusetzen.
- 20
- 21 Der Vorstand der IG Metall und der Funktionsbereich gewerkschaftliche Bildung werden aufgefordert, zur inhaltlichen Qualifizierung
- 22 der Vertrauensleute und zur Verbesserung der Inanspruchnahme der Freistellung nach § 37,7 Betriebsverfassungsgesetz und den
- 23 Möglichkeiten aus dem Bildungsurlaubsgesetz und dem Bildungszeitgesetz in Baden-Württemberg einen geeigneten Arbeitsprozess
- 24 unter Beteiligung der Verwaltungsstellen und Bezirke in Gang zu setzen.
- 25
- 26
- 27
- 28
- 29

Beschluss des Gewerkschaftstages:

31 Annahme in geänderter Fassung:

32

33

34 Die demografische Entwicklung in den Betrieben und in den Gremien der Interessenvertretung verlangt gemeinsame Anstrengungen
35 für praxisnahe und umsetzungsorientierte Bildungsarbeit. Gegebenenfalls sind auch strukturelle Veränderungen der Bildungsarbeit
36 für Vertrauensleute in der örtlichen und regionalen Bildungsarbeit und an den Bildungszentren erforderlich.

37

38 Ziel der Vertrauensleutebildung ist eine gute Verbindung der örtlichen, regionalen und zentralen Bildungsangebote für Vertrauens-
39 leute. Im Mittelpunkt unserer gewerkschaftspolitischen Handlungsorientierung steht die Durchsetzungs- und Konfliktfähigkeit in den
40 qualitativen betriebs- und tarifpolitischen Handlungsfeldern.

41

42 Der Ausbau der Beteiligungsorientierung, die Einbeziehung der Mitglieder und der Beschäftigten bei der Entwicklung von Gestal-
43 tungskonzepten z.B. für Arbeits-, Entgelt- und Leistungs politik, für zentrale, bezirkliche und örtliche Kampagnen wie Gute Arbeit, Be-
44 ssere Arbeitstage ... braucht entsprechend gut qualifizierte kompetente und von den Beschäftigten akzeptierte Vertrauensleute.
45 Für die gewerkschaftspolitische Qualifizierung wird von unseren IG Metall Betriebsräten, Jugend- und Ausbildungsvertreterinnen und
46 -vertretern für ihr Rolle als IG Metall Vertrauensleute die Freistellung nach § 37,7 Betriebsverfassungsgesetz völlig unzureichend in
47 Anspruch genommen. Auch die Freistellung nach den Bildungsurlaubsgesetzen der verschiedenen Bundesländer zur gewerkschafts-
48 politischen Qualifizierung unserer Mitglieder in ihrer Rolle als IG Metall Vertrauensleute wird nicht ausreichend in Anspruch genom-
49 men.

50

51 ~~Das neue Bildungszeitgesetz in Baden-Württemberg stellt uns vor die Herausforderung, die Inanspruchnahme für die Vertrauensleu-~~
52 ~~tequalifizierung offensiv umzusetzen.~~

53 Neue Bildungszeitgesetze (wie z.B. in Baden-Württemberg) stellen uns vor die Herausforderung, die Inanspruchnahme für die VL-
54 Qualifizierung offensiv umzusetzen.

55

56 Der Vorstand der IG Metall und der Funktionsbereich gewerkschaftliche Bildung werden aufgefordert, zur inhaltlichen Qualifizierung
57 der Vertrauensleute und zur Verbesserung der Inanspruchnahme der Freistellung nach § 37,7 Betriebsverfassungsgesetz und den
58 Möglichkeiten ~~aus den Bildungsurlaubsgesetz und dem Bildungszeitgesetz in Baden-Württemberg einen geeigneten Arbeitsprozess~~
59 ~~unter Beteiligung der Verwaltungsstellen, Bezirke in Gang zu setzen.~~ aus den Bildungsurlaubs- bzw. Bildungszeitgesetzen einen ge-
60 eigneten Arbeitsprozess unter Beteiligung der Verwaltungsstellen und Bezirke in Gang zu setzen.

61

Antrag zur EntschlieÙung 3

Antragsthema: Gewerkschaftliche Bildungsarbeit
Hier: Kapazitäten zentrales Seminarangebot

3.002

Antragstellerin/Antragsteller:
524 VS Wolfsburg

Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

- 1 Bei den Vertrauensleuten(VL)-kompakt-Ausbildungsgängen hat sich ein großes Missverhältnis zwischen den nachgefragten Seminar-
2 plätzen und den zur Verfügung stehenden entwickelt, sodass lange Wartelisten entstanden, und zwar über die gesamte VL-Wahlpe-
3 riode. War bis vor zehn Jahren noch eine Unterauslastung der zentralen Bildungsstätten zu verzeichnen, gibt es heute Kapazitäts-
4 engpässe bei den Seminarplatzangeboten. Dies ist besonders bei den VL-kompakt-Ausbildungsgängen der Fall. Die Kapazitäten für
5 die zentralen Seminarangebote sind zu erhöhen, um den quantitativen Anforderungen aus den Regionen Rechnung zu tragen.
6 Außerdem muss sich das Angebot verstärkt neuen Zielgruppen wie technischen und kaufmännischen Angestellten zuwenden. Hinzu
7 kommt, dass durch Wegfall von DGB-Bundesschulen Kapazitäten weggefallen sind. Wenn Seminarkapazitäten für den Schwer-
8 punktbereich BR-Seminare erweitert werden, wo ebenfalls eine gestiegene Nachfrage zu verzeichnen ist, so muss das auch für VL-
9 Seminare geplant werden. Hierbei könnten bestehende Einrichtungen bei Kooperationspartnern in die Überlegungen mit einbezogen
10 werden, um kostengünstig und kurzfristig Kapazitätserweiterungen zu ermöglichen.

11

12

13

14

15

16 **Beschluss des Gewerkschaftstages:**

17 Annahme als Material an den Vorstand

Antrag zur EntschlieÙung 3

Antragsthema: Bessere Verzahnung von regionalen und zentralen Seminarinhalten

3.003

**Antragstellerin/Antragsteller:
514 VS Nienburg-Stadthagen**

Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

- 1 Es wird ein Prozess initiiert, in dem geklärt wird, welche Inhalte in regionalen und welche in zentralen Seminaren zu behandeln sind
2 und unter welchen Voraussetzungen die Teilnahme an zentralen Seminaren sinnstiftend möglich ist. In diesen Prozess sind haupt-
3 und ehrenamtliche Bildungspraktikerinnen und -praktiker einzubeziehen.

4

- 5 Die regionalen Besonderheiten der Bildungsarbeit bleiben dabei unberührt. Ziel des Antrags ist es lediglich, die Anschlussfähigkeit
6 der zentralen an die regionalen Seminare unter inhaltlichen Aspekten zu verbessern und eine Über- oder Unterforderung von Teilneh-
7 menden zentraler Seminare zu vermeiden.

8

9

10

11

12

13

14

15 **Beschluss des Gewerkschaftstages:**

- 16 Annahme als Material an den Vorstand

Antrag zur EntschlieÙung 3

Antragsthema: Gute Bildungsarbeit unterstützt kompetente, kritische und aktive Vertrauensleute

3.004

Antragstellerin/Antragsteller:
905 VS Esslingen

Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

- 1 Eine gute Bildungsarbeit auf allen Ebenen unserer IG Metall sorgt dafür, dass Vertrauensleute in der Gesellschafts-, Betriebs- und Ta-
- 2 rifpolitik umfassend qualifiziert sind und in betrieblichen und gesellschaftlichen Auseinandersetzungen Stellung beziehen können.
- 3 Der Vorstand wird beauftragt zu prüfen, ob durch die Möglichkeiten, die das neue Bildungszeitgesetz in Baden-Württemberg bietet,
- 4 eine IG Metall Bildungsstätte in Baden-Württemberg einen entsprechenden Beitrag leisten kann.

5

6

7

8

9

10 **Beschluss des Gewerkschaftstages:**

11 Annahme

Antrag zur EntschlieÙung 3

Antragsthema: Belegungsstrukturen in den Vertrauensleute-Seminaren analysieren und verbessern

3.005

Antragstellerin/Antragsteller: 239 VS Völklingen

Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

- 1 Der Funktionsbereich Gewerkschaftliche Bildungsarbeit beim Vorstand der IG Metall erstellt einmal jährlich eine Auswertung über die
- 2 Anzahl der durchgeführten VL-kompakt-Seminare, die Teilnehmerzahlen und die Teilnehmerstruktur und stellt diese den Bezirken und
- 3 Verwaltungsstellen zur Verfügung.
- 4 Aus der Auswertung sind insbesondere folgende Dinge ersichtlich:
- 5 • Altersstruktur der Teilnehmer/Teilnehmerinnen
- 6 • Teilnehmerstruktur nach Geschlecht
- 7 • Teilnehmerstruktur nach Branchen
- 8 • Teilnehmerstruktur nach Betriebsgröße
- 9 • Teilnehmerstruktur nach Funktion
- 10 (Vertrauensleute, Mitglieder, Teilnehmer/Teilnehmerinnen mit Betriebsverfassungsmandat)
- 11 • Anteil neu gewählte/wiedergewählte Vertrauensleute
- 12 Es wird weiterhin ausgewiesen, welcher Anteil der jährlich zur Verfügung stehenden Seminarplätze für besondere Schwerpunktbe-
- 13 triebe bereitgestellt wurde und somit nicht über die normale Belegung frei zugänglich war.
- 14 Auf Grundlage dieser Daten soll eine Debatte über die zukünftige Struktur der Vertrauensleute-Bildungsarbeit in der IG Metall
- 15 geführt werden. Seit Jahren reichen die Plätze im Bereich der VL-kompakt-Seminare nicht aus, um alle neu und wiedergewählten Ver-
- 16 trauensleute zu qualifizieren.
- 17 Zusätzlich ist die Beteiligung sehr unterschiedlich ausgeprägt. Während gerade in Großbetrieben eine gute Beteiligung zu verzeich-
- 18 nen ist, gibt es Betriebe, Branchen und Personengruppen, die bisher das Bildungsangebot nicht oder nur unzureichend nutzen bzw.
- 19 nutzen können. Um das zur Verfügung stehende Angebot besser nutzen zu können, müssen wir Ursachenforschung betreiben, die
- 20 Belegungsstrukturen analysieren und hieraus Lösungen für die Zukunft entwickeln.
- 21 Insbesondere muss geprüft werden, wie bisher unterrepräsentierten Gruppen der Zugang zu den Bildungsangeboten ermöglicht wer-
- 22 den kann.
- 23 Aktuell gibt es hierzu keine belastbaren Zahlen, auf deren Basis eine zielführende Debatte stattfinden kann. Daher ist eine solche
- 24 Analyse zwingend notwendig.

25

26

27

28

29

Beschluss des Gewerkschaftstages:

31 Annahme in geänderter Fassung:

32

33 Der Funktionsbereich Gewerkschaftliche Bildungsarbeit beim Vorstand der IG Metall erstellt einmal jährlich eine Auswertung über die
34 Anzahl der durchgeführten VL-kompakt-Seminare, die Teilnehmerzahlen und die Teilnehmerstruktur und stellt diese den Bezirken und
35 Verwaltungsstellen zur Verfügung.

36 Aus der Auswertung sind insbesondere folgende Dinge ersichtlich:

- 37 • Altersstruktur der Teilnehmer/Teilnehmerinnen
- 38 • Teilnehmerstruktur nach Geschlecht
- 39 • Teilnehmerstruktur nach Branchen
- 40 • Teilnehmerstruktur nach Betriebsgröße
- 41 • Teilnehmerstruktur nach Funktion
(Vertrauensleute, Mitglieder, Teilnehmer/Teilnehmerinnen mit Betriebsverfassungsmandat)
- 42 • Anzahl und strukturelle Zusammensetzung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer auf Warteliste
- 43 • Anteil neu gewählte/wiedergewählte Vertrauensleute

45 Es wird weiterhin ausgewiesen, welcher Anteil der jährlich zur Verfügung stehenden Seminarplätze für besondere Schwerpunktbe-
46 triebe bereitgestellt wurde und somit nicht über die normale Belegung frei zugänglich war.

47 Auf Grundlage dieser Daten soll eine Debatte über die zukünftige Struktur der Vertrauensleute-Bildungsarbeit in der IG Metall
48 geführt werden. Seit Jahren reichen die Plätze im Bereich der VL-kompakt-Seminare nicht aus, um alle neu und wiedergewählten Ver-
49 trauensleute zu qualifizieren.

50 Zusätzlich ist die Beteiligung sehr unterschiedlich ausgeprägt. Während gerade in Großbetrieben eine gute Beteiligung zu verzeich-
51 nen ist, gibt es Betriebe, Branchen und Personengruppen, die bisher das Bildungsangebot nicht oder nur unzureichend nutzen bzw.
52 nutzen können. Um das zur Verfügung stehende Angebot besser nutzen zu können, müssen wir Ursachenforschung betreiben, die
53 Belegungsstrukturen analysieren und hieraus Lösungen für die Zukunft entwickeln.

54 Insbesondere muss geprüft werden, wie bisher unterrepräsentierten Gruppen der Zugang zu den Bildungsangeboten ermöglicht wer-
55 den kann.

56 Aktuell gibt es hierzu keine belastbaren Zahlen, auf deren Basis eine zielführende Debatte stattfinden kann. Daher ist eine solche
57 Analyse zwingend notwendig.

Antrag zur EntschlieÙung 3

Antragsthema: Sicherstellung ausreichender Seminarkapazitäten

3.006

**Antragstellerin/Antragsteller:
514 VS Nienburg-Stadthagen**

Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

- 1 Immer wieder können Kolleginnen und Kollegen keine Seminare besuchen, weil diese bereits belegt sind. Die Wartelisten der Semi-
- 2 nare bilden diesen Umstand nur unzureichend ab: Manche interessierten Mitglieder sind aufgrund von langen Wartelisten abge-
- 3 schreckt und lassen sich auch nicht mehr auf diese Nachrücklisten eintragen.
- 4
- 5 Die Delegierten des Gewerkschaftstages fordern, die Wartelisten der betreffenden Seminare systematisch auszuwerten, um die
- 6 Ergebnisse bei der künftigen Seminarplanung zu berücksichtigen und entsprechende Kapazitäten bereitzustellen. Durch geeignete
- 7 Maßnahmen ist sicherzustellen, dass diejenigen Kolleginnen und Kollegen, die sich aufgrund von langen Wartelisten nicht mehr auf
- 8 diesen eintragen lassen, bei der Seminarplanung ebenfalls einbezogen werden. Die Verwaltungsstellen werden unterstützt, die be-
- 9 troffenen Mitglieder auf alternative Seminarangebote hinzuweisen.

10

11

12

13

14

15

16

17 **Beschluss des Gewerkschaftstages:**

18 Annahme als Material an den Vorstand

Antrag zur EntschlieÙung 3

Antragsthema: Politische Bildung stärken

3.007

**Antragstellerin/Antragsteller:
409 VS Kiel-Neumünster**

Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

- 1 Der Vorstand wird aufgefordert, zu den politischen Bildungsseminaren der zentralen Bildungseinrichtungen systematisch den Bedarf
- 2 aus den Verwaltungsstellen zu ermitteln und transparent zu machen. Zu dieser Bedarfsermittlung gehören:
- 3
- 4 • Anmeldezahlen zu den Seminaren pro Bildungseinrichtung
- 5 • Anzahl der Ablehnungen, weil Seminare bereits die maximale Teilnehmerzahl erreicht hatten
- 6
- 7 Sollten die Seminarplatzbedarfe größer sein als die Angebote, sind daraus als Konsequenz die Budgetmittel und die Ressourcen für
- 8 die politischen Bildungsseminare zu erhöhen.

9

10

11

12

13

14 **Beschluss des Gewerkschaftstages:**

15 Annahme als Material an den Vorstand

Antrag zur EntschlieÙung 3

Antragsthema: Betriebliche Bildungsplanung als Kernaufgabe guter Verwaltungsstellenarbeit flächendeckend ermöglichen

3.008

Antragstellerin/Antragsteller: 239 VS Völklingen

Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

- 1 Die flächendeckende Umsetzung betrieblicher Bildungsplanung wurde als Kernaufgabe guter Verwaltungsstellenarbeit im Projekt
- 2 2009 als ein zentrales Projektergebnis herausgearbeitet.
- 3
- 4 Es erfolgt daher ab dem Jahr 2016 eine verbindliche Zuteilung von Seminarplätzen im Bereich der VL-kompakt-Seminare auf die
- 5 Bezirke, um diese Kernaufgabe in den Verwaltungsstellen auch tatsächlich umsetzen zu können.
- 6 Als Kriterium für die Verteilung der Seminarplätze wird die Zahl der gewählten Vertrauensleute im jeweiligen Bezirk im Verhältnis zu
- 7 der Anzahl aller gewählten Vertrauensleute (bundesweit) zugrunde gelegt.
- 8
- 9 Ob auf bezirklicher Ebene eine weitergehende Zuteilung auf (Schwerpunkt-)Betriebe oder Verwaltungsstellen erfolgt oder ob es ei-
- 10 nen freien Zugriff auf die Seminarplätze gibt, bleibt den einzelnen Bezirken überlassen.
- 11 Hierbei können die regionalen Unterschiede innerhalb der Bildungslandschaft der IG Metall berücksichtigt werden.
- 12
- 13 Nicht belegte Seminarplätze werden 13 Wochen vor Seminarbeginn bundesweit freigegeben, sodass alle Interessenten hierauf zu-
- 14 greifen können.
- 15
- 16 Mit dieser Verfahrensweise wird einerseits gewährleistet, dass vor Ort eine bessere Bildungsplanung erfolgen kann, andererseits wer-
- 17 den die ungenutzten Plätze rechtzeitig wieder für alle Interessenten verfügbar gemacht, sodass eine gute Auslastung der Seminare
- 18 sichergestellt wird.
- 19
- 20 Notwendig geworden ist eine solche neue Zuteilungsregelung, da eine verlässliche Bildungsplanung seit dem Wegfall der bisherigen
- 21 Regelung (im Jahr 2009) gerade im Bereich der Vertrauensleutebildung nicht mehr möglich ist.
- 22
- 23 Seither gilt das „Windhund-Prinzip“: Diejenigen, die sich am schnellsten anmelden, können Seminare besuchen. Gezielte Bildungs-
- 24 planung und Nachwuchsförderung im Bereich der Vertrauensleute, kann nicht mehr verbindlich stattfinden.
- 25
- 26 Bildungsplanung setzt voraus, dass die Bildungsberater in den Betrieben und Verwaltungsstellen die Möglichkeit haben, auf freie
- 27 Seminarplätze zuzugreifen und im Dialog mit den Vertrauensleuten individuelle Bildungspläne entwickeln können.
- 28
- 29 Durch diese neue Zuteilungsregelung auf die Bezirke erhalten die Verwaltungsstellen bessere Möglichkeiten zur Bildungsplanung und
- 30 werden in die Lage versetzt, die Kernaufgabe guter Verwaltungsstellenarbeit „Flächendeckende Umsetzung betrieblicher Bildungs-
- 31 planung“ auch tatsächlich umzusetzen.
- 32

33 So kann es zukünftig gelingen, dass die Beteiligung an den Seminaren im Ausbildungsgang VL-kompakt erhöht wird und bisher un-
34 terrepräsentierte Gruppen den Zugang zu diesem Ausbildungsgang erhalten. Insbesondere kann sichergestellt werden, dass die rich-
35 tige Teilnehmerin/der richtige Teilnehmer zum richtigen Zeitpunkt das richtige Seminar besucht, so wie es ein Grundsatz der
36 gewerkschaftlichen Bildungsplanung vorsieht.

37

38

39

40

41

42 **Beschluss des Gewerkschaftstages:**

43 Annahme als Material an den Vorstand

Antrag zur EntschlieÙung 3

Antragsthema: Einstieg in den Ausbildungsgang „VL-kompakt“ für alle neu gewählten Vertrauensleute

3.009

Antragstellerin/Antragsteller: 239 VS Völklingen

Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

- 1 Jede neu gewählte Vertrauensfrau/Jeder neu gewählte Vertrauensmann erhält die Möglichkeit, innerhalb ihrer/seiner ersten Wahlpe-
2 riode zumindest ein Modul der Ausbildungsreihe „VL-kompakt“ zu besuchen.
- 3
- 4 Der Vorstand der IG Metall schafft hierfür die erforderlichen Rahmenbedingungen, sodass allen neu gewählten Vertrauensleuten der
5 Einstieg in diese Ausbildungsreihe ermöglicht wird.
- 6
- 7 Das derzeitige Angebot an VL-kompakt-Seminaren reicht nicht aus. Es umfasst weniger als 2.500 Plätze pro Jahr, also maximal
8 10.000 pro Wahlperiode.
- 9
- 10 Bundesweit sind bei den Wahlen 2012 aber rund 49.000 Vertrauensleute gewählt worden, davon rund 17.000 zum ersten Mal.
- 11
- 12 Ohne eine Ausweitung des Angebotes werden mindestens 7.000 neu gewählte Vertrauensleute keine Gelegenheit haben, in ihrer
13 ersten Amtsperiode den Ausbildungsgang „VL-kompakt“ zu beginnen.
- 14
- 15 Bereits bei den VL-Wahlen 2008 wurden über 18.000 Vertrauensleute erstmals gewählt, von denen zumindest 8.000 keine Chance
16 hatten, ein VL-kompakt-Modul zu besuchen. Diese wurden teilweise bei den Wahlen 2012 wiedergewählt, sodass die tatsächliche
17 Zahl von Vertrauensleuten, die noch kein einziges VL-Modul besucht haben, erheblich höher liegen dürfte.
- 18
- 19 Mit dem aktuellen Bildungsangebot können wir nicht sicherstellen, dass die neu gewählten Kolleginnen und Kollegen auf ihre wich-
20 tige gewerkschaftspolitische Funktion vorbereitet sind und sie im Sinne der IG Metall aktiv werden.
- 21
- 22 „Nah dran und kompetent“ war das Motto der Vertrauensleutewahlen im Jahr 2012.
- 23 Wenn wir es ernst meinen und unsere Vertrauensleute auch weiterhin als kompetente Ansprechpartner im Betrieb wahrgenommen
24 werden sollen, ist eine Ausweitung des Angebotes zwingend notwendig.
- 25
- 26
- 27
- 28
- 29

- 30 **Beschluss des Gewerkschaftstages:**
- 31 Annahme als Material an den Vorstand

Antrag zur EntschlieÙung 3

Antragsthema: Stärkung der Vertrauensleutearbeit durch ein Angebot von „VL-kompakt“ für alle neu gewählten Vertrauensleute

3.010

Antragstellerin/Antragsteller:
206 VS Darmstadt

Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

- 1 Die Vertrauensleutearbeit ist das Rückgrat in den gewerkschaftlich organisierten Betrieben. Bei der Beantragung von Seminaren für
- 2 Vertrauensleute, egal, ob bereits längere Zeit gewählt oder neu gewählt, sind diese regelmäßig ausgebucht. Zumeist schon vor Er-
- 3 scheinen des Bildungsprogramms sind bereits alle Plätze vergeben. Daher soll jede neu gewählte Vertrauensfrau und jeder neu ge-
- 4 wählte Vertrauensmann die Möglichkeit erhalten, innerhalb der ersten Wahlperiode mindestens ein Modul der Ausbildungsreihe „VL-
- 5 kompakt“ zu besuchen.
- 6 Der Vorstand der IG Metall schafft hierfür die erforderlichen Rahmenbedingungen, sodass allen neu gewählten Vertrauensleute der
- 7 Einstieg in diese Ausbildungsreihe ermöglicht wird.
- 8 Das derzeitige Angebot an „VL-kompakt“-Seminaren reicht nicht aus. Es umfasst weniger als 2.000 Plätze pro Jahr, also maximal
- 9 8.000 pro Wahlperiode. In allen Bezirken der IG Metall sind bei den Wahlen 2012 rund 49.000 Vertrauensleute gewählt worden,
- 10 davon rund 17.000 zum ersten Mal. Es gibt also eine große Anzahl von Vertrauensleuten, die noch nicht die Möglichkeit hatten, ein
- 11 entsprechendes Seminar zu besuchen. Vermutlich wird die Zahl der ungeschulten Vertrauensleute aber noch höher liegen, weil schon
- 12 länger nicht genügend Seminare angeboten werden.
- 13 Außerdem zeigt die Praxis, dass in erster Linie kleine Betriebe und Unternehmen bei der Vergabe der Plätze schlecht wegkommen.
- 14 Daher ist schon aus strukturellen Gründen das Angebot zu erweitern, um in kleineren Betrieben besser vertreten und ausgebildet zu
- 15 sein.
- 16 Mit dem aktuellen Bildungsangebot können wir nicht ausreichend sicherstellen, dass die neu gewählten Kolleginnen und Kollegen
- 17 auf ihre wichtige gewerkschaftspolitische Funktion vorbereitet sind und sie im Sinne der IG Metall aktiv werden.
- 18 „Nah dran und kompetent“ war das Motto der Vertrauensleutewahlen im Jahr 2012.
- 19 Wenn wir es ernst meinen und unsere Vertrauensleute auch weiterhin als kompetente Ansprechpartner im Betrieb wahrgenommen
- 20 werden sollen, ist eine Ausweitung des Angebotes zwingend notwendig.

21

22

23

24

25

26 **Beschluss des Gewerkschaftstages:**

27 Erledigt durch Antrag Nr. 3.009

Antrag zur EntschlieÙung 3

Antragsthema: Ressourcen der zentralen Bildungszentren effizienter nutzen

3.011

**Antragstellerin/Antragsteller:
523 VS Salzgitter-Peine**

Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

- 1 Der Vorstand der IG Metall wird beauftragt zu prüfen, wie die Ressourcen der zentralen Bildungszentren effizienter genutzt werden
- 2 können.
- 3
- 4 So steht z.B. im Bildungszentrum Sprockhövel durch die flexible Gestaltung der Arbeitsräume ein Maß an Seminarkapazitäten zur
- 5 Verfügung, die durch die eingeschränkten Übernachtungskapazitäten nicht in vollem Umfang genutzt werden können. Durch den
- 6 Anbau eines Bettenhauses könnte hier Abhilfe geschaffen werden.

7
8
9
10
11

12 **Beschluss des Gewerkschaftstages:**

- 13 Annahme als Material an den Vorstand

Antrag zur EntschlieÙung 3

Antragsthema: Auslagerungen von zentralen Seminarangeboten

3.012

Antragstellerin/Antragsteller: 523 VS Salzgitter-Peine

Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

- 1 Der Vorstand hat dafür Sorge zu tragen, Auslagerungen von Seminaren des zentralen Bildungsprogramms aus den Bildungszentren
- 2 der IG Metall zu vermeiden. Für den Fall der notwendigen Auslagerung von über dem zentralen Bildungsprogramm hinausgehenden
- 3 Seminarangeboten wird der Vorstand beauftragt, einheitliche und verbindliche Kriterien zu entwickeln. Das Interesse der Teilnehmen-
- 4 den nach örtlich geschlossenem Arbeiten und Leben ist dabei vorrangig zu berücksichtigen. Über den Umfang und die Entwicklung
- 5 von Seminauslagerungen hat der Vorstand jährlich Transparenz herzustellen.
- 6
- 7 Die Seminauslagerungen stellen ein Ärgernis innerhalb der IG Metall Bildungsarbeit dar. Die Teilnehmenden sind neugierig und
- 8 freuen sich darauf, neben ihrer Verwaltungsstelle ein Gewerkschaftshaus zum Arbeiten und Leben kennenzulernen. Dies gilt vor allem
- 9 für Kolleginnen und Kollegen, die sich erstmals für ein zentrales Seminar der IG Metall anmelden. Umso größer die Enttäuschung
- 10 nach Mitteilung, dass das Seminar nicht, wie ausgeschrieben, im eigenen Bildungszentrum stattfindet. Diese Erfahrungen sind auf
- 11 das Äußerste zu minimieren.
- 12
- 13 Auch wenn das Seminar insgesamt einen positiven Verlauf nimmt, bleiben die Identifikationsprozesse zur IG Metall, die in den eige-
- 14 nen Bildungszentren stattfinden, aus.
- 15
- 16 Die Vorgehensweise einiger Bildungszentren, die Seminararbeit im eigenen Haus stattfinden zu lassen, die Übernachtung und Ver-
- 17 pflegung der Teilnehmenden jedoch auszulagern, muss unverzüglich eingestellt werden. Teilnehmende mehrmals am Tag mittels
- 18 Fahrdienste oder Taxen von A nach B zu befördern, erzeugt ausschließlich Missstimmung und schlechte Eindrücke von der Organisa-
- 19 tion. Von dem Einfluss auf die angestrebten Lernziele ganz zu schweigen.
- 20
- 21 Über den Umfang und die Entwicklung der Auslagerungen muss innerhalb der Organisation Transparenz hergestellt werden, um
- 22 Fehlentwicklungen rechtzeitig begegnen zu können.
- 23
- 24
- 25
- 26
- 27

Beschluss des Gewerkschaftstages:

29 Annahme in geänderter Fassung:

- 31 Der Vorstand hat dafür Sorge zu tragen, Auslagerungen von Seminaren des zentralen Bildungsprogramms aus den Bildungszentren
- 32 der IG Metall zu vermeiden. Für den Fall der notwendigen Auslagerung von über dem zentralen Bildungsprogramm hinausgehenden
- 33 Seminarangeboten wird der Vorstand beauftragt, einheitliche und verbindliche Kriterien zu entwickeln. Das Interesse der Teilnehmen-

34 den nach örtlich geschlossenem Arbeiten und Leben ist dabei vorrangig zu berücksichtigen. Über den Umfang und die Entwicklung
35 von Seminauslagerungen hat der Vorstand jährlich Transparenz herzustellen.

36

37 Die Seminauslagerungen stellen ein Ärgernis innerhalb der IG Metall Bildungsarbeit dar. Die Teilnehmenden sind neugierig und
38 freuen sich darauf, neben ihrer Verwaltungsstelle ein Gewerkschaftshaus zum Arbeiten und Leben kennenzulernen. Dies gilt vor allem
39 für Kolleginnen und Kollegen, die sich erstmals für ein zentrales Seminar der IG Metall anmelden. Umso größer die Enttäuschung
40 nach Mitteilung, dass das Seminar nicht, wie ausgeschrieben, im eigenen Bildungszentrum stattfindet. Diese Erfahrungen sind auf
41 das Äußerste zu minimieren.

42

43 Auch wenn das Seminar insgesamt einen positiven Verlauf nimmt, bleiben die Identifikationsprozesse zur IG Metall, die in den eige-
44 nen Bildungszentren stattfinden, aus.

45

46 ~~Die Vorgehensweise einiger Bildungszentren, die Seminararbeit im eigenen Haus stattfinden zu lassen, die Übernachtung und Ver-~~
47 ~~pflegung der Teilnehmenden jedoch auszulagern, muss unverzüglich eingestellt werden.~~ Teilnehmende mehrmals am Tag mittels
48 Fahrdienste oder Taxen von A nach B zu befördern, erzeugt ausschließlich Missstimmung und schlechte Eindrücke von der Organisa-
49 tion. Von dem Einfluss auf die angestrebten Lernziele ganz zu schweigen.

50

51 Über den Umfang und die Entwicklung der Auslagerungen muss innerhalb der Organisation Transparenz hergestellt werden, um
52 Fehlentwicklungen rechtzeitig begegnen zu können.

Antrag zur EntschlieÙung 3

Antragsthema: Aufgaben der Bildungszentren der IG Metall

3.013

Antragstellerin/Antragsteller: 523 VS Salzgitter-Peine

Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

- 1 Die Durchführung des zentralen Bildungsprogramms ist die erste Aufgabe der zentralen Bildungszentren. Bei der Belegung der
- 2 Bildungszentren und der Einsatzplanung des hauptamtlichen Personals sind demnach zunächst die zentralen Seminarangebote abzu-
- 3 decken. Anschließend erfolgt die Berücksichtigung der bezirklichen Kontingente. Darüber hinausgehende freie Kapazitäten können
- 4 sodann in Eigenverantwortung der Bildungszentren mit ergänzenden Angeboten, regionalen Veranstaltungen oder anderweitig
- 5 belegt werden.
- 6
- 7 Diese Vorgabe ist dringend erforderlich geworden, da es keine einheitliche Auffassung und damit keinen einheitlichen Auftrag gibt,
- 8 für welche Aufgaben unsere Bildungszentren einschließlich des dort beschäftigten Personals genutzt werden. Jedes Bildungszentrum
- 9 entwickelt eigene Prioritäten.
- 10
- 11 Dies führt zum Teil zu grotesken Situationen. So kommt es vor, dass Seminare des zentralen Bildungsprogramms in einer externen
- 12 Unterkunft von Honorarkräften durchgeführt werden, während im jeweiligen Bildungszentrum gleichzeitig das hauptamtliche Perso-
- 13 nal Eigenangebote des Bildungszentrums durchführt und die weitere Belegung des Hauses durch regionale Seminarangebote und/
- 14 oder Fremdanbieter erfolgt.

15

16

17

18

19

Beschluss des Gewerkschaftstages:

21 Erledigt durch Antrag Nr. 3.012

Antrag zur EntschlieÙung 3

Antragsthema: Belegung von Bildungsstätten

3.014

**Antragstellerin/Antragsteller:
879 VS Zwickau**

Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

- 1 Der Vorstand der IG Metall wird beauftragt, gemeinsam mit den Bildungsstätten Lösungen zu entwickeln, wie die IG Metall die ge-
- 2 stiegene Nachfrage nach Bildungsmaßnahmen angemessen bedienen kann, um zukünftige Auslagerungen bzw. Verlegungen von
- 3 Mitgliedern oder kompletten Seminaren in andere Hotels zu vermeiden.

4

5

6

7

8

9

10 **Beschluss des Gewerkschaftstages:**

- 11 Erledigt durch Antrag Nr. 3.012

Antrag zur EntschlieÙung 3

Antragsthema: Auslagerung von Seminaren nach Bildungsurlaub und § 37,7 BetrVG sind zu vermeiden

3.015

Antragstellerin/Antragsteller:
411 VS Lübeck-Wismar

Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

- 1 Das Auslagern von Seminaren nach BU und § 37,7 ist zu vermeiden.
- 2
- 3
- 4
- 5
- 6
- 7
- 8
- 9 **Beschluss des Gewerkschaftstages:**
- 10 Erledigt durch Antrag Nr. 3.012

Antrag zur EntschlieÙung 3

Antragsthema: Erweiterung der Kapazitäten der hauptamtlichen pädagogischen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen an den Bildungszentren prüfen

3.016

Antragstellerin/Antragsteller: 514 VS Nienburg-Stadthagen

Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

- 1 Die hauptamtlichen pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an den Bildungszentren müssen in die Lage versetzt werden,
- 2 innerhalb ihrer vereinbarten Arbeitszeit die zentralen Seminare abzudecken sowie vor- und nachbereiten zu können. Der Grundsatz,
- 3 dass jedes zentrale Seminar von mindestens einer hauptamtlichen pädagogischen Mitarbeiterin/einem pädagogischen Mitarbeiter
- 4 durchgeführt wird, muss gewahrt werden.
- 5
- 6 Zusätzlich müssen die pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Lage sein, in ihrer Arbeitszeit konzeptionell arbeiten zu
- 7 können.
- 8
- 9 Das Angebot im Bereich Bildung und Beratung wird ausdrücklich begrüßt. Doch dürfen diese Aktivitäten nicht zulasten der Regels-
- 10 eminare gehen. Daher ist eine Ausweitung der Kapazitäten der hauptamtlichen pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an
- 11 den Bildungszentren zu prüfen.
- 12
- 13 Gegebenenfalls müssen zusätzliche Kapazitäten in Form von festen Einstellungen geschaffen werden. Dabei ist die Einstellung von
- 14 derzeitigen Honorarkräften, die vor allem oder ausschließlich für die IG Metall eingesetzt werden, vorrangig in Betracht zu ziehen.
- 15
- 16
- 17
- 18
- 19
- 20
- 21

- 22 **Beschluss des Gewerkschaftstages:**
- 23 Annahme als Material an den Vorstand

Antrag zur EntschlieÙung 3

Antragsthema: Erhalt und Förderung der Bildungsstätten der IG Metall und der DGB-Gewerkschaften

3.017

Antragstellerin/Antragsteller: 147 VS Duisburg-Dinslaken

Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

- 1 Ziel der IG Metall im Verbund mit den im DGB organisierten Einzelgewerkschaften ist der Erhalt aller derzeit vorhandenen und im
- 2 Seminarbetrieb befindlichen Bildungsstätten.
- 3
- 4 Die IG Metall und ihr Vorstand setzen sich beim DGB-Vorstand dafür ein, dass keine eigenen Bildungsstätten sowie die der ver-
- 5 schwisterten Einzelgewerkschaften geschlossen werden.
- 6
- 7 Gemeinsam wird mit den Einzelgewerkschaften und dem DGB dafür Sorge getragen, dass für die jeweiligen Bildungsstätten notwen-
- 8 dige Sanierungs- und/oder Ausbau- und/oder Aufwertungsmaßnahmen stattfinden und nach einem festzulegenden Finanzierungs-
- 9 schlüssel in Betrieb gehalten werden können.
- 10
- 11 Die Bildungsstätten der im DGB organisierten Einzelgewerkschaften sind nicht nur Stätten für die gewerkschaftliche Bildungsarbeit,
- 12 sondern zugleich auch Werbeträger.
- 13
- 14 Die Auslagerung in Hotels, analog privater, kommerzieller Bildungsträger, ist einer Ausbildung auf hohem gewerkschaftlichem Niveau
- 15 mit entsprechender Gruppendynamik und dem Austausch der Seminarteilnehmer untereinander, über Branchengrenzen hinweg, ab-
- 16 träglich.
- 17
- 18 Deshalb darf keine weitere Bildungsstätte geschlossen werden. Bildung muss ein Aushängeschild für die IG Metall und die Ein-
- 19 zelgewerkschaften im DGB bleiben.

20

21

22

23

24

Beschluss des Gewerkschaftstages:

26 Annahme als Material an den Vorstand

Antrag zur EntschlieÙung 3

Antragsthema: Gewinnung ehrenamtlicher Referentinnen und Referenten

3.018

**Antragstellerin/Antragsteller:
271 VS Eisenach**

Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

- 1 Die IG Metall versteht ihre gewerkschaftliche Bildungsarbeit auch als Hilfestellung für haupt- und ehrenamtliche Funktionäre und
- 2 Funktionärinnen. Dabei ist die Einbeziehung ehrenamtlicher Referenten und Referentinnen insgesamt und auch im Jugendbereich
- 3 eine wichtige und erprobte Praxis.
- 4
- 5 Der Vorstand der IG Metall entwickelt im Zusammenwirken mit den haupt- und ehrenamtlichen Bildungsarbeitern und -arbeiterinnen
- 6 Konzepte, um rechtzeitig ehrenamtliche Referenten und Referentinnen in ausreichender Anzahl für die Bildungsarbeit der IG Metall
- 7 zu gewinnen. Dabei muss insbesondere der Übergang der Referenten und Referentinnen aus der Jugendbildung in die Bildung der IG
- 8 Metall besonders vorbereitet und flankiert werden.

9

10

11

12

13

14

15 **Beschluss des Gewerkschaftstages:**

16 Annahme

Antrag zur EntschlieÙung 3

Antragsthema: Bundesweiter Referentinnen- und Referentenkongress

3.019

**Antragstellerin/Antragsteller:
510 VS Hannover**

Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

- 1 Der Vorstand der IG Metall wird aufgefordert, die zentrale Aus- und Weiterbildung für ehrenamtliche Referentinnen und Referenten
- 2 zu stärken. Dazu wird der bundesweit alle zwei Jahre stattfindende Referentenkongress verstetigt, da dieser eine wichtige Aus-
- 3 tausch-, Qualifizierungs- und Vernetzungsplattform für Referentinnen und Referenten auf zentraler Ebene darstellt.

4

5

6

7

8

9 **Beschluss des Gewerkschaftstages:**

- 10 Annahme als Material an den Vorstand

Antrag zur EntschlieÙung 3

Antragsthema: Weiterentwicklung der zentralen Referentinnen- und Referenten- Aus- und Weiterbildung

3.020

**Antragstellerin/Antragsteller:
510 VS Hannover**

Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

- 1 Die Weiterbildungsangebote für ehrenamtliche Referentinnen und Referenten sind auszubauen, insbesondere die Angebote, die über
- 2 die Grundlagenqualifizierungen (BR 1, A 1, usw.) hinausgehen. Der Ausbau von Angeboten bezieht sich insbesondere auf die Unter-
- 3 stützung von politischen Kampagnen unserer Gewerkschaft sowie auf inhaltliche Themen von besonderer Bedeutung für die IG Me-
- 4 tall.
- 5
- 6 Der Ausbau der Weiterbildungsangebote trägt dem Qualifizierungsbedarf der Referentinnen und Referenten Rechnung. Er sorgt fer-
- 7 ner für eine bessere Verankerung von politischen Kampagnen und wichtigen Themen der IG Metall in der Bildungsarbeit. Dadurch
- 8 wird die Schlagkraft und Mobilisierungsfähigkeit für Kampagnen erhöht. Für bedeutende Themen wird zudem ein größerer Raum ge-
- 9 schaffen, um diese mit den Mitgliedern und Funktionärinnen und Funktionären zu diskutieren und dazu Informationen bereitzustel-
- 10 len. Welche Themen das konkret sein können, wird bewusst offengelassen, um bedarfsgerecht reagieren zu können. Denkbar sind
- 11 Weiterbildungsangebote zu Industrie 4.0, Eurokrise, Fremdenfeindlichkeit, internationale Solidarität usw.

12
13
14
15
16
17 **Beschluss des Gewerkschaftstages:**

18 Annahme als Material zur EntschlieÙung

Antrag zur EntschlieÙung 3

Antragsthema: Qualifizierung von ehrenamtlichen Referenten und Referentinnen

3.021

Antragstellerin/Antragsteller: 408 VS Region Hamburg

Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

- 1 Damit ehrenamtliche Referenten und Referentinnen für ihre Tätigkeit ausreichend qualifiziert sind, wird der Vorstand aufgefordert,
- 2 die Hospitationen an den zentralen IG Metall Bildungszentren zu ermöglichen. Die Finanzierung erfolgt über den Vorstand.
- 3
- 4 Es ist entschieden worden, das regionale Bildungsangebot über die A1- und BR1-Seminare hinaus um weitere Seminare, u.a. „Per-
- 5 sonelle Maßnahmen und Betriebsratshandeln“ sowie „Mitbestimmung und Betriebsratshandeln“ der BR-Kompaktreihe, auszuwei-
- 6 ten. Damit die Seminare den Qualitätsstandards der IG Metall entsprechen, ist es notwendig, dass die ehrenamtlichen, oft betriebli-
- 7 chen Referenten und Referentinnen, gut ausgebildet sind. Eine Variante der Ausbildung ist das Hospitieren in den Bildungszentren.
- 8 Die finanziellen Mittel der Verwaltungsstellen sollen für das Bildungsangebot unserer Mitglieder genutzt werden, daher ist es den
- 9 Verwaltungsstellen nicht möglich, die Hospitanten bei zentralen Seminaren zu finanzieren. Da die IG Metall ein großes Interesse an
- 10 guter Betriebsratsqualifizierung hat, wird der Vorstand aufgefordert, die Finanzierung ohne Belastung der Verwaltungsstellen zu or-
- 11 ganisieren.
- 12
- 13
- 14
- 15
- 16
- 17 **Beschluss des Gewerkschaftstages:**
- 18 Annahme als Material an den Vorstand

Antrag zur EntschlieÙung 3

Antragsthema: Hospitierenden-Honorar

3.022

**Antragstellerin/Antragsteller:
716 VS Regensburg**

Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

- 1 Die Bildungsrichtlinie wird um ein verbindliches Honorar für Hospitierende in Seminaren der IG Metall ergänzt. Die Höhe und Ausge-
- 2 staltung des Honorars legt der Vorstand fest.

3

- 4 Das Hospitierenden-Honorar wird keine Auswirkungen auf die Höhe und Grundsätze des Referierenden-Honorars haben.

5

6 .

7

8

9

10

11

12 **Beschluss des Gewerkschaftstages:**

- 13 Annahme als Material an den Vorstand

Antrag zur EntschlieÙung 3

Antragsthema: Seminarangebot „Gleichstellungspolitik im Betrieb“

3.023

Antragstellerin/Antragsteller:
Frauenausschuss beim Vorstand

Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

- 1 Der Vorstand und die zentrale Bildungsarbeit der IG Metall werden beauftragt, ein Wochenseminar zur „Gleichstellungspolitik im Be-
2 trieb“ zu entwickeln und es in das zentrale Bildungsprogramm der IG Metall aufzunehmen.

3

- 4 Adressaten dieses Seminares sollten neben Betriebsräten und Vertrauensleuten auch Kolleginnen und Kollegen sein, welche sich mit
5 betrieblicher Gleichstellungspolitik bereits beschäftigen oder dies möchten. Daher benötigt das Seminar die Freistellungsmöglichkei-
6 ten nach dem Betriebsverfassungsgesetz sowie nach den Regelungen der Manteltarifverträge und muss bildungsurlaubstauglich
7 sein.

8

9

10

11

12

13

14 **Beschluss des Gewerkschaftstages:**

15 Annahme

Antrag zur EntschlieÙung 3

Antragsthema: Seminare für Kleinbetriebe

3.024

**Antragstellerin/Antragsteller:
408 VS Region Hamburg**

Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

- 1 Der Vorstand der IG Metall wird aufgefordert, Konzepte zu erstellen, um Mitgliedern und Interessenvertretern/-vertreterinnen in
- 2 Kleinbetrieben die Möglichkeit anzubieten, an alternativen gewerkschaftlichen Bildungsmaßnahmen, außerhalb des bisherigen re-
- 3 gulären Bildungsprogramms, teilzunehmen.
- 4
- 5 In Kleinbetrieben sind oft keine oder nur schwache Strukturen zur Interessenvertretung vorhanden. Sind sie vorhanden, scheitern In-
- 6 teressenvertretungen oft an mangelndem Fachwissen.
- 7
- 8 Hier ist es notwendig, z.B. Infoveranstaltungen zu organisieren bzw. Seminarkonzepte zu entwickeln, um Mitglieder und Interes-
- 9 senvertreter/-vertreterinnen in Kleinbetrieben zu befähigen, ihre Rechte zu nutzen. Die besonderen wirtschaftlichen und organisatori-
- 10 schen Bedingungen in Kleinbetrieben erschweren für die Mitglieder und Interessenvertreter eine Teilnahme an unseren klassischen
- 11 Seminarangeboten.
- 12
- 13 Somit ist es für die Mitglieder und Interessenvertretungen äußerst schwierig, an einfachen Grundlagenseminaren teilzunehmen.
- 14 Hierzu könnten Seminarkonzepte entwickelt werden, die maximal zweitägig sind.

15
16
17
18
19

- 20 **Beschluss des Gewerkschaftstages:**
- 21 Annahme als Material zur EntschlieÙung

Antrag zur EntschlieÙung 3

Antragsthema: Mindeststandard Seminarausstattung

3.025

Antragstellerin/Antragsteller: 408 VS Region Hamburg

Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

- 1 Der Vorstand der IG Metall wird aufgefordert, einen Mindeststandard für die Rahmenbedingungen in unseren Seminaren bundesweit
- 2 zu definieren und abzusichern.
- 3
- 4 Aus Erfahrungsberichten von Referenten und Referentinnen sowie Teilnehmern und Teilnehmerinnen ist festgestellt worden, dass es
- 5 zwischen den verschiedenen bundesweiten Seminaren qualitative Unterschiede gibt. Dies bezieht sich auf die technischen Hilfsmittel,
- 6 Referentenanzahl, Unterkunft, Verpflegung und Seminarraumgestaltung.
- 7
- 8 Folgende Sachverhalte sollten beispielsweise bei der Erarbeitung eines Mindeststandards diskutiert werden:
- 9 • Die technischen Hilfsmittel (z.B. Internetzugang, Beamer, Laptop, Leinwand, Whiteboards, Flipcharts, Moderationskoffer)
- 10 • Mindestens zwei Referenten (Teamprinzip)
- 11 • Unterkunft: Größe und Ausstattung im Seminarhaus
- 12 • Verpflegung: ausreichend, abwechslungsreich, gesonderte Wünsche und Bedürfnisse sollten berücksichtigt werden
- 13 • Seminarraumausstattung (z.B. ergonomische Bestuhlung, Raumgröße entsprechend der Teilnehmerzahl, Tageslicht/Fenster, Be-
- 14 lüftung, Klima/Heizung)
- 15 • Arbeitsgruppenräume
- 16 • Erreichbarkeit
- 17 • Arbeitsbedingungen der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen
- 18 • usw.
- 19
- 20 Die Einhaltung der definierten Standards müssen bundesweit überprüft werden.
- 21
- 22
- 23
- 24
- 25
- 26 **Beschluss des Gewerkschaftstages:**
- 27 Annahme als Material zur EntschlieÙung

Antrag zur EntschlieÙung 3

Antragsthema: Bildungsbeirat

3.026

Antragstellerin/Antragsteller: 523 VS Salzgitter-Peine

Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

- 1 Der Vorstand der IG Metall wird beauftragt, einen Bildungsbeirat einzusetzen. Ziel ist, innerhalb der IG Metall in Fragen der zentralen
- 2 Bildungsplanung und -arbeit mehr Beteiligungsmöglichkeiten zu schaffen. Insbesondere geht es um eine breitere Beteiligung bei den
- 3 Entscheidungsprozessen. Dazu sollen regionale Gremien zur bundesweiten Ausrichtung und Durchführung der gewerkschaftlichen
- 4 Bildungsarbeit in der IG Metall zentral beteiligt werden.
- 5
- 6 Die neue Beteiligungsstruktur soll den Namen Bildungsbeirat tragen. Der Bildungsbeirat ist dem Funktionsbereich Gewerkschaftliche
- 7 Bildungsarbeit in der Vorstandsverwaltung der IG Metall in Frankfurt zuzuordnen. In den Bildungsbeirat werden Bildungsexpertinnen
- 8 und -experten delegiert. Sie sind ein Querschnitt aus bezirklichen, regionalen und örtlichen Referentinnen- und Referentenarbeits-
- 9 kreisen (RAK) und Bildungsberaterinnen- und Bildungsberaterkreisen (BiBer). Die Delegierten tagen in einem gleichberechtigten Kreis
- 10 zweimal jährlich. Der Bildungsbeirat soll keinen Konferenzcharakter erhalten. Vielmehr soll er den Funktionsbereich in seinen Aufga-
- 11 ben unterstützen.
- 12
- 13 Zu den Aufgaben des Bildungsbeirates gehören:
- 14 • Beteiligung an der Planung des Volumens, der Ausstattung und Verteilung der zentralen Bildungsarbeit für das Folgejahr
- 15 • Beratung über die Vorgehensweise und notwendiges Material zur Bildungswerbung
- 16 • Beratung über aufgeworfene bildungsorganisatorische Fragen
- 17 • Herstellung von Transparenz zu den Rahmenbedingungen der Bildungsarbeit: Beratung von Datenauswertungen zur Teilnahme,
- 18 Wartelisten, Belegung der Bildungszentren, Auslagerungen und Referent(inn)eneinsätze
- 19 • Integration zentraler politischer Themen und Kampagnen in die Bildungsarbeit
- 20 • Entwicklung von Ideen und Utopien zur Gestaltung der Bildungsarbeit
- 21 • Vorstellung und Beratung neuer Angebote aus den Regionen im Hinblick auf eine bundesweite Etablierung und Übertragbarkeit
- 22 in die zentrale Bildungsarbeit

- 23
- 24
- 25
- 26
- 27
- 28 **Beschluss des Gewerkschaftstages:**
- 29 Annahme als Material an den Vorstand

Antrag zur EntschlieÙung 3

Antragsthema: Weiterentwicklung der Bildungsarbeit

3.027

Antragstellerin/Antragsteller: 908 VS Gaggenau

Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

- 1 Die Anforderungen an Bildungsarbeit und deren Inhalte ergeben sich aus den Herausforderungen in der Arbeitswelt sowie dem poli-
- 2 tischen Gestaltungsanspruch, den wir haben. Ändern sich Strategien der Wirtschaft, muss sich das sofort in unserer Bildungsarbeit
- 3 niederschlagen, um tatsächlich auch erfolgreich gestalten zu können. Dabei geht es jedoch nicht nur darum, dass sich die IG Metall
- 4 von den Arbeitgebern treiben lässt. Im Gegenteil: Wir wollen Arbeitstage besser machen – und damit auch Leben besser machen.
- 5 Gute gewerkschaftliche Bildungsarbeit trägt damit zur Stärkung der betrieblichen und politischen Handlungsfähigkeit bei.
- 6 Aktuell steht die Wirtschaft an der Schwelle zur vierten industriellen Revolution. Prognostiziert wird ein grundlegender Wandel des
- 7 Verhältnisses von Technik, Arbeit, Mensch und Wirtschaft. Mit den Stichworten „Smart Factory“ und „Smart Production“ werden die
- 8 Schwerpunkte auf sog. „intelligente Produktionssysteme und -verfahren“ und auch auf die Realisierung „verteilter und vernetzter
- 9 Produktionsstätten“ gelegt. Gesprochen wird von „unternehmensübergreifender Produktionslogistik“, „flexiblen Wertschöpfungs-
- 10 ketten“ und „Mensch-Maschine-Interaktion“ sowie von „3D in industriellen Anwendungen“. Gerade bei kleinen und mittleren Un-
- 11 ternehmen werden hier Anwendungsmöglichkeiten für Anbieter und Anwender von „smarten“ Produktionsmethoden gesehen.
- 12 (Quelle: Bundesministerium für Bildung und Forschung, 2015)
- 13 Diese Entwicklung hat massive Auswirkungen auf die Arbeitsweise und Tätigkeitssystematik, die Beschäftigtenstruktur, die Anzahl der
- 14 für die Produktion benötigten Arbeitskräfte und Kommunikations- und Kooperationsformen der Beschäftigten. Damit sind nur die be-
- 15 reits absehbaren Veränderungen benannt.
- 16 • Um Chancen dieser Entwicklung zu nutzen,
- 17 • um bessere Arbeitstage zu gestalten,
- 18 • um die Wertschöpfungskette mit auszugestalten,
- 19 • um Arbeitsplätze zu sichern,
- 20 müssen die Interessenvertretungen neue Strategien kennen und verstehen sowie wissen, welche Gestaltungsmöglichkeiten es gibt.

21
22 In Seminaren, Workshops und Veranstaltungen müssen deshalb drei Bereiche systematisch verbunden werden:

- 23 1. Die technologischen und arbeitspolitischen Entwicklungen müssen verstehbar sein,
- 24 2. die betriebsverfassungsrechtlichen Handlungsoptionen müssen praxisorientiert vermittelt werden, um
- 25 3. gewerkschaftspolitische Positionierungen einzuleiten, die eine beteiligungsorientierte Strategiebildung ermöglichen.

Beschluss des Gewerkschaftstages:

32 Annahme

Antrag zur EntschlieÙung 3

Antragsthema: Schulung Sicherheitsbeauftragte

3.028

**Antragstellerin/Antragsteller:
917 VS Mannheim**

Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

- 1 Der Vorstand der IG Metall wird aufgefordert, für die betrieblichen Sicherheitsbeauftragten (SiBe) künftig spezifische fünftägige Schulungen unter Inanspruchnahme der gesetzlichen Regelungen zur Bildungszeit anzubieten. Den Sicherheitsbeauftragten kommt entsprechend der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (DGUV), Vorschrift 1 eine bedeutende Rolle im Arbeits- und Gesundheitsschutz sowie im Unfallverhütungswesen zu.

5
6
7
8
9

10 **Beschluss des Gewerkschaftstages:**

11 Erledigt durch Praxis

Antrag zur EntschlieÙung 3

Antragsthema: Gesellschaftspolitische Bildungsarbeit

3.029

Antragstellerin/Antragsteller:
344 VS Gevelsberg-Hattingen

Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

- 1 Die Delegierten des 23. Ordentlichen Gewerkschaftstages fordern den Funktionsbereich Gewerkschaftliche Bildungsarbeit auf, dass
- 2 das Angebot an den zentralen Bildungsstätten die Bedarfe aller unserer Mitglieder widerspiegelt und es somit keine Verschiebung
- 3 des Seminarangebotes in Richtung fachspezifischer Seminare gibt, sondern insbesondere der gesellschaftspolitische Bereich gestärkt
- 4 und ausgebaut wird (z.B. durch die Wiederaufnahme des Angebots der sog. Kurswechselfeminare). Eine rein betriebswirtschaftliche
- 5 Betrachtungsweise der Bildungsangebote ist hier nicht zuträglich.

6

7

8

9

10

11 **Beschluss des Gewerkschaftstages:**

12 Annahme als Material an den Vorstand

Antrag zur EntschlieÙung 3

Antragsthema: Gewerkschaftliche Bildungsarbeit
Hier: Teamprinzip

3.030

Antragstellerin/Antragsteller:
524 VS Wolfsburg

Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

- 1 Das Teamprinzip ist eines der tragenden pädagogischen Elemente in der Seminarkonzeption der IG Metall. In der regionalen
- 2 Bildungsarbeit bei der Durchführung von Einführungsseminaren wird es im Wesentlichen garantiert durch Teams von ehrenamtlichen
- 3 Referenten und Referentinnen, die für diese Aufgabe besondere Qualifizierungsseminare durchlaufen. Bei den weiterführenden Semi-
- 4 naren an den zentralen Bildungsstätten muss das Teamprinzip ebenfalls angewendet werden. Hier allerdings mit der Maßgabe, dass
- 5 mindestens ein Referent hauptamtlicher pädagogischer Mitarbeiter/eine Referentin hauptamtliche pädagogische Mitarbeiterin des
- 6 Bildungszentrums ist. Die zentralen Seminare stellen an die Referenten und Referentinnen erhöhte Anforderungen hinsichtlich Fach-
- 7 wissen, Kenntnisse über Beschlusslagen und Programmatik der Organisation und Erfahrung im Umgang mit einer verwaltungsstel-
- 8 len- und bezirksübergreifenden heterogeneren Teilnehmerzusammensetzung. Weiterhin sind hauptamtliche pädagogische Mitarbei-
- 9 ter Garant, dass Erkenntnisse aus Seminarauswertungen bei der Weiterentwicklung von Seminarkonzeptionen berücksichtigt werden.
- 10 Sie stellen ein gewisses Maß an Kontinuität in der zentralen Bildungsarbeit dar. Dieses können ehrenamtliche Referenten und
- 11 Referentinnen nicht leisten, weder freiberuflich ehrenamtliche noch Berufstätige, die ehrenamtlich tätig sind und die zudem nur ein
- 12 bis zwei Seminare jährlich durchführen können.

13

14

15

16

17

18 **Beschluss des Gewerkschaftstages:**

19 Annahme als Material an den Vorstand

Antrag zur EntschlieÙung 3

Antragsthema: Seminarkonzepte für Referenten und Referentinnen zugänglich machen

3.031

**Antragstellerin/Antragsteller:
408 VS Region Hamburg**

Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

- 1 Die notwendigen Konzepte für die regionale und überregionale Bildungsarbeit werden den Referenten/Referentinnen zugänglich
- 2 gemacht.
- 3
- 4 Es ist entschieden worden, u.a. die Seminare „Personelle Maßnahmen und Betriebsratshandeln“ sowie „Mitbestimmung und Be-
- 5 triebsratshandeln“ regional anzubieten. Zurzeit haben die Referenten/Referentinnen keinen Zugang zu den Seminarkonzepten. Um
- 6 qualifizierte Seminare durchzuführen, ist es notwendig, einheitliche Konzepte anzuwenden. Den ehrenamtlichen Referenten/Referen-
- 7 tinnen noch die Konzepterstellung aufzubürden, ist unzumutbar. Deshalb ist es unerlässlich, diese den Referenten/Referentinnen zur
- 8 Verfügung zu stellen.

9

10

11

12

13

14 **Beschluss des Gewerkschaftstages:**

15 Annahme

Antrag zur EntschlieÙung 3

Antragsthema: Bundeseinheitliche Seminarkonzepte BR-kompakt

3.032

**Antragstellerin/Antragsteller:
408 VS Region Hamburg**

Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

- 1 Der Fachbereich gewerkschaftliche Bildungsarbeit wird aufgefordert, für die BR-Kompaktreihe bundeseinheitliche Konzepte zu erstel-
2 len. Hierfür sind die entsprechenden Mittel zur Verfügung zu stellen.

3

- 4 Um in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit bei den Ausbildungsgängen „Personelle Maßnahmen und Betriebsratshandeln“ sowie
5 „Mitbestimmung und Betriebsratshandeln“ für Betriebsräte einheitliche Standards zu gewährleisten, ist es notwendig, bundesein-
6 heitliche Konzepte zu entwickeln. Diese sind zurzeit nicht vorhanden.

7

8

9

10

11

12 **Beschluss des Gewerkschaftstages:**

13 Annahme

Antrag zur EntschlieÙung 3

Antragsthema: Keine Scheinselbstständigkeit in der Bildungsarbeit der IG Metall zulassen

3.033

Antragstellerin/Antragsteller: 523 VS Salzgitter-Peine

Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

- 1 Der aktuelle Einsatz des hauptamtlichen Personals an den zentralen Bildungszentren der IG Metall lässt die Durchführung des zen-
2 tralen Bildungsprogramms nicht zu. Speziell die sog. gesellschaftspolitischen Seminare werden überwiegend von Honorarkräften
3 durchgeführt. Die Tätigkeit einiger Honorarkräfte entspricht in Art und Umfang der von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern.
4 Rechtlich und politisch besteht Handlungsbedarf. Aktuell präsentiert sich die IG Metall gegenüber ihren Mitgliedern, Funktionären/
5 Funktionärinnen und den Betroffenen als Arbeitgeber, der in den eigenen Häusern auf Beschäftigungsformen zurückgreift, die er als
6 politische Organisation in der Privatwirtschaft bekämpft.

- 7
8 Der Vorstand der IG Metall wird aufgefordert zu prüfen, ob die an den zentralen Bildungszentren der IG Metall beschäftigten,
9 scheinbar selbstständigen Honorarkräfte in ein Arbeitsverhältnis mit der IG Metall überführt werden können. Die Maßnahme ist auf
10 den Kreis der Honorarkräfte gerichtet, deren Existenz vom alleinigen Auftraggeber IG Metall abhängig ist. Dem Beirat ist über das
11 Prüfergebnis bis Mai 2016 Bericht zu erstatten.

12
13
14
15
16

Beschluss des Gewerkschaftstages:

- 18 Annahme als Material an den Vorstand

Antrag zur EntschlieÙung 3

Antragsthema: Einsatz von selbstständigen Honorarkräften in der Bildungsarbeit der IG Metall

3.034

**Antragstellerin/Antragsteller:
523 VS Salzgitter-Peine**

Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

- 1 Für den Kreis der tatsächlich selbstständigen Honorarkräfte, die in der Bildungsarbeit der IG Metall eingesetzt werden, entwickelt der
2 Vorstand bildungszentreneinheitliche, verbindliche Regeln für die Auswahl, den Einsatz, die Qualifizierung, die Honorarhöhe und die
3 weiteren Einsatzbedingungen.

4

- 5 Dies ist notwendig geworden, da der Einsatz der Honorarkräfte zurzeit einer klassischen Konkurrenzsituation unterliegt. Sowohl zwi-
6 schen den Bildungszentren als auch zwischen den Honorarkräften wird anhand der Honorarhöhe und weiterer Einsatzbedingungen
7 miteinander konkurriert. Diese Situation ist einer Gewerkschaft unwürdig. Einheitliche, verbindliche Regeln für den Einsatz von tat-
8 sächlich selbstständigen Honorarkräften müssen zügig vom Vorstand verabschiedet werden.

9

10

11

12

13

14 **Beschluss des Gewerkschaftstages:**

- 15 Annahme als Material an den Vorstand

Antrag zur EntschlieÙung 3

Antragsthema: Mehr Beteiligung durch mehr Bildung

3.035

**Antragstellerin/Antragsteller:
350 VS Krefeld**

Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

- 1 Gewerkschaftliche Bildung
- 2 Der Gewerkschaftstag möge beschließen, dass alle Seminare zur „Geschichte der Arbeiterbewegung“ flächendeckend an allen
- 3 Bildungsstätten angeboten werden sollen.
- 4 Um das Selbstverständnis unserer Mitglieder zu fördern, ist die Bildung zur Entstehung der Gewerkschaften von elementarer Wichtigkeit!
- 5
- 6 Diese Seminare sollten nicht hauptsächlich auf die Bildungsstätte Berlin beschränkt werden.
- 7 Leider sind einige Geschichtsseminartypen ausschließlich in Berlin belegbar.
- 8
- 9 Der Gewerkschaftstag möge beschließen, Seminare zum Thema „Kurswechsel für ein Gutes Leben“ zu intensivieren.
- 10 Dabei ist es wichtig, dass viele von unseren IG Metall Kollegen sensibilisiert werden, zu erkennen, welche Auswirkungen die Wirtschaftskrise auf die Entwicklung der sozialen Sicherungssysteme hat.
- 11
- 12 Wie es mit prekären Beschäftigungsformen und der Entwicklung von Armut und Reichtum in Deutschland weitergeht.
- 13 Ziel ist es, wichtige Multiplikatoren in unseren Reihen zu bilden, um gewerkschaftliche Alternativen voranzubringen.
- 14
- 15
- 16
- 17
- 18
- 19 **Beschluss des Gewerkschaftstages:**
- 20 Annahme als Material an den Vorstand

Antrag zur EntschlieÙung 3

Antragsthema: Bildungsarbeit

3.036

**Antragstellerin/Antragsteller:
502 VS Braunschweig**

Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

- 1 Der Vorstand wird aufgefordert, die Erstellung bundesweit verbindlich durchzuführender Seminarkonzepte für die Grundlagensemin-
- 2 artypen A 1, Entgelt 1, AuG 1 und BR 1 zu koordinieren.
- 3 Die existierenden Seminarreihen BR-kompakt und VL-kompakt haben sich grundsätzlich in der Praxis bewährt. Ebenso bewährt hat
- 4 sich der Einstieg in das zentrale Bildungsangebot über die regionalen Bildungsangebote A 1 und BR 1.
- 5
- 6 Um die Anschlussfähigkeit sowohl zwischen den einzelnen Modulen als auch zwischen dem regionalen und zentralen Angebot si-
- 7 chergestellt, ist ein zentral koordiniertes und synchronisiertes inhaltliches Vorgehen in der regionalen Bildungsarbeit zwingend
- 8 notwendig.
- 9 Gleichzeitig gilt es dabei aber auch, ein Höchstmaß an Freiraum für regionale Aspekte und Besonderheiten sicherzustellen.
- 10 Als Zielsetzung gewerkschaftlicher Bildungsarbeit sollen alle Konzepte Menschen zu kollektivem Handeln bewegen und hierfür politi-
- 11 sche Orientierung bieten.
- 12 Die guten Erfahrungen aus der Konzepterstellung des Jugend-1- und JAV-Leitfadens können in diesen Prozess zurate gezogen wer-
- 13 den.
- 14
- 15
- 16
- 17
- 18
- 19 **Beschluss des Gewerkschaftstages:**
- 20 Annahme als Material an den Vorstand

Antrag zur EntschlieÙung 3

Antragsthema: Politisches Bildungsangebot ausbauen

3.037

Antragstellerin/Antragsteller: 213 VS Hanau-Fulda

Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

- 1 Der Gewerkschaftstag fordert den Vorstand auf, die Kapazitäten für (gewerkschafts-)politische Bildungsangebote der Bildungs-
- 2 zentren auszubauen. Der Ausbau der politischen Bildungsangebote darf nicht zulasten der Bildungsangebote für Betriebsräte und
- 3 andere Funktionsträger/-trägerinnen gehen.
- 4
- 5 Die IG Metall sieht in einem breiten gewerkschaftspolitischen Bildungsangebot für Mitglieder und Vertrauensleute einen wichtigen
- 6 Beitrag, um den betriebspolitischen wie auch den gesellschaftspolitischen Herausforderungen gerecht werden zu können. Hierbei ist
- 7 der Interessengegensatz zwischen Kapital und Arbeit in den Mittelpunkt zu stellen.
- 8
- 9 Die Ausweitung der finanziellen und personellen Ressourcen für politische Bildungsangebote der zentralen Bildungszentren sollen
- 10 auch zusätzliche Bildungsangebote ermöglichen. Die Angebote zentraler Bildungszentren werden um folgende Schwerpunktthemen
- 11 erweitert:
- 12 • Politische Ökonomie heute
- 13 • Ökologische Herausforderungen für Gesellschaft und Gewerkschaften
- 14 • Den Sozialstaat sichern und ausbauen
- 15 • Das „Politische Mandat“ der Gewerkschaften und aktuelle Herausforderungen
- 16 • Alltagsbewusstsein und gewerkschaftliche Lernprozesse – Organisation betriebsnaher, politischer Bildungsangebote durch Ver-
- 17 trauensleute vor Ort
- 18 • Kampagnen- und Aktions-Training für betriebliche und lokale Multiplikatoren
- 19 • Demokratie sichern – gewerkschaftlicher Widerstand gegen die „Neue Rechte“
- 20
- 21
- 22
- 23
- 24

- 25 **Beschluss des Gewerkschaftstages:**
- 26 Annahme als Material an den Vorstand

Antrag zur EntschlieÙung 3

Antragsthema: Bildungsangebot für ehrenamtliche Richter und Richterinnen

3.038

Antragstellerin/Antragsteller: 349 VS Köln-Leverkusen

Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

- 1 Die IG Metall wird ein Bildungsangebot schaffen, dass die ehrenamtlichen Richterinnen und Richter in der Sozial- und Arbeitsge-
- 2 richtsbarkeit für diese Tätigkeit qualifiziert.
- 3
- 4 Die IG Metall benennt ständig ehrenamtliche Mitglieder für die Ausübung des Richteramtes in der Sozial- und Arbeitsgerichtsbarkeit.
- 5 Durch die paritätische Besetzung soll sichergestellt werden, dass Erfahrungen und Ansichten der Sozialpartner in die Rechtsfindung
- 6 und in die Rechtsfortbildung einfließen können. Gerade ehrenamtliche Sozialrichterinnen und Sozialrichter – aber auch solche aus
- 7 der Arbeitsgerichtsbarkeit – melden einen erheblichen Bildungsbedarf an. Alleine durch lokale Bildungsangebote – etwa durch den
- 8 DGB oder auch örtliche IG Metall Verwaltungsstellen – kann der Bildungsbedarf nicht ausreichend gedeckt werden. Durch ein
- 9 bundesweites Bildungsangebot soll die Position unserer guten, ehrenamtlichen Richterinnen und Richter gestärkt werden und ihr
- 10 Gewicht bei der Rechtsfindung und Rechtsfortbildung weiter erhöht werden.
- 11
- 12
- 13
- 14
- 15
- 16
- 17 **Beschluss des Gewerkschaftstages:**
- 18 Annahme als Material an den Vorstand

Antrag zur EntschlieÙung 3

Antragsthema: Nachhaltige Mitgliederentwicklung

3.039

**Antragstellerin/Antragsteller:
524 VS Wolfsburg**

Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

- 1 Die Veränderung der Arbeitswelt schreitet rasant fort. Technologischer Fortschritt – wie etwa Industrie 4.0, ganzheitliche Kunden-
- 2 sicht, gesetzliche Vorgaben und Produktanforderungen oder die umweltgerechte Herstellung von Produkten – verändert mittelfristig
- 3 ganze Industriezweige und Branchen. Der Wandel in den Beschäftigtenstrukturen führt zu neuen Anforderungen bei der Ansprache
- 4 für eine Mitgliedschaft. Der Vorstand der IG Metall wird aufgefordert, organisationspolitische Projekte zu initiieren, die dem
- 5 strukturellen Wandel in der Mitgliederentwicklung Rechnung tragen. Die einzelnen Projekte müssen sinnvollerweise in die Breite der
- 6 Organisation überführt und in einer dauerhaften Mitgliedergewinnungsarbeit der Verwaltungsstellen verankert werden. In diese
- 7 Arbeit müssen Vertrauensleute, Betriebsräte, Hauptamtliche und ehrenamtlich Aktive aktiv beteiligt werden.

8

9

10

11

12

13 **Beschluss des Gewerkschaftstages:**

14 Erledigt durch EntschlieÙung

Antrag zur EntschlieÙung 3

Antragsthema: Mitgliederwerbung – Prämie

3.040

Antragstellerin/Antragsteller: 228 VS Offenbach

Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

- 1 Die zur Unterstützung der Mitgliedergewinnung vor Ort gedachte individuelle Prämierung der Werber und Werberinnen durch einen
- 2 Gutschein wirkt in der betrieblichen Praxis gegen unsere notwendigen Anstrengungen mehr Mitglieder zu werben, weiterzuwachsen
- 3 und dadurch unsere Durchsetzungskraft zu erhöhen.
- 4
- 5 Mehr und mehr Kollegen und Kolleginnen stellen infrage, dass Mitgliederwerbung für uns eine Herzensangelegenheit ist, bei der es
- 6 darum geht, die Position der abhängig Beschäftigten durch Zusammenhalt zu stärken. Vielmehr verbreitet sich insbesondere bei
- 7 neuen Auszubildenden der Eindruck, dass Gespräche mit potenziellen Mitgliedern in erster Linie geführt werden, um die persönlichen
- 8 Werbepremien zu sichern. Die öffentliche Präsentation etwa im Intranet und Extranet („Neues Mitglied gewinnen und Gutschein er-
- 9 halten“) verstärkt diesen Eindruck zusätzlich. Die ebenfalls mögliche Gremienwerbung bzw. die Spende an eine Hilfsorganisation tritt
- 10 klar hinter diese Ausrichtung auf die individuelle Prämierung zurück. Am Ende der Entwicklung stehen auf der einen Seite Glaubwür-
- 11 digkeits- und Vertrauensverlust bei den Mitgliedern und potenziellen Mitgliedern sowie Demotivation auf der Seite der aktiven
- 12 Werber und Werberinnen.
- 13
- 14 Die individuelle Prämierung durch Gutscheine für Mitgliederwerbung sollte deshalb eingestellt werden. Das spricht nicht gegen eine
- 15 Wertschätzung aktiver Kollegen und Kolleginnen am Ende einer Werbeaktion.
- 16
- 17 Die dadurch freiwerdenden Mittel sollten zur Unterstützung der gemeinsamen Arbeit vor Ort eingesetzt werden, insbesondere für
- 18 personelle Ressourcen.
- 19
- 20
- 21
- 22
- 23
- 24 **Beschluss des Gewerkschaftstages:**
- 25 Ablehnung

Antrag zur EntschlieÙung 3

Antragsthema: Überprüfung Richtlinie Mitgliedergruppen

3.041

Antragstellerin/Antragsteller: 349 VS Köln-Leverkusen

Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

- 1 Die „Richtlinie Arbeit mit Mitgliedergruppen“ vom 18. Juni 2002 hat den veränderten Rahmen für die Arbeit mit Mitgliedergruppen
- 2 neu definiert. Als Organisationsformen überbetrieblicher Gewerkschaftsarbeit werden Ausschüsse (als gewählte Gremien), Arbeits-
- 3 kreise, Treffen, Projekte und Netzwerke definiert, die dem Ortsvorstand beratend zuarbeiten. Verbindlich zu wählende Ausschüsse
- 4 und Arbeitskreise werden nicht mehr benannt, lediglich auf Ebene des Vorstandes wird ein Frauen-, Angestellten-, Jugend- und Mig-
- 5 rationsausschuss genannt. Der Eindruck besteht, dass seitdem die verbindliche Personengruppenarbeit flächendeckend zurückgegan-
- 6 gen ist und nur unzureichend durch neue Arbeitskreis- und Projektarbeit ersetzt wurden. Die kontinuierliche ehrenamtliche Mitarbeit
- 7 in der IG Metall wird durch diesen Trend ebenso gefährdet wie die politische und emotionale Bindung an die Gewerkschaft als
- 8 demokratische Selbstorganisation der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen. Dies könnte den Trend befördern, Gewerkschaften nur
- 9 als Service- und Dienstleistungsorganisation zu verstehen.
- 10 Wir fordern:
- 11 Eine Bestandsaufnahme der bestehenden Ausschüsse auf Ebene der Verwaltungsstellen und Bezirke, insbesondere hinsichtlich ge-
- 12 wählter Jugend-, Frauen-, Angestellten-, Handwerks- und Migrationsausschüsse.
- 13
- 14 Die Etablierung einer Projektgruppe, die die bestehende Richtlinie überprüft und Überarbeitungsvorschläge macht. Dabei sollten
- 15 nachfolgende Gesichtspunkte besondere Berücksichtigung finden:
- 16 • Welche überbetrieblichen Organisationsformen fördern die verbindliche, kontinuierliche ehrenamtliche Mitarbeit von betriebli-
- 17 chen Gewerkschaftsmitgliedern in der regionalen Gewerkschaftsarbeit?
- 18 • Welche überbetrieblichen Organisationsformen fördern den überbetrieblichen Informations- und Erfahrungsaustausch der be-
- 19 trieblichen Gewerkschaftsmitglieder und verbessern damit ihre betriebliche Gewerkschaftsarbeit?
- 20 • Welche überbetrieblichen Organisationsformen sichern ein frühzeitiges Erkennen und Bearbeiten von sozialen, wirtschaftlichen,
- 21 politischen und kulturellen Problemen in den einzelnen Mitgliedergruppen der IG Metall?
- 22 • Welche Zielgruppen und welche Themen sollten Schwerpunkt jeder regionalen und bezirklichen Arbeit der Mitgliedergruppen
- 23 bilden?
- 24 • Welche demokratischen Rechte der gewählten Ausschüsse auf regionaler und bezirklicher Ebene gewährleisten eine gleicher-
- 25 maßen effiziente wie demokratische Beteiligungskultur innerhalb der IG Metall?
- 26
- 27
- 28
- 29
- 30

Beschluss des Gewerkschaftstages:

32 Annahme als Material an den Vorstand

Antrag zur EntschlieÙung 3

Antragsthema: Mitgliederbindung bei Ausscheiden aus dem Arbeitsleben

3.042

Antragstellerin/Antragsteller:
271 VS Eisenach

Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

- 1 Die IG Metall vertritt auch die Interessen von Rentnerinnen und Rentnern. Das muss noch deutlicher bekannt gemacht werden. Dafür
- 2 wird der Vorstand der IG Metall entsprechende Maßnahmen entwickeln und umsetzen. Vor allem der Zusammenhang zwischen Tarif-
- 3 politik und daraus entstehenden Entgeltsteigerungen und der Finanzierung der Sozialversicherungssysteme muss klarer heraus ge-
- 4 stellt werden.

5
6
7
8
9
10

- 11 **Beschluss des Gewerkschaftstages:**
- 12 Annahme als Material zur EntschlieÙung

Antrag zur EntschlieÙung 3

Antragsthema: Interessenvertretung der Senioren und Seniorinnen

3.043

Antragstellerin/Antragsteller: 349 VS Köln-Leverkusen

Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

- 1 Gemäß dem Motto „IG Metall – Gewerkschaft fürs Leben“ sind die Beschlüsse des letzten Gewerkschaftstages zur Seniorenarbeit
- 2 weiter umzusetzen und mit Leben zu erfüllen, denn nach der Ausbildungs- und Arbeitsphase ist die Seniorenphase die dritte Lebens-
- 3 phase von Arbeitnehmern, die ebenfalls mit erheblichen sozialen Problemen verbunden ist, die einer gewerkschaftlichen Interes-
- 4 senvertretung bedürfen:
- 5
- 6 die Renteneinkommen, ihre Stabilität und Fortentwicklung (z.B. Inflationsausgleich); die Sicherung einer umfassenden Gesundheits-
- 7 und Pflegeversorgung ohne Altersdiskriminierung; die Entwicklung einer seniorenrechtlichen Verkehrs-(Mobilitäts-), Wohnungsbau-
- 8 und Einkaufsstruktur.
- 9
- 10 Die gewerkschaftliche Organisation der Seniorenarbeit in der Region, in den Bezirken und im Bund ist – auch in Abstimmung mit
- 11 dem DGB – so zu strukturieren, dass neben der Beteiligung der Senioren und Seniorinnen an politischen Kampagnen, an der
- 12 gewerkschaftlichen Meinungsbildung auch eine effiziente gewerkschaftliche Vertretung ihrer Interessen als Rentner/Rentnerinnen
- 13 und Senioren/Seniorinnen möglich ist. Die Seniorenarbeit ist ebenso wie die gewerkschaftliche Arbeitslosenarbeit ein eigenständiges
- 14 Arbeitsfeld der außerbetrieblichen Gewerkschaftsarbeit. In Zusammenarbeit mit den Einzelgewerkschaften und dem Deutschen
- 15 Gewerkschaftsbund ist eine wirkungsvolle Organisation und Interessenvertretung der Senioren und Seniorinnen zu organisieren. Es
- 16 ist sicherzustellen, dass der DGB als größter Seniorenverband in der Bundesrepublik Deutschland in der Öffentlichkeit auch als
- 17 wirkungsvolles Sprachrohr der Senioreninteressen z.B. in den Fragen der Rentenpolitik, der seniorenrechtlichen Gesundheits-, Pflege-,
- 18 Verkehrs- und Wohnungspolitik wahrgenommen wird.

- 19
- 20
- 21
- 22
- 23
- 24
- 25 **Beschluss des Gewerkschaftstages:**
- 26 Annahme

Antrag zur EntschlieÙung 3

Antragsthema: Stärkung der auÙerbetrieblichen Gewerkschaftsarbeit

3.044

Antragstellerin/Antragsteller: 149 VS Gelsenkirchen

Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

- 1 Die IG Metall ist dabei, sich neu auszurichten. Die Rahmenbedingungen haben sich enorm verändert, ein entsprechend entschlosse-
- 2 nes Handeln und eine strategische Analyse sind dringend erforderlich. Die Kampagnen „Gute Arbeit – gut in Rente“, „Aktiv 55plus“,
- 3 „IG Metall – Gewerkschaft fürs Leben“ stellen uns in Zukunft vor eine besondere Herausforderung. Der demografische Wandel
- 4 zwingt uns, unsere IG Metall politisch darauf einzustellen.
- 5
- 6 Die Mitglieder, die nicht mehr von Betriebsstrukturen erfasst werden können, müssen vermehrt in die aktive IG Metall-Politik einge-
- 7 bunden werden. Es ist notwendig, unsere Mitglieder/Funktionäre beim Ausscheiden aus dem Arbeitsleben für diese ehrenamtliche
- 8 Arbeit zu gewinnen.
- 9
- 10 Auf die Erfahrung dieser Mitgliedergruppe kann unsere IG Metall in Zukunft nicht verzichten. Auf der Ebene der Verwaltungsstellen
- 11 sollten Ausschüsse/Arbeitskreise eingerichtet werden. Sie widmen sich der Betreuung, der Werbung, der Haltung und Rückholung
- 12 von Mitgliedern sowie der Erschließung von neuen Betrieben.
- 13
- 14 Ein flächendeckendes Betreuungskonzept ist zu entwickeln. Bildungsangebote für diesen Mitgliederkreis sind in den Bezirken und
- 15 beim Vorstand vermehrt zu organisieren.
- 16
- 17 Diese notwendigen und wichtigen Aktivitäten an der „Basis“ sollten auch in unseren eigenen Medien nachhaltig deutlich gemacht
- 18 werden. Eine entsprechende Wertschätzung und Anerkennung dieser Tätigkeiten würde sicherlich eine zusätzliche Motivation
- 19 bewirken.
- 20
- 21 All diese Aktivitäten dienen nur dem Ziel, unsere starke IG Metall zu erhalten. Unsere Gewerkschaft kann mehr!
- 22
- 23
- 24
- 25
- 26

- 27 **Beschluss des Gewerkschaftstages:**
- 28 Annahme als Material zur EntschlieÙung

Antrag zur EntschlieÙung 3

Antragsthema: Ehrenamt stärken

3.045

Antragstellerin/Antragsteller: 350 VS Krefeld

Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

- 1 Beteiligung
- 2 Die IG Metall ist dabei, sich neu auszurichten. Verwaltungsstellen werden zu Gestaltungsstellen. Die Rahmenbedingungen haben
- 3 sich verändert, ein entschlossenes Handeln und eine strategische Analyse ist erforderlich.
- 4
- 5 Die Kampagne:
- 6 „Gute Arbeit – gut in Rente“, „Aktiv 55plus“, „IGM Gewerkschaft fürs Leben“ stellt uns in Zukunft vor eine besondere Herausforde-
- 7 rung.
- 8 Der demografische Wandel zwingt uns, unsere Organisation politisch darauf einzustellen.
- 9
- 10 Die Mitglieder, die nicht mehr von Betriebsstrukturen erfasst sind, müssen vermehrt in der aktiven IG Metall Politik eingebunden wer-
- 11 den.
- 12 Insbesondere bei der Werbung neuer Mitglieder und der Erfassung neuer Betriebe sind für diesen Mitgliederkreis Bildungsangebote
- 13 bei den Gestaltungsstellen, in den Bezirken und dem Vorstand zu organisieren.
- 14
- 15 Es ist notwendig, unsere Beschäftigten/Funktionäre und Funktionärinnen beim Ausscheiden aus dem Arbeitsleben für diese Arbeit zu
- 16 gewinnen.
- 17 Auf die Erfahrung der Kolleginnen und Kollegen kann die IG Metall in Zukunft nicht verzichten. Auf der Ebene der Gestaltungs-
- 18 stelle sind Arbeitskreise, die ihre Arbeitsergebnisse dokumentieren, einzurichten.
- 19
- 20 Sie widmen sich der Betreuung, Werbung, Haltung und Rückholung von Mitgliedern.
- 21 Ein flächendeckendes Betreuungskonzept ist zu entwickeln.
- 22 Der Kreis der ehrenamtlichen Mitglieder/Funktionäre und Funktionärinnen ist gezielt auszuweiten.
- 23 Alle Aktivitäten dienen dem Ziel, eine durchsetzungsfähige IG Metall zu erhalten.
- 24 Unsere Gewerkschaft kann mehr!
- 25
- 26
- 27
- 28
- 29
- 30 **Beschluss des Gewerkschaftstages:**
- 31 Erledigt durch Antrag Nr. 3.044

Antrag zur EntschlieÙung 3

Antragsthema: Seniorenarbeit in der IG Metall

3.046

Antragstellerin/Antragsteller:
157 VS Oberhausen

Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

- 1 Der Vorstand der IG Metall wird aufgefordert, sich stärker als bisher für die Belange der Rentnerinnen und Rentner einzusetzen. Etwa
- 2 ein Viertel der IG Metall Mitglieder sind Rentnerinnen und Rentner. Insbesondere soll das Personal auf Vorstandsebene im entspre-
- 3 chenden Bereich aufgestockt werden und deutlich mehr Mittel für die Durchführung von Seminaren mit seniorengerechten Themen
- 4 zur Verfügung gestellt werden. Des Weiteren sind die Mitarbeit und Mitwirkung der älteren Kolleginnen und Kollegen in allen
- 5 Gremien regional und überregional zu fördern.

6

7

8

9

10

11

12 **Beschluss des Gewerkschaftstages:**

13 Annahme als Material an den Vorstand

Antrag zur EntschlieÙung 3

Antragsthema: Beteiligung von Seniorinnen/Senioren

3.047

Antragstellerin/Antragsteller:
142 VS Bochum-Herne

Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

- 1 Der Vorstand der IG Metall wird aufgefordert, die Interessen der Seniorinnen/Senioren nachhaltiger zu vertreten und Richtlinien für
- 2 deren Beteiligung in Gremien der IG Metall zu erlassen.
- 3
- 4
- 5
- 6
- 7
- 8
- 9
- 10 **Beschluss des Gewerkschaftstages:**
- 11 Annahme als Material an den Vorstand

Antrag zur EntschlieÙung 3

Antragsthema: Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen

3.048

Antragstellerin/Antragsteller: 524 VS Wolfsburg

Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

- 1 Der Fortbestand der Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen (KOS) wird sichergestellt. Um die Aktivitäten,
- 2 Angebote und Leistungen der KOS im bisherigen Umfang aufrechterhalten und weiterentwickeln zu können, ist die KOS auf eine
- 3 gewerkschaftliche Grundfinanzierung angewiesen. Der Vorstand der IG Metall setzt sich im DGB und gegenüber den anderen Mit-
- 4 gliedsgewerkschaften für eine mehrjährige, tragfähige Finanzierung der KOS ein. Die KOS leistet eine wertvolle Arbeit für erwerbslose
- 5 Kolleginnen und Kollegen, örtliche Erwerbsloseninitiativen und Gewerkschaftsgliederungen. Sie vernetzt und befördert örtliche Ak-
- 6 tivitäten von und für Erwerbslose. Mit sozialrechtlichen Materialien informiert die KOS Gewerkschaftsmitglieder, unterstützt
- 7 gewerkschaftliche Beratungsangebote und entlastet die gewerkschaftlichen Gliederungen. Seit 2004 stellen der DGB und die Mit-
- 8 gliedsgewerkschaften die Grundlagen für eine Finanzierung der KOS sicher. Neben dieser gewerkschaftlichen Grundfinanzierung fi-
- 9 nanziert die KOS ihre Arbeit insbesondere aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden, projektbezogenen Zuschüssen von Stiftungen (z.B.
- 10 Hans-Böckler-Stiftung) und Erlösen aus dem Materialverkauf. Um diese Arbeit auch zukünftig sicherzustellen, sieht sich die IG Metall
- 11 in der Verantwortung, aktiv und konstruktiv eine tragfähige Finanzierungsregelung für die KOS herbeizuführen.

12

13

14

15

16

17 Beschluss des Gewerkschaftstages:

18 Annahme als Material an den Vorstand

Antrag zur EntschlieÙung 3

Antragsthema: Attraktivität für Angestellte und ehemalige Studierende steigern

3.049

Antragstellerin/Antragsteller: 349 VS Köln-Leverkusen

Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

- 1 • Zum Gewerkschaftstag 2011 hat der Kölner Angestelltenausschuss einen Antrag gestellt, der in leicht geänderter Form an-
2 genommen wurde (Beratungsnr. 4: 5.010).
- 3
- 4 Der Wandel der Beschäftigtenstruktur hin zu mehr Tätigkeiten im sog. Angestelltenbereich vollzieht sich seit Jahrzehnten. Auch in den
5 kommenden Jahren wird der Anteil von Tätigkeiten in Verwaltung und Entwicklung zulasten von gewerblichen Tätigkeiten weiter stei-
6 gen.
- 7 Die IG Metall verfügt über Angebote für den Angestelltenbereich und verzeichnet steigende Mitgliederzahlen; dennoch ist diese Ziel-
8 gruppe unter den Mitgliedern unterproportional vertreten im Vergleich zur Zahl der Beschäftigten.
- 9 Deshalb braucht es weiterhin spezifische Angebote und Ansprachekonzepte, um Beschäftigte für die IG Metall zu gewinnen, die (ins-
10 besondere wenn sie ein Hochschulstudium absolviert haben) kaum Berührungspunkte mit Gewerkschaften oder Erfahrung mit be-
11 trieblicher Interessenvertretung haben.
- 12
- 13 Um die Zukunfts- und Handlungsfähigkeit unserer Organisation in allen Beschäftigtengruppen zu gewährleisten, muss die sog. Ange-
14 stelltenarbeit weiter gestärkt werden. Folgende Maßnahmen sind hierzu notwendige Bausteine:
- 15
- 16 1. Jede Verwaltungsstelle muss lokale, spezifische Möglichkeiten für den Informations- und Erfahrungsaustausch sowie die Mitge-
17 staltung der gewerkschaftlichen Arbeit für und durch Angestellte bieten. Dies kann über offene Veranstaltungen (z.B. Enginee-
18 ring-Forum) und Strukturen (z.B. Angestelltenausschuss) erfolgen. Mit Materialien (z.B. Startpaket für Berufseinsteiger) und ziel-
19 gruppenspezifischen Seminaren sollten Bezirke und Vorstandsverwaltungen dieses Vorgehen unterstützen.
- 20
- 21 2. Die Angestelltengruppen müssen in den ehren- und hauptamtlichen Funktionen der IG Metall sichtbar vertreten sein. Dies gilt
22 insbesondere auch für die Repräsentanz der Angestelltenarbeit im Vorstand der IG Metall, nicht zuletzt, um diese bislang nur
23 wenig emotional an die IG Metall als ihre Interessenvertretung gebundenen Angestelltengruppen stärker in die IG Metall zu in-
24 tegrieren.
- 25
- 26 3. Verstärkte Sichtbarkeit der IG Metall an Hochschulen durch regelmäßige und flächendeckende Angebote: Insbesondere an
27 Hochschulen mit technischem Schwerpunkt müssen die Studierenden vor Ort mindestens einmal jährlich die IG Metall als kom-
28 petenten Partner für ihr zukünftiges Arbeitsleben erfahren können. Effektive gewerkschaftliche Hochschularbeit erfordert un-
29 abdingbar die Beteiligung und Einbindung betrieblicher Mitglieder und Interessenvertreter aus typischen Einsatzbereichen der
30 Hochschulabsolventen. Effektive gewerkschaftliche Hochschularbeit sollte die Zusammenarbeit mit den Vertrauensdozenten der
31 Hans-Böckler-Stiftung ebenso nutzen wie die Zusammenarbeit mit den Stipendiatenkreisen der HBS. Entsprechende Projekte für
32 Campus-Arbeit sind durch finanzielle Unterstützung des Vorstands auszuweiten bzw. in die Regelarbeit der Bezirke zu überfüh-
33

ren. Informationen für Hochschulabsolventen über Einstiegsgehälter und arbeitsvertragliches Grundwissen sind weiter bereitzustellen und zu vermarkten.

Weil Studierenden und jungen Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen in der Regel der Interessengegensatz zwischen individuellen und Unternehmensinteressen nicht bewusst ist, sollte dieses Spannungsgefüge thematisiert werden. So werden Anknüpfungspunkte für den späteren Kontakt mit betrieblichen Interessenvertretern und Verständnis für deren Arbeit geschaffen.

Beschluss des Gewerkschaftstages:

Annahme als Material an den Vorstand

Antrag zur EntschlieÙung 3

Antragsthema: Definition und Erfassung der Zielgruppe „Angestellte“

3.050

Antragstellerin/Antragsteller: 349 VS Köln-Leverkusen

Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

1. Durch die gemeinsamen Entgelttarifverträge in der Metall- und Elektroindustrie sind die letzten tarifrechtlichen Unterschiede zwischen Arbeitern/Arbeiterinnen und Angestellten beseitigt worden.
Gleichwohl existieren weiterhin deutliche Unterschiede in der Arbeitswelt zwischen Arbeitnehmern/Arbeitnehmerinnen in der Produktion und den klassischen Einsatzbereichen von technischen und kaufmännischen Angestellten in den Bereichen Verwaltung/Dienstleistungen, DV/IT, Forschung & Entwicklung, Einkauf/Vertrieb sowie in den vorwiegend gewerblichen Einsatzbereichen in Produktion/Fertigung sowie Materialwesen/Service/Logistik.
2. Für die interne Statistik der IG Metall ist eindeutig zu klären, welche Arbeitnehmergruppen unter die Berufsgruppen Arbeitnehmer gewerblich, Arbeitnehmer kaufmännisch, Arbeitnehmer technisch, Ingenieure fallen.
3. Für die Zielgruppenarbeit der IG Metall ist dementsprechend abzugrenzen, wer unter den neuen tarif-, sozial- und rentenrechtlichen Bedingungen unter dem Begriff der „Angestellten“ zusammengefasst wird.
4. Unter den Begriff der Angestellten sollten unter den oben genannten Gesichtspunkten folgende Berufsgruppen zusammengefasst werden:
 - Arbeitnehmer/Arbeitnehmerin kaufmännisch
 - Arbeitnehmer/Arbeitnehmerin technisch (alle Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen mit einer technischen Berufsausbildung sowie einer zertifizierten technischen Weiterbildung bzw. einem entsprechenden Berufseinsatz)
 - Ingenieur/Ingenieurin: Unter dieser Bezeichnung sollten auch alle anderen Berufsgruppen mit einer technischen Fachhoch- oder Hochschulausbildung erfasst werden (z.B. im IT-Bereich).
5. Den Mitarbeitern/Mitarbeiterinnen der Verwaltungsstellen sowie den betrieblichen Funktionären/Funktionärinnen ist ein entsprechender Hinweisflyer zur Verfügung zu stellen, damit unsere Aussagen zur Zusammensetzung der IG Metall Mitgliedschaft aussagekräftig und vergleichbar bleiben.

Beschluss des Gewerkschaftstages:
Annahme

Antrag zur EntschlieÙung 3

Antragsthema: Angestelltenstrukturen in der IG Metall stärken

3.051

Antragstellerin/Antragsteller: 239 VS Völklingen

Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

- 1 Der industrielle Strukturwandel, insbesondere in unserem Organisationsbereich, führt zu einem starken Zuwachs von Beschäftigung
2 in den sog. Angestelltenbereichen. Die Arbeitswelt, vor allem im Angestelltenbereich, wird sich in naher Zukunft weiter radikal ver-
3 ändern. Die Auswirkungen von Industrie 4.0, mobiler und flexibler zu arbeiten, sind bereits in vollem Gange.
4
5 Um bei diesen Entwicklungen erfolgreich unsere gewerkschaftlichen Vorstellungen einer zukunftsorientierten Arbeitswelt zum Wohle
6 aller Beschäftigten zu gestalten, brauchen wir Strukturen für eine qualifizierte Angestelltenarbeit in der gesamten IG Metall. IT-Exper-
7 ten, Ingenieure und technische Angestellte, Meister, Techniker, Führungskräfte brauchen gewerkschaftliche Strukturen, in denen sie
8 sich wiederfinden, sich wohlfühlen und in denen sie ihre Vorstellungen einbringen und verwirklichen können. Nur durch solche quali-
9 fizierten Strukturen, von der Vorstandsverwaltung bis zur Verwaltungsstelle vor Ort, können wir die Grundlagen schaffen, um die
10 Auswirkungen des strukturellen Wandels erfolgreich anzugehen, eine positive Mitgliederentwicklung in diesen Bereichen zu ge-
11 währleisten und um spalterischen Tendenzen entgegenzuwirken.
12
13 Daher fordern wir den Gewerkschaftstag auf zu beschließen:
14 Angestelltenarbeit ist nicht nur Kampagnenarbeit, sondern Angestelltenarbeit muss wieder eine sinnvolle Struktur in der IG Metall
15 bekommen.
16 Bevor Splittergruppen wie im öffentlichen Dienst oder alternative Listen sich entwickeln, müssen wir in der Lage sein, den Angestell-
17 ten konzeptionelle, strukturelle und inhaltliche Angebote zu bieten.
18
19 Dazu gehören:
20
21 • ein Angstelltenausschuss auf Bundesebene sowie
22
23
24 • Angstelltenausschüsse auf Bezirks- und
25
26 • Angstelltenausschüsse auf Verwaltungsstellenebene,
27
28
29 • qualifizierte hauptamtliche Betreuer/Betreuerinnen auf allen Organisationsebenen,
30
31
32
33

- 34 • Angestelltenkonferenzen auf allen Ebenen der Organisation,

35

36

- 37 • entsprechende Bildungsangebote.

38

39

40 Mit diesen Strukturen können wir die Interessenlage der Angestellten widerspiegeln, ihnen eine Plattform bieten, gleichzeitig Impulse
41 für eine qualifizierte Angestelltenarbeit nach innen und nach außen transportieren sowie eine offensive Mitgliederarbeit entwickeln.

42 Dem Antragsteller ist bewusst, dass die Begrifflichkeit „Angestellte“ durch die Vereinheitlichung des Arbeitnehmerbegriffes in Ta-
43 rifverträgen und Gesetzen nicht den aktuellsten Stand der Diskussion wiedergibt; in der realen Arbeitswelt sind jedoch die Probleme
44 und Bedürfnisse der „Angestellten“ nach wie vor vorhanden, sie werden noch größer.

45 Von daher ist die gesamte Organisation aufgerufen, sich nicht an der Frage der Begrifflichkeit abzuarbeiten, sondern ihre Politik an
46 den Bedürfnissen und Interessen der Beschäftigten in diesem Bereich zu orientieren.

47

48

49

50

51

52 **Beschluss des Gewerkschaftstages:**

53 Annahme als Material an den Vorstand

Antrag zur EntschlieÙung 3

Antragsthema: Mitglieder Mikro-Zensus auf freiwilliger Basis

3.052

Antragstellerin/Antragsteller: **712 VS Landshut**

Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

- 1 Der Vorstand der IG Metall wird aufgefordert, einen Mikro-Zensus (Empirische Erhebung auf freiwilliger Basis) bei den Mitgliedern
- 2 durchzuführen, um festzustellen, wie viele Mitglieder einen Migrationshintergrund haben. Davon abgeleitet ist die migrationspoliti-
- 3 sche Arbeit der IG Metall neu auszurichten.
- 4
- 5 Nur somit kann die IG Metall ihren gesellschaftspolitischen Auftrag aus § 2 der Satzung „Sie fördert aktiv die Gleichstellung von
- 6 Frauen und Männern in Gesellschaft, Betrieb und Gewerkschaft, unabhängig von ethischer Herkunft, Geschlecht, Religion oder Welt-
- 7 anschauung, Behinderung, Alter oder sexueller Identität.“ gerecht werden, denn häufig finden zum Thema Migration keine Aktivitä-
- 8 ten statt, weil aufgrund der Datenbasis scheinbar nur marginale Betroffenheit besteht.

9
10
11
12
13
14

15 **Beschluss des Gewerkschaftstages:**

16 Annahme in geänderter Fassung:

17
18
19

Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

- 20 Der Vorstand der IG Metall wird aufgefordert, die Daten der Potenzialanalyse zu nutzen, um die Belange von IG Metall Mitgliedern
- 21 und Nichtmitgliedern mit Migrationshintergrund genauer zu analysieren und für die einen Mikro-Zensus (Empirische Erhebung auf
- 22 freiwilliger Basis) bei den Mitgliedern
- 23 durchzuführen, um festzustellen, wie viele Mitglieder einen Migrationshintergrund haben. Davon abgeleitet ist die migrationspoliti-
- 24 sche Arbeit der IG Metall zu nutzen, neu auszurichten. Nur So somit kann die IG Metall ihrem gesellschaftspolitischen Auftrag aus
- 25 § 2 der Satzung gerecht werden: „Sie fördert aktiv die Gleichstellung von Frauen und Männern in Gesellschaft, Betrieb und
- 26 Gewerkschaft, unabhängig von ethischer Herkunft, Geschlecht, Religion oder Weltanschauung, Behinderung, Alter oder sexueller
- 27 Identität.“ gerecht werden. Die fehlende Datenbasis verhindert eine angemessene Sichtweise auf die Zusammensetzung der Mit-
- 28 glieder, einen differenzierten Blick auf die besonderen Belange und eine genaue zielgruppenspezifische Ansprache. denn häufig fin-
- 29 den zum Thema Migration keine Aktivitäten
- 30 statt, weil aufgrund der Datenbasis scheinbar nur marginale Betroffenheit besteht.

Antrag zur EntschlieÙung 3

Antragsthema: Die Organisation stärken und Zukunftsprojekte anschieben

3.053

Antragstellerin/Antragsteller: 718 VS Schwabach

Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

- 1 Der Vorstand wird beauftragt, durch eine Projektgruppe ein Konzept erarbeiten zu lassen, wie und in welcher Form die Präsenz der
- 2 IG Metall in strukturalarmen Gebieten nachhaltig gewährleistet und unabhängig von Projektanträgen dauerhaft finanziert werden
- 3 kann.
- 4 Im Prüf- und Projektauftrag müssen zumindest nachfolgende Punkte Eingang finden:
- 5 1. Die 13 Kernaufgaben sind die Leitlinien bei der Feststellung der benötigten Arbeitsstrukturen und Ausstattung der Verwaltungs-
- 6 stellen.
- 7 2. Flächenverwaltungsstellen, die überwiegend von KMU-Strukturen geprägt sind, haben überproportionale Kosten bei Veranstal-
- 8 tungen der Verwaltungsstellen, die in § 14 der Satzung unzureichend berücksichtigt sind und nicht zulasten der personellen
- 9 Ausstattung führen dürfen.
- 10 3. Die bewährten und wohnortnahen Beteiligungs- und Ansprachemöglichkeiten müssen durch entsprechende Ausstattung der
- 11 Verwaltungsstelle sichergestellt sein.
- 12 4. Mitglieder und Funktionäre in Verwaltungsstellen mit weniger prosperierenden oder sogar negativer Beschäftigungsentwicklung
- 13 müssen in den bestehenden Strukturen die gleiche Unterstützung erhalten, wie in großen gut ausgestatteten Verwaltungsstel-
- 14 len.
- 15 5. Welche Infrastruktur und personelle Ausstattung der Verwaltungsstelle brauchen ehrenamtliche Funktionäre/Funktionärinnen in
- 16 kleinen und mittleren Betrieben, die keine oder nur sehr eingeschränkte betriebliche administrative Unterstützung und organisa-
- 17 torische Voraussetzungen für die Vor- und Nacharbeit ihres Engagement in den Ausschüssen haben?
- 18 6. Welche Unterstützung brauchen Verwaltungsstellen, die mit einer Mindestbesetzung (beispielhaft einer hauptamtlichen Bevoll-
- 19 mächtigten/einem Bevollmächtigten und zwei Sekretärsstellen) zukunftsicher die Umsetzung unserer gewerkschaftlichen Ziele
- 20 in betrieblichen und außerbetrieblichen Arbeitsstrukturen sicherstellen müssen?

21

22

23

24

25

Beschluss des Gewerkschaftstages:

27 Annahme als Material an den Vorstand

Antrag zur EntschlieÙung 3

Antragsthema: Antrag Sicherstellung der Arbeits- bzw. Handlungsfähigkeit vor Ort

3.054

**Antragstellerin/Antragsteller:
723 VS Weilheim**

Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

- 1 Der Vorstand wird aufgefordert, durch geeignete Mittel sicherzustellen, dass unabhängig von Projekten Verwaltungsstellen so ausge-
2 stattet werden, dass die satzungsgemäÙe Arbeit gewährleistet wird. Dies ist erforderlich, um dem eigenen Anspruch gerecht zu wer-
3 den, allen Mitgliedern – unabhängig in welcher Region sie arbeiten oder wohnen – eine IG Metall vor Ort anzubieten, die engagiert
4 und qualitativ hochwertig arbeitet.

5

- 6 Gerade Verwaltungsstellen, die einerseits eine sehr große Fläche betreuen, in dieser aber überwiegend KMU-Betriebe angesiedelt
7 sind, können eine kontinuierliche Präsenz in und Betreuung der Betriebe nicht garantieren, wenn die personell notwendige Kapazi-
8 tät nicht vorhanden oder über Projekte nicht dauerhaft gesichert werden kann.

9

10

11

12

13

14 **Beschluss des Gewerkschaftstages:**

15 Erledigt durch Antrag Nr. 3.053

Antrag zur EntschlieÙung 3

Antragsthema: Präsenz der IG Metall in der Fläche sicherstellen

3.055

Antragstellerin/Antragsteller: 705 VS Ostoberfranken

Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

- 1 Der Vorstand der IG Metall wird beauftragt, eine Arbeitsgruppe aus Vertretern aller Gliederungen und Bezirke einzusetzen, um Vor-
2 schläge zu erarbeiten, wie die Präsenz der IG Metall in der Fläche sichergestellt werden kann und wie die Verwaltungsstellen zur Ge-
3 währleistung der satzungsgemäÙen Aufgaben mindestens finanziell und personell ausgestattet sein müssen.

4

- 5 Ein erster richtiger Schritt war die Durchführung des Projektes 2009. Unsere Gesellschaft steht vor demografischen Veränderungen
6 und Bevölkerungsstrukturen (Urbanisierung, Bevölkerungszuwachs in Ballungsräumen, Entvölkerung von strukturarmen Gebieten).
7 Damit aber die IG Metall dauerhaft als die Gewerkschaft für alle Beschäftigten der im Organisationskatalog der Satzung genannten
8 Branchen verstanden und wahrgenommen werden kann, ist es notwendig, für alle Mitglieder in der Fläche sichtbar und präsent zu
9 sein. Deshalb muss die Unterstützung durch die IG Metall im Betrieb unabhängig von der Größe, Branche und Region gewährleistet
10 sein.

11

- 12 Im Debattenpapier des IG Metall Vorstandes wird hierzu festgehalten: „Denn alle Mitglieder haben den gleichen Anspruch darauf,
13 dass sich die IG Metall für sie vor Ort engagiert und qualitativ hochwertig arbeitet.“

14

- 15 Die bestehenden (Verwaltungsstellen-)Strukturen bieten unseren Mitgliedern und ehrenamtlichen Funktionären und Funktionärinnen
16 Zukunftssicherheit bei der Umsetzung unserer gewerkschaftlichen Ziele. Fehlende hauptamtliche Strukturen in personell und finansi-
17 ell unzureichend ausgestatteten Verwaltungsstellen können jedoch nicht dauerhaft durch die Arbeit ehrenamtlicher Funktionäre/
18 Funktionärinnen kompensiert werden.

19

20

21

22

23

24

Beschluss des Gewerkschaftstages:

26 Erledigt durch Antrag Nr. 3.053

Antrag zur EntschlieÙung 3

Antragsthema: Finanzierung von Verwaltungsstellen

3.056

Antragstellerin/Antragsteller: 675 VS Ostbrandenburg

Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

- 1 Die Delegierten des Gewerkschaftstages fordern den Vorstand der IG Metall auf, neue Finanzierungsgrundlagen für Flächenverwal-
- 2 tungsstellen zu erstellen und eine nachhaltige Personalführung zu sichern.
- 3
- 4 In den letzten Jahren sind in der gesamten Bundesrepublik strukturschwache Regionen entstanden. Dieser Tatsache ist es geschul-
- 5 det, dass wir die Strukturen unserer regionalen Betreuungsstrukturen durch Kooperationen und Zusammenlegung von Verwaltungs-
- 6 stellen anpassen mussten. Heute sprechen wir in vielen Bezirken von Flächenverwaltungsstellen.
- 7
- 8 Es ist erkennbar, dass die Verwaltungsstellen auch durch die oben geschilderten Umstände in finanzieller und personeller Hinsicht an
- 9 ihren Leistungsgrenzen angekommen sind bzw. diese bereits überschritten haben.
- 10
- 11 Um das Ziel, in der Fläche präsent zu sein und eine nachhaltige und planmäßige Mitgliederbetreuung und Mitgliedergewinnung,
- 12 auch bei großer räumlicher Entfernung zu gewährleisten, ist eine höhere Grundfinanzierung insbesondere der Flächenverwaltungs-
- 13 stellen notwendig. Die bisherige Praxis, dieses Problem ausschließlich über Strukturfondsprojekte zu lösen, gestaltet sich als nicht
- 14 nachhaltig und untergräbt die Autonomie der Verwaltungsstellen.

15

16

17

18

19

Beschluss des Gewerkschaftstages:

21 Erledigt durch Antrag Nr. 3.053

Antrag zur EntschlieÙung 3

Antragsthema: Personelle Ausstattung der Verwaltungsstellen

3.057

**Antragstellerin/Antragsteller:
340 VS Aachen**

Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

- 1 Um ihren satzungsgemäÙen Aufgaben gerecht werden zu können, müssen die hauptamtlich in den IG Metall Verwaltungsstellen be-
- 2 schäftigten Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer und Sekretärinnen und Sekretäre durch Einstellung von weiterem
- 3 gewerkschaftlich geschultem Personal in ihrer Arbeit unterstützt werden. Aufgrund der finanziellen Situation der IG Metall ist der
- 4 Vorstand der IG Metall in der Lage, die Einstellung von zusätzlich notwendigem Personal voranzutreiben und die Verwaltungsstellen
- 5 bei den Personalkosten zu entlasten.

6

7

8

9

10

11 **Beschluss des Gewerkschaftstages:**

12 Erledigt durch Antrag Nr. 3.053

Antrag zur EntschlieÙung 3

Antragsthema: Anpassung des Sockelbetrages

3.058

**Antragstellerin/Antragsteller:
708 VS Fürth**

Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

- 1 Der Vorstand wird aufgefordert, dem Beirat gemäß § 14 Ziffer 6a der Satzung eine Anpassung des Sockelbetrages vorzuschlagen.
- 2
- 3 Die IG Metall hat seit nunmehr drei Jahren eine positive Mitglieder- und Beitragsentwicklung.
- 4 Gleichzeitig steigt die Kostenbelastung in den Verwaltungsstellen, nicht zuletzt auch durch die Umverteilung von Kosten, beispiels-
- 5 weise bei der Anschaffung und Finanzierung von Info- und Werbematerialien. Auch die Personalkosten steigen, ebenso die Kosten für
- 6 Verwaltung und Bürobedarf.
- 7 Diese Steigerungen werden nur teilweise durch steigende Beitragseinnahmen ausgeglichen.
- 8 Deshalb sehen wir eine Überprüfung des Sockelbetrages entsprechend der Satzung der IG Metall als notwendig an.

9

10

11

12

13

14 **Beschluss des Gewerkschaftstages:**

15 Erledigt durch Antrag Nr. 3.053

Antrag zur EntschlieÙung 3

Antragsthema: Sockelbetrag dynamisieren

3.059

**Antragstellerin/Antragsteller:
678 VS Ludwigsfelde**

Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

- 1 Der Vorstand der IG Metall wird aufgefordert, in Ausführung von § 14 Ziffer 6a der Satzung dem Beirat alle zwei Jahre einen Vor-
- 2 schlag zur Dynamisierung des Sockelbetrages im Ortskassenanteil der Beitragseinnahmen zu unterbreiten, der die Mitgliederentwick-
- 3 lung und die Beitragseinnahmen berücksichtigt.

4

5

6

7

8

9 **Beschluss des Gewerkschaftstages:**

- 10 Erledigt durch Antrag Nr. 3.053

Antrag zur EntschlieÙung 3

Antragsthema: Betreuung bei veränderten Organisationsstrukturen sicherstellen

3.060

Antragstellerin/Antragsteller: 151 VS Hamm-Lippstadt

Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

- 1 Der Vorstand wird aufgefordert, mit fusionierten Verwaltungsstellen ein Maßnahmen- und Finanzierungskonzept zu entwickeln, um
- 2 dauerhaft eine optimale Betreuungsarbeit der Funktionäre/Funktionärinnen und eine basisnahe Mitgliederbetreuung zu gewährleis-
- 3 ten.
- 4
- 5 Verwaltungsstellen, die einen erfolgreichen Kooperations- und Fusionsprozess abgeschlossen haben, dürfen nicht durch den Wegfall
- 6 des doppelten Ortskassenanteils in eine Lage gebracht werden, dass sie die Ortskasse nur dann finanziell stabilisieren können, wenn
- 7 Personal insbesondere im politischen Bereich abgebaut wird oder Büros insbesondere im ländlichen Bereich geschlossen werden
- 8 müssen.
- 9
- 10 Die Stärkung der Mitgliederbasis ist eine hochpolitische Aufgabe und kein Selbstzweck. Beteiligung der Mitglieder vor Ort schafft
- 11 Identifikation, Konfliktfähigkeit und ist unerlässlich für eine weitere Auf- und Ausbauorientierung unserer ehrenamtlichen Arbeit.
- 12 Das erfordert eine klare Prioritätensetzung unserer gewerkschaftlichen Arbeit vor Ort und setzt eine stärkere erschließungsorientierte
- 13 Schwerpunktsetzung voraus. Die Verwaltungsstellen müssen insbesondere in ländlichen Bereichen die ehrenamtlichen Strukturen
- 14 auf- und ausbauen, wo sie bisher nicht oder zu wenig existieren, um eine langfristige Aktionsbasis aufzubauen, die eine nachhaltige
- 15 Stärkung der Organisation auf Dauer ermöglichen.

16
17
18
19
20

Beschluss des Gewerkschaftstages:

22 Annahme als Material an den Vorstand

Antrag zur EntschlieÙung 3

**Antragsthema: Finanzielle Ausstattung von fusionierten
Flächenverwaltungsstellen zur eigenständigen Aufgabenerfüllung
und Erledigung**

3.061

**Antragstellerin/Antragsteller:
504 VS Celle-Lüneburg**

Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

- 1 Der Vorstand der IG Metall wird beauftragt, die schon erfolgten Neugliederungen der fusionierten Flächenverwaltungsstellen und de-
- 2 ren finanzielle Ausstattung dahingehend zu überprüfen, dass die eigenständige Aufgabenerledigung sichergestellt ist.
- 3
- 4 Dabei ist besonders darauf zu achten, dass die Präsenz in der Fläche, vor allem in strukturschwachen und dünn besiedelten Gebie-
- 5 ten, nur durch kleine Verwaltungsstellen aufrechterhalten bleiben kann.
- 6
- 7 Bei der Fusion der Verwaltungsstelle Celle-Lüneburg war damals schon absehbar, dass die vom Vorstand gewährten Fusionsmittel
- 8 eine eigenständige Aufgabenerledigung auf Dauer nicht gewährleisten.
- 9
- 10 Zielführend wären langfristig gewährte Zuwendungen (z.B. doppelter Sockel), die selbstverständlich mit dem Vorstand vereinbarte
- 11 Ziele beinhalten.
- 12
- 13
- 14
- 15
- 16
- 17 **Beschluss des Gewerkschaftstages:**
- 18 Teilweise erledigt durch Antrag 3.053 und Antrag 3.060

Antrag zur EntschlieÙung 3

Antragsthema: Ressourcen bei veränderten Organisationsstrukturen

3.062

**Antragstellerin/Antragsteller:
359 VS Bonn-Rhein-Sieg**

Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

- 1 Der Vorstand wird aufgefordert, in Zukunft mit den Ortsvorständen von zu fusionierenden Verwaltungsstellen ein Maßnahmen- und
- 2 Finanzierungskonzept zu entwickeln, das dauerhaft eine optimale Betreuungsarbeit, eine basisnahe Mitgliederbetreuung und eine
- 3 notwendige Erschließungsarbeit gewährleistet.
- 4
- 5 Verwaltungsstellen, die einen erfolgreichen Fusionsprozess abgeschlossen haben, dürfen nicht durch den Wegfall von Sockelbeträgen
- 6 in eine Lage gebracht werden, dass sie die Ortskasse nur mit Personalabbau und Schließung von Geschäftsstellen finanziell stabilisie-
- 7 ren können.
- 8
- 9 Die Verwaltungsstellen mit größerer Fläche müssen mehr Aufwand betreiben, um die Mitglieder und Funktionäre/Funktionärinnen
- 10 beteiligungsorientiert an gewerkschaftlicher Arbeit teilnehmen zu lassen. Die Fläche einer Verwaltungsstelle muss bei der finanziellen
- 11 Ausstattung, anders als bisher, eine Rolle spielen.
- 12
- 13
- 14
- 15
- 16
- 17 **Beschluss des Gewerkschaftstages:**
- 18 Erledigt durch Antrag Nr. 3.060

Antrag zur EntschlieÙung 3

Antragsthema: Konzept zur langfristigen Finanzierung von Verwaltungsstellenarbeit

3.063

Antragstellerin/Antragsteller: 573 VS Halle-Dessau

Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

- 1 Der Vorstand wird aufgefordert, die Schlechterstellung fusionierter Verwaltungsstellen gegenüber kooperierenden Verwaltungsstel-
- 2 len, wie folgt zu beenden:
- 3 1. durch Zahlung aus Mitteln des Vorstandes in Höhe eines Ausgleichsbetrages pro Monat in fusionierten Verwaltungsstellen,
- 4 2. durch Erarbeitung eines Konzeptes in Zusammenarbeit mit betroffenen Verwaltungsstellen zu Sicherung der finanziellen Voraus-
- 5 setzungen für eine gute Mitglieder- und Betriebsbetreuung auch in Verwaltungsstellen mit großer Fläche und überwiegender
- 6 Kleine und mittlere Unternehmen (KMU)-Struktur,
- 7 3. durch Vorlage dieses Konzeptes innerhalb eines Jahres und Beschlussfassung im Beirat.
- 8
- 9 Die aus Fusionen und Kooperationen gespeisten kostenwirksamen Synergien reichen erfahrungsgemäß nicht aus, um eine langfristig
- 10 angelegte Finanzierung der notwendigen Betreuungsarbeit zu gewährleisten. Dies gilt vor allem für fusionierte Verwaltungsstellen,
- 11 denen einmal der Sockelbetrag aus § 14 Abs. 6 der Satzung fehlt.
- 12
- 13 Es ist auf Dauer nicht zielführend, ständig beim Vorstand aus den einschlägigen Töpfen Sondermittel beantragen zu müssen. Neben
- 14 einer kurzfristigen Lösung geht es insbesondere um eine langfristige Finanzierung betroffener Verwaltungsstellen.
- 15
- 16
- 17
- 18
- 19

Beschluss des Gewerkschaftstages:

21 Erledigt durch Antrag Nr. 3.060

Antrag zur EntschlieÙung 3

Antragsthema: Finanzierung der Verwaltungsstellen anpassen

3.064

Antragstellerin/Antragsteller: 349 VS Köln-Leverkusen

Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

- 1 Die Finanzierung der Verwaltungsstellen der IG Metall (Grundsockel, Beitragseinnahmen) ist den tief greifenden Veränderungen in
- 2 der Tarifpolitik, der Arbeitskulturfik sowie der betrieblichen Unternehmensbetreuung anzupassen:
- 3 Die zunehmend hohe Bedeutung der Warnstreiks in den Auseinandersetzungen um den Flächentarifvertrag gehen mit beständig stei-
- 4 genden finanziellen Anforderungen an die Verwaltungsstellen einher (Warnstreikorganisation, Warnstreikveranstaltungen und
- 5 Kundgebungen; Arbeitskultfmaterialien).
- 6 Die zunehmende Bedeutung von Firmentarif- und Sanierungstarifverhandlungen führt beständig zu steigenden Ressourcen der Ver-
- 7 waltungsstellen der IG Metall (personelle Kapazitäten, Kosten für Mitgliederbeteiligung, begleitende Arbeitskultfkosten).
- 8 Die zunehmende Verlagerung der Unternehmensbetreuung von regional oder bundesweit aufgestellten Unternehmen auf
- 9 Gewerkschaftssekretäre/-sekretärinnen der Verwaltungsstellen beinhaltet eine Umverteilung der finanziellen Belastungen von der
- 10 Vorstands- und die Verwaltungsebene, ohne dass ein finanzieller Ausgleich erfolgt.
- 11 Alle drei Trends haben sich als dauerhaft erwiesen. Es ist notwendig, dafür einen adäquaten finanziellen Ausgleich für die Verwal-
- 12 tungsstellen zu schaffen.
- 13
- 14 Hierzu fordern wir:
- 15 Erarbeitung eines Finanzierungskonzeptes für die Verwaltungsstellen, das die kontinuierliche Gegenfinanzierung der genannten
- 16 erweiterten Aufgaben sicherstellt.
- 17 Der Vorstand beruft zur Erarbeitung ein Projektteam, in dem Experten aus den entsprechenden Vorstandsbereichen und Verwaltungs-
- 18 stellen vertreten sind.
- 19 Dabei sind alle Möglichkeiten der Gegenfinanzierung zu überprüfen, wie z.B. die Einrichtung eines Tarif- und eines Unternehmensbe-
- 20 treuungsfonds, aus dem entsprechende Leistungen der Verwaltungsstellen anlassbezogen gegenfinanziert werden. Dies könnte als
- 21 integraler Bestandteil der Geschäftspläne der Verwaltungsstellen vereinbart werden.

22
23
24
25
26

Beschluss des Gewerkschaftstages:

28 Annahme in geänderter Fassung:

29

- 30 Die Finanzierung der Verwaltungsstellen der IG Metall (Grundsockel, Beitragseinnahmen) ist den tief greifenden Veränderungen in
- 31 der Tarifpolitik, der Arbeitskulturfik sowie der betrieblichen Unternehmensbetreuung anzupassen:
- 32 Die zunehmend hohe Bedeutung der Warnstreiks in den Auseinandersetzungen um den Flächentarifvertrag gehen mit beständig stei-
- 33 genden finanziellen Anforderungen an die Verwaltungsstellen einher (Warnstreikorganisation, Warnstreikveranstaltungen und

- 34 Kundgebungen; Arbeitskampfmaterialien).
- 35 Die zunehmende Bedeutung von Firmentarif- und Sanierungstarifverhandlungen führt beständig zu steigenden Ressourcen der Ver-
- 36 waltungsstellen der IG Metall (personelle Kapazitäten, Kosten für Mitgliederbeteiligung, begleitende Arbeitskampfkosten).
- 37 Die zunehmende Verlagerung der Unternehmensbetreuung von regional oder bundesweit aufgestellten Unternehmen auf
- 38 Gewerkschaftssekretäre/-sekretärinnen der Verwaltungsstellen beinhaltet eine Umverteilung der finanziellen Belastungen von der
- 39 Vorstands- und die Verwaltungsebene, ohne dass ein finanzieller Ausgleich erfolgt.
- 40 Alle drei Trends haben sich als dauerhaft erwiesen. Es ist notwendig, dafür einen adäquaten finanziellen Ausgleich für die Verwal-
- 41 tungsstellen zu schaffen.
- 42
- 43 Hierzu fordern wir den Vorstand auf, Folgendes zu prüfen:
- 44 Erarbeitung eines Finanzierungskonzeptes für die Verwaltungsstellen, das die kontinuierliche Gegenfinanzierung der genannten
- 45 erweiterten Aufgaben sicherstellt.
- 46 Der Vorstand beruft zur Erarbeitung ein Projektteam, in dem Experten aus den entsprechenden Vorstandsbereichen und Verwaltungs-
- 47 stellen vertreten sind.
- 48 Dabei sind alle Möglichkeiten der Gegenfinanzierung zu überprüfen, wie z.B. die Einrichtung eines Tarif- und eines Unternehmensbe-
- 49 treuungsfonds, aus dem entsprechende Leistungen der Verwaltungsstellen anlassbezogen gegenfinanziert werden. Dies könnte als
- 50 integraler Bestandteil der Geschäftspläne der Verwaltungsstellen vereinbart werden.

Antrag zur Entschlieung 3

Antragsthema: Übernahme der Kosten in Verbindung mit Warnstreiks durch den Vorstand der IG Metall

3.065

Antragstellerin/Antragsteller:
574 VS Magdeburg-Schönebeck

Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

- 1 Der Vorstand wird beauftragt, dafür Sorge zu tragen, dass den Verwaltungsstellen die im Zusammenhang mit Warnstreiks entstande-
- 2 nen, nachgewiesenen Kosten durch die Hauptkasse der IG Metall ersetzt werden.

3

4

5

6

7

8

- 9 **Beschluss des Gewerkschaftstages:**

- 10 Erledigt durch Antrag Nr. 3.064

Antrag zur EntschlieÙung 3

Antragsthema: Mittelverteilung aus dem strategischen Investitionsfonds

3.066

Antragstellerin/Antragsteller: 708 VS Fürth

Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

- 1 Der Vorstand wird beauftragt zu überprüfen, inwiefern bei der Mittelverteilung für zusätzliches Personal und Sachaufwand in den
- 2 Verwaltungsstellen aus dem strategischen Investitionsfonds Mittel für kleinere Branchen und die zugehörigen Betrieben verwendet
- 3 werden können. Hintergrund ist, dass es neben einer großen Automobil-, Automobilzuliefer- und Maschinenbauindustrie nach wie
- 4 vor die Tarifbereiche Holz- und Kunststoffindustrie, Kfz-Handwerk, Metallhandwerk, Textilindustrie sowie innerhalb des Tarifbereiches
- 5 Metall- und Elektroindustrie z.B. die Teilbranche der Spielwarenindustrie mit großen Mitgliederpotenzialen gibt.
- 6
- 7 Es ist sicher richtig, sich bei der Frage der zukünftigen Mitgliedergewinnung auf große Konzerne und Branchen zu konzentrieren.
- 8 Deshalb unterstützen wir auch ausdrücklich die bezirklichen Erschließungsstrategien.
- 9
- 10 Gleichzeitig darf dabei die Vielfältigkeit der IG Metall in anderen Branchen nicht vernachlässigt werden. Ansonsten läuft die IG Me-
- 11 tall Gefahr, bei einer eventuellen Krise in den großen Wirtschaftszweigen als Organisation schnell in eine Gesamtschieflage zu gera-
- 12 ten. Für viele ländlich strukturierten und nicht von den genannten Industriezweigen dominierten Verwaltungsstellen sowie für die
- 13 Verwaltungsstelle Fürth ist diese Vielfältigkeit von existenzieller Bedeutung. In diesen Bereichen gibt es durchaus wachsende Poten-
- 14 ziale. Alleine im Bereich der IG Metall Fürth sind in den Betrieben im Bereich der Holz- und Kunststoffindustrie sowie im Bereich der
- 15 Spielwarenindustrie mehrere Tausend Menschen beschäftigt.
- 16
- 17 Dieses Potenzial ist mit der vorhandenen personellen Besetzung alleine nicht zu erschließen, da die Erschließung einer kompletten
- 18 Branche bzw. Teilbranche über die alltägliche Verwaltungsstellentätigkeit hinaus reicht.
- 19
- 20 Deshalb sollen zusätzlich zu den bezirklichen Erschließungsstrategien solche Bereiche für den Einsatz von zusätzlichem Personal und
- 21 Sachmitteln berücksichtigt werden.

- 31 **Beschluss des Gewerkschaftstages:**
- 32 Erledigt durch Praxis

Antrag zur EntschlieÙung 3

Antragsthema: Weiterentwicklung Investitionsfonds – Stärkung der VS

3.067

Antragstellerin/Antragsteller: 702 VS Aschaffenburg

Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

- 1 Der Vorstand der IG Metall wird aufgefordert, den strategischen Investitionsfonds weiterzuentwickeln mit der Zielsetzung, Verwal-
- 2 tungsstellen in strukturschwachen Regionen zu unterstützen.
- 3
- 4 Für Erschließungsprojekte wurden seit 2011 finanzielle Mittel aus dem strategischen Investitionsfonds zur Verfügung gestellt. Wir
- 5 stehen vor demografischen Veränderungen und Bevölkerungsstrukturen, die sich in Form von Zuwächsen in Ballungsräumen einer-
- 6 seits, andererseits in der Entvölkerung in strukturarmen Regionen ausdrücken. Aus dieser Sicht war es richtig, die Mittel zur Er-
- 7 schließung zur Verfügung zu stellen. Es gilt, weiterhin Erschließungsräume zu definieren und Mitglieder für zusätzliche Mittel zu
- 8 gewinnen und die Finanzkraft der IG Metall zu stärken.
- 9
- 10 Durch entsprechend personell und finanziell ausgestattete Verwaltungsstellen ist sicherzustellen, dass Mitglieder arbeits- und wohn-
- 11 ortnah einen Ansprechpartner haben. Unsere gewerkschaftlichen betriebpolitischen Erfolge basieren auf kurzen Wegen und direkten
- 12 Anspruchsmöglichkeiten. Alle Mitglieder haben den gleichen Anspruch darauf, dass die IG Metall vor Ort engagiert und qualitativ
- 13 hochwertig arbeitet. Der Erhalt des Flächentarifvertrags erfordert handlungsfähige Verwaltungsstellen. Mindestbedingungen hierfür
- 14 sind drei politische Sekretärinnen oder Sekretäre, davon eine Jugendsekretärin oder ein Jugendsekretär.
- 15
- 16 Zur Sicherstellung der Präsenz in der Fläche sind Konzepte zur finanziellen und personellen Mindestausstattung der Verwaltungsstel-
- 17 len im Rahmen der Weiterentwicklung des strategischen Investitionsfonds zu entwickeln.
- 18
- 19
- 20
- 21
- 22
- 23 **Beschluss des Gewerkschaftstages:**
- 24 **Ablehnung**

Antrag zur EntschlieÙung 3

Antragsthema: Präsenz in der Fläche

3.068

**Antragstellerin/Antragsteller:
277 VS Suhl-Sonneberg**

Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

- 1 Die IG Metall bekennt sich zu einer flächendeckenden Struktur von Verwaltungsstellen und Gewerkschaftsbüros, um für die Mit-
- 2 glieder im Nahbereich erreichbar zu bleiben. Dieses Bekenntnis wird aktuellen und zukünftigen Personalbedarfen zugrunde gelegt.

3

4

5

6

7

8

9 **Beschluss des Gewerkschaftstages:**

- 10 Erledigt durch EntschlieÙung

Antrag zur EntschlieÙung 3

Antragsthema: Schutz der gesetzlichen Unfallversicherung auch für ehrenamtlich Aktive der IG Metall

3.069

Antragstellerin/Antragsteller: 210 VS Frankfurt am Main

Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

- 1 Der Vorstand der IG Metall wird aufgefordert, die Möglichkeit des unfallversicherungsrechtlichen Schutzes der ehrenamtlich tätigen
- 2 Kolleginnen und Kollegen bei der Berufsgenossenschaft in geeigneter Form abzusichern und die ehrenamtlich tätigen Kolleginnen
- 3 und Kollegen darüber zu informieren.
- 4
- 5 „Ehrenamt lohnt sich! Wer ehrenamtlich aktiv ist, lernt dazu und gibt dieses Wissen weiter. Ehrenamt sorgt für interessante Kon-
- 6 takte und Erfahrungen. Dein Engagement hilft den Kolleginnen und Kollegen. Wer ehrenamtlich arbeitet, ist bei der IG Metall gut
- 7 aufgehoben. Denn die IG Metall schätzt das Ehrenamt.“ [1]
- 8
- 9 Mitglieder der IG Metall, die ehrenamtlich tätig sind, setzen sich jeden Tag, auch in ihrer Freizeit, für die Interessen der Beschäftigten
- 10 und der IG Metall ein. Die Wahrnehmung dieser Aufgaben ist mit Gefährdungsrisiken verbunden. Dabei sind nicht alle Tätigkeiten,
- 11 die ausgeübt werden, nach gegebener Möglichkeit versichert.
- 12
- 13 Die in der gültigen Satzung der IG Metall angeführte „Freizeitunfallversicherung“ (§ 26) sowie die unter „Hinweise – 1. Absicherung
- 14 für ehrenamtliches Engagement“ dargestellten Versicherungsarten sind nicht ausreichend.
- 15
- 16 Die Möglichkeit des Schutzes und der Leistungen der gesetzlichen Unfallversicherung (die Berufsgenossenschaft – BG) wurde bisher
- 17 nicht wahrgenommen.
- 18
- 19 Die zuständige gesetzliche Unfallversicherung ist die Verwaltungs-Berufsgenossenschaft (VBG), bei der auch die bei der IG Metall be-
- 20 schäftigten Kolleginnen und Kollegen verpflichtend versichert sind. Die VBG teilte, nach einem angezeigten Unfall einer betroffenen
- 21 Kollegin, in einem ablehnenden Widerspruchbescheid mit:
- 22
- 23 *„Als ehrenamtliche Tätige bei einer Gewerkschaft hatten Sie jedoch die Möglichkeit, sich nach § 6 Abs.1 Nr. 4 SGB VII freiwillig zu*
- 24 *versichern. Davon wurde allerdings weder von Ihnen noch von der IG Metall Gebrauch gemacht.“*
- 25
- 26 Die Möglichkeit der freiwilligen Versicherung für „ehrenamtlich Tätige“ der Gewerkschaften besteht nach einer Gesetzesänderung
- 27 des Siebten Buches Sozialgesetzbuch (SGB VII – Gesetzliche Unfallversicherung) seit dem Januar 2005 [2] [3] für Einzelne und seit
- 28 Dezember 2012[4] für Gruppen.
- 29
- 30
- 31
- 32

33 [1] Aus einem Info der IG Metall NRW – Ehrensache!* Ehrenamtlich. Aktiv. IG Metall. Engagieren als Delegierte/Delegierter. –

34 [2] BT-Drs. 15/4051

35 [3] Zunächst war eine gesetzliche Pflichtversicherung angedacht, BT-Drs. 15/3439, S. 3 und Begründung S. 5 und 6

36 [4] Bundesgesetzblatt 2012, Teil I, Nr. 57

37

38

39

40

41

42 **Beschluss des Gewerkschaftstages:**

43 Annahme als Material an den Vorstand

Antrag zur EntschlieÙung 3

Antragsthema: Unfallversicherungsschutz für ehrenamtliche Funktionärinnen und Funktionäre

3.070

Antragstellerin/Antragsteller:
277 VS Suhl-Sonneberg

Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

- 1 Der Vorstand der IG Metall wird aufgefordert, die Möglichkeit des unfallversicherungsrechtlichen Schutzes für ehrenamtlich tätige
- 2 Kolleginnen und Kollegen bei der Berufsgenossenschaft in geeigneter Form abzusichern und die ehrenamtlich tätigen Kolleginnen
- 3 und Kollegen darüber zu informieren.

4

5

6

7

8

9 **Beschluss des Gewerkschaftstages:**

10 Erledigt durch Antrag Nr. 3.069

Antrag zur EntschlieÙung 3

Antragsthema: Delegiertenwahlen

3.071

Antragstellerin/Antragsteller: 936 VS Ludwigsburg

Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

- 1 Die Delegiertenversammlung ist das „Parlament“ der IG Metall auf örtlicher Ebene. In der Satzung sind die Stellung und die Aufga-
- 2 ben der Delegiertenversammlung in § 15 geregelt. Im Verwaltungshandbuch und in den Ortsstatuten ist die Durchführung der
- 3 Delegiertenwahl geregelt.
- 4
- 5 Für die Durchführung der Delegiertenwahl, unserem „Parlament“ vor Ort, braucht es die Unterstützung wie bei der Vertrauensleute-
- 6 wahl, BR-, JAV- und SBV-Wahl mit entsprechenden Materialien.
- 7
- 8 Nach der Delegiertenwahl brauchen wir Qualifizierungsangebote der neu gewählten Delegierten für ihre Aufgaben in der Delegier-
- 9 tenversammlung und im Betrieb.
- 10
- 11 Wir fordern den Vorstand der IG Metall auf, zur Vorbereitung und Durchführung der Delegiertenwahl entsprechend der Kampagne
- 12 zur Vorbereitung und Durchführung der Vertrauensleutewahl, die gleichzeitig stattfindet, entsprechende Materialien zu entwickeln
- 13 und rechtzeitig zu den Organisationswahlen 2016 zur Verfügung zu stellen, z.B.: die IG Metall Mitglieder wählen ihr „Parlament“,
- 14 die Delegiertenversammlung ...
- 15
- 16 Den Funktionsbereich Bildung fordern wir auf, für die Qualifizierung der Delegierten entsprechende Qualifizierungskonzepte für Ta-
- 17 ges- und Halbtageesschulungen zu entwickeln.

- 23 **Beschluss des Gewerkschaftstages:**
- 24 Annahme als Material an den Vorstand

Antrag zur EntschlieÙung 3

Antragsthema: Erhalt der demokratischen Strukturen

3.072

**Antragstellerin/Antragsteller:
213 VS Hanau-Fulda**

Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

- 1 In letzter Zeit wurden durch Beschäftigtenbefragungen und Umfragen versucht, die inhaltlichen Schwerpunkte der IG Metall zu iden-
- 2 tifizieren, um daraus Schlüsse für die weitere Arbeit zu entwickeln. Diese Befragungen dürfen nicht dazu dienen, demokratische
- 3 Diskussionsprozesse außer Kraft zu setzen.
- 4
- 5 Wir unterstreichen die Notwendigkeit der Erhaltung aller unserer demokratischen Strukturen wie Mitgliederversammlung, Delegier-
- 6 tenversammlung, Bezirkskonferenz, Beirat, Gewerkschaftstag usw. als Gremien, in denen durch Beschlusslage die Politik der IG Me-
- 7 tall flächendeckend und intensiv diskutiert und entschieden wird.
- 8
- 9 Beschäftigtenbefragungen und Umfragen von Meinungsforschungsinstituten ersetzen keine demokratischen Strukturen und können
- 10 nicht als Begründung der Politik der IG Metall herangezogen werden.
- 11
- 12
- 13
- 14
- 15
- 16 **Beschluss des Gewerkschaftstages:**
- 17 Erledigt durch Praxis

Antrag zur EntschlieÙung 3

Antragsthema: Beiträge

3.073

**Antragstellerin/Antragsteller:
408 VS Region Hamburg**

Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

- 1 Der Vorstand wird aufgefordert, eine IT-Lösung zu erstellen, mit der es jedem Mitglied in Zukunft möglich sein soll, seine Bei-
- 2 tragsquittung auf der Internetseite der IG Metall herunterzuladen bzw. auszudrucken.
- 3
- 4 Aufgrund vermehrter Wünsche und Anforderungen aus der Mitgliedschaft würde die Möglichkeit der Online-Beitragsquittung einen
- 5 verbesserten Mitgliederservice bedeuten. Jedes Mitglied könnte so direkt, z.B. mittels des Namens, der Mitgliedsnummer und des
- 6 Geburtsdatums, seine Leistung einsehen und bei Bedarf die eigene Beitragsquittung für das Finanzamt ausdrucken.
- 7
- 8
- 9
- 10
- 11
- 12 **Beschluss des Gewerkschaftstages:**
- 13 Annahme als Material an den Vorstand

Antrag zur EntschlieÙung 3

Antragsthema: Überprüfung der Satzungsleistungen

3.074

Antragstellerin/Antragsteller: 703 VS Augsburg

Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

- 1 Der Vorstand der IG Metall wird aufgefordert zu prüfen und Vorschläge zu unterbreiten, inwieweit die Satzungsleistungen für Mit-
- 2 glieder noch zeitgemäß sind.
- 3
- 4 Dabei sind die bezirklichen Vertrauensleuteausschüsse im Gegenstromverfahren zu beteiligen. Nach erfolgter Überprüfung ist eine
- 5 Beschlussempfehlung für den 23. Ordentlichen Gewerkschaftstag zu erarbeiten.
- 6
- 7 Die bisherigen Satzungsleistungen stammen aus einer Zeit, in denen die soziale Absicherung in Deutschland noch nicht soweit
- 8 fortgeschritten war wie heute. Ein Teil der IG Metall Mitglieder betrachtet die Leistungen heutzutage als nicht mehr zeitgemäß oder
- 9 hat diese bereits durch eigene Versicherungen abgedeckt.
- 10
- 11 Gerade als moderne Arbeitnehmerorganisation ist es notwendig, weiterhin attraktiv zu sein und zeitgemäÙe Leistungen anbieten zu
- 12 können.
- 13
- 14 Bei der Überprüfung sollen mehrere Faktoren berücksichtigt werden. Zum einen ist darauf zu achten, dass die Leistungen sowohl
- 15 Anreize für potenziell neue betriebsangehörige Mitglieder bieten, zum anderen aber auch die bestehenden Mitglieder noch enger an
- 16 die IG Metall binden.
- 17
- 18 Bei der Überprüfung muss zwischen Einmalzahlungen und dauerhaften Kosten für die IG Metall unterschieden werden. Jedoch ist
- 19 der Ausblick, eine fortlaufende Leistung der IG Metall ab einer gewissen Zugehörigkeit als Mitglied zu erreichen, ein Argument für
- 20 eine Mitgliedschaft in jungen Jahren und ein nicht zu unterschätzendes Mitgliederhalteinstrument.
- 21
- 22 Ein großer Teil der IG Metall Mitglieder ist zwischen 45 und 58 Jahre alt. Durch die Gesetzgebung der letzten Jahre ist mit einer
- 23 deutlichen Zunahme von Altersarmut in Deutschland zu rechnen. Daher soll insbesondere überprüft werden, welche Leistungen Mit-
- 24 glieder, die in den nächsten Jahren aus dem Erwerbsleben in die Rente ausscheiden, benötigen.

- 31 **Beschluss des Gewerkschaftstages:**
- 32 Annahme als Material an den Vorstand

Antrag zur EntschlieÙung 3

Antragsthema: Ausreichende Entschädigung bei Bildungsveranstaltungen

3.075

**Antragstellerin/Antragsteller:
152 VS Herford**

Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

- 1 Der Vorstand wird aufgefordert, die Organisationsrichtlinien für die Bildungsarbeit der IG Metall dahingehend zu ändern, dass Teil-
- 2 nehmende an Bildungsveranstaltungen der IG Metall bei satzungsgemäÙer Beitragsleistung für Fahrtkosten entsprechend der folgen-
- 3 den Regelung entschädigt werden:
- 4
- 5 Eine An- und Abreise zu Bildungsveranstaltungen ist so ökologisch wie möglich zu gestalten, dass die Nutzung öffentlicher Verkehrs-
- 6 mittel gegenüber der Einzelnutzung eines Privat-Pkw vorzuziehen sind.
- 7
- 8 Sollte eine Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel zu einer unzumutbaren Verlängerung der Anfahrtszeiten führen oder unmöglich sein,
- 9 sind die Fahrtkosten folgendermaßen zu erstatten:
- 10 bis 300 km – 0,30 Euro/km
- 11 über 300 km – 0,11 Euro/km
- 12 je Mitfahrer(in) – 0,02 Euro/km

- 13
- 14
- 15
- 16
- 17
- 18
- 19 **Beschluss des Gewerkschaftstages:**
- 20 Annahme als Material an den Vorstand

Antrag zur EntschlieÙung 3

Antragsthema: Änderung der Reisekostenrichtlinien

3.076

**Antragstellerin/Antragsteller:
471 VS Rostock**

Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

- 1 Nach der der geltenden Bildungsrichtlinie werden bei Einzelanreise mit dem Pkw 0,11 Euro pro Kilometer erstattet. Dieser Betrag ist
2 auf 0,30 Euro pro Kilometer zu erhöhen.

3

- 4 Durch unterschiedliche betriebliche Arbeitszeiten ist es häufig nicht möglich, Fahrgemeinschaften zu einer Bildungsveranstaltung zu
5 organisieren. Vor allem in Flächenverwaltungsstellen und Kooperationsverwaltungsstellen können damit hohe Fahrtkosten für Ein-
6 zelne entstehen, die mit dem bisherigen Betrag von 0,11 Euro pro Kilometer bei Weitem nicht abgedeckt werden.

7

8

9

10

11

12 **Beschluss des Gewerkschaftstages:**

- 13 Erledigt durch Antrag Nr. 3.075

Antrag zur EntschlieÙung 3

Antragsthema: Änderung der Reisekostenrichtlinien

3.077

**Antragstellerin/Antragsteller:
472 VS Schwerin**

Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

- 1 Nach der der geltenden Bildungsrichtlinie werden bei Einzelanreise mit dem Pkw 0,11 Euro pro Kilometer erstattet. Dieser Betrag ist
2 auf 0,30 Euro pro Kilometer zu erhöhen.

3

- 4 Durch unterschiedliche betriebliche Arbeitszeiten ist es häufig nicht möglich, Fahrgemeinschaften zu einer Bildungsveranstaltung zu
5 organisieren. Vor allem in Flächenverwaltungsstellen und Kooperationsverwaltungsstellen können damit hohe Fahrtkosten für Ein-
6 zelne entstehen, die mit dem bisherigen Betrag von 0,11 Euro pro Kilometer bei Weitem nicht abgedeckt werden.

7

8

9

10

11

12 **Beschluss des Gewerkschaftstages:**

- 13 Erledigt durch Antrag Nr. 3.075

Antrag zur EntschlieÙung 3

Antragsthema: Verwendung von nachhaltig produziertem Mineralwasser in allen Gliederungen der IG Metall

3.078

Antragstellerin/Antragsteller:
408 VS Region Hamburg

Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

- 1 Der Vorstand wird aufgefordert zu prüfen, inwieweit in allen Gliederungen der IG Metall Trinkwasser genutzt werden kann, das nach-
- 2 haltig abgefüllt wird. Ebenso ist zu prüfen, ob es Trinkwasserproduzenten in der jeweiligen Region gibt, die ihrerseits nachhaltige
- 3 Projekte unterstützen. Als Beispiel für einen solchen Produzenten kann Viva con Agua de Sankt Pauli e.V. genannt werden. Viva con
- 4 Agua unterstützt weltweite Wasserprojekte.
- 5
- 6 Die IG Metall und der DGB haben sich in der Vergangenheit bereits mehrfach gegen die Privatisierung von Trinkwasser und für einen
- 7 Zugang für alle ausgesprochen.
- 8
- 9
- 10
- 11
- 12
- 13 **Beschluss des Gewerkschaftstages:**
- 14 Annahme als Material an den Vorstand

Antrag zur EntschlieÙung 3

Antragsthema: Die Elektromobilität fördern

3.079

**Antragstellerin/Antragsteller:
408 VS Region Hamburg**

Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

- 1 Die IG Metall wird bei zukünftigen Anschaffungen von Dienstfahrzeugen verstärkt Autos mit alternativer Energieversorgung an-
- 2 schaffen. Hierzu gehört zum jetzigen Zeitpunkt der technischen Entwicklung insbesondere der Elektroantrieb. Zukünftig können auch
- 3 andere Energieformen wie Wasserstoff u.a. dazukommen.

4

- 5 Die neuen Antriebstechnologien sind umweltschonender als die bisher genutzten Verbrennungstechnologien. Die IG Metall setzt sich
- 6 für den Umweltschutz ein. Deshalb soll sie mit gutem Beispiel andere überzeugen, diese Technologien anzuwenden. Die Einführung
- 7 neuer Antriebstechnologien fördert zudem den Technologiestandort Deutschland. Damit werden die zukünftigen industriellen
- 8 Arbeitsplätze auch in der Automobilindustrie gefördert.

9

10

11

12

13

14 **Beschluss des Gewerkschaftstages:**

15 Erledigt durch Praxis

16

Antrag zur EntschlieÙung 3

Antragsthema: Fair Trade und Nachhaltigkeit

3.080

**Antragstellerin/Antragsteller:
Jugendausschuss beim Vorstand**

Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

- 1 Die „Richtlinie zum Einkauf/Beschaffung“ im Verwaltungshandbuch der IG Metall wird um Nachhaltigkeits- und Fair-Trade-Maßstäbe
- 2 erweitert und zukünftig in allen Organisationseinheiten der IG Metall angewendet.
- 3
- 4 Dies betrifft Gebrauchs-, Verbrauchs- und Aktionsmaterialien jeglicher Art.
- 5
- 6 Der Vorstand der IG Metall wird aufgefordert, die Einkaufs- und Beschaffungsrichtlinie der IG Metall entsprechend zu ergänzen.
- 7
- 8
- 9
- 10
- 11
- 12
- 13 **Beschluss des Gewerkschaftstages:**
- 14 Annahme als Material an den Vorstand

Antrag zur EntschlieÙung 3

Antragsthema: Fair Trade everything

3.081

**Antragstellerin/Antragsteller:
716 VS Regensburg**

Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

- 1 Die „Richtlinie zum Einkauf/Beschaffung“ im Verwaltungshandbuch der IG Metall wird um Nachhaltigkeits- und Fair-Trade-Maßstäbe
2 erweitert.

3

4

5

6

7

8

9 **Beschluss des Gewerkschaftstages:**

10 Erledigt durch Antrag Nr. 3.080

Antrag zur EntschlieÙung 3

Antragsthema: Gleichbehandlung

3.082

Antragstellerin/Antragsteller:
574 VS Magdeburg-Schönebeck

Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

- 1 Dass der Vorstand aufgefordert wird, dafür Sorge zu tragen, dass nach 25-jähriger deutscher Einheit endlich auch in der IG Metall
- 2 die Einheit hergestellt wird. Dieses betrifft vor allem die unterschiedlichen Arbeitszeitregelungen bei den IG Metall Angestellten in
- 3 den alten und neuen Bundesländern. Auch unter Gleichbehandlungsgesichtspunkten ist hier zwingendes Handeln notwendig.

4

5

6

7

8

- 9 **Beschluss des Gewerkschaftstages:**

- 10 Annahme als Material an den Vorstand

Antrag zur Entschlieung 3

Antragsthema: kologische Materialien

3.083

**Antragstellerin/Antragsteller:
401 VS Bremen**

Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

- 1 Der IG Metall Vorstand legt unter Einbeziehung der IG Metall Jugend die Kriterien an gewerkschaftlich genutzte Materialien im Sinne
- 2 der ökologischen Nachhaltigkeit fest. Weiterhin muss die IG Metall auf den DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften einwirken, sich
- 3 ebenfalls daran zu beteiligen.
- 4
- 5
- 6
- 7
- 8
- 9
- 10 **Beschluss des Gewerkschaftstages:**
- 11 Annahme als Material an den Vorstand

Antrag zur EntschlieÙung 3

Antragsthema: Erweiterung der hauptamtlichen Weiterbildung

3.084

Antragstellerin/Antragsteller: 917 VS Mannheim

Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

- 1 Das Arbeitsschutzgesetz von 1996 ist 2013 ergänzt worden, um unzweideutig und zwingend den gesetzlichen Präventionsauftrag,
- 2 auch bei den sich immer stärker ausbreitenden psychischen Gefährdungen am Arbeitsplatz, einfordern zu können. Da die Arbeitgeber
- 3 ihrer Verpflichtung aus diesem Gesetz nach wie vor nicht flächendeckend und konsequent nachkommen, müssen die betrieblichen
- 4 Interessenvertretungen entsprechende Maßnahmen durch- und umsetzen.
- 5
- 6 • Die qualifizierte Unterstützung durch hauptamtliche Kolleginnen und Kollegen ist hierbei unabdingbar. Der Vorstand der IG Me-
- 7 tall wird daher aufgefordert, die Wirkungsweise der vom letzten Gewerkschaftstag als Material an den Vorstand beschlossenen
- 8 entsprechenden Seminare in der Hauptamtlichenweiterbildung (HAW) auszuwerten.
- 9 • Ferner ist dafür Sorge zu tragen, dass alle in den Verwaltungsstellen zuständigen politischen Sekretärinnen und Sekretäre ver-
- 10 bindlich das erforderliche theoretische und praktische Wissen zur Durch- und Umsetzung der Regelungen des Arbeitsschutzge-
- 11 setzes in den Betrieben erwerben.

12
13
14
15
16
17

Beschluss des Gewerkschaftstages:

19 Annahme als Material an den Vorstand

Antrag zur EntschlieÙung 3

Antragsthema: Werkverträge und Beschäftigung von Leiharbeitnehmern und Leiharbeiterinnen in den Bildungsstätten und anderen gewerkschaftlichen Gliederungen

3.085

Antragstellerin/Antragsteller:
212 VS Mittelhessen

Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

- 1 Der Vorstand der IG Metall wird aufgefordert, darauf hinzuwirken, Werkverträge in unseren Bildungsstätten und anderen Einrichtung-
- 2 gen z.B. beim Service, an der Rezeption oder in der Küche zu kündigen und diese Tätigkeiten von Beschäftigten der IG Metall ausfüh-
- 3 ren zu lassen. Die Beschäftigten der Fremdfirmen von Service, Rezeption oder Küche an unseren Bildungsstätten sind, wenn möglich,
- 4 alsbald bei der IG Metall zu übernehmen.

5

6

7

8

9

10

11 **Beschluss des Gewerkschaftstages:**

12 Annahme als Material an den Vorstand

Antrag zur EntschlieÙung 3

Antragsthema: Wer die Besten will, kann auf Frauen nicht verzichten/Umsetzung Quote

3.086

Antragstellerin/Antragsteller: Frauenausschuss beim Vorstand

Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

- 1 Der Vorstand wird beauftragt, ein Programm gezielt für Verwaltungsstellen zu entwickeln, das die Umsetzung der 30%-Zielquote von
- 2 Frauen für den politischen Bereich und die Führungspositionen fördert.
- 3
- 4 Ziel des Programmes sollte sein, wirksamere Maßnahmen zu entwickeln, um mehr Teilnehmerinnen aus Verwaltungsstellen
- 5 • in das Führungskräftenachwuchsprogramm,
- 6 • in das Traineeprogramm der IG Metall und in
- 7 • die Ausbildungsreihe für Junge Hauptamtliche
- 8 zu entsenden. Bei der Auswahl müssen Frauen verstärkt berücksichtigt werden.
- 9
- 10 Bei der Personalentwicklung, die mit der Inanspruchnahme von Altersteilzeit hinterlegt sein muss, sollte ebenfalls konsequent die Be-
- 11 setzung mit weiblichen Beschäftigten geprüft werden.
- 12
- 13 Das Programm soll Informationskonzepte für die Bevollmächtigten sowie Methoden und Instrumente für die Umsetzung umfassen.
- 14 Die Umsetzungsstrategie mit gezielten Maßnahmen der Personalentwicklung für Frauen muss Teil der jährlichen Geschäftsplanungs-
- 15 prozesse sein.
- 16
- 17 Außerdem ist ein Monitoringprozess notwendig, der die Entwicklung, die Umsetzung und die Einhaltung der Maßnahmen effektiv
- 18 und nachhaltig unterstützt und begleitet.

Beschluss des Gewerkschaftstages:

27 Annahme in geänderter Fassung:

- 29 Der Vorstand wird beauftragt, ein Programm gezielt für Verwaltungsstellen zu entwickeln, das die Umsetzung der 30 % - Zielquote
- 30 von Frauen für den politischen Bereich und die Führungspositionen fördert.

34 Ziel des Programmes sollte sein, ~~wirksamere~~ weiter Maßnahmen zu entwickeln, um mehr Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Ver-
35 waltungsstellen

36 • in das Führungskräftenachwuchsprogramm,

37 • in das Traineeprogramm der IG Metall und

38 • in die Ausbildungsreihe für Junge Hauptamtliche

39 zu entsenden. Bei der Auswahl müssen Frauen verstärkt berücksichtigt werden.

40

41 Bei der Personalentwicklung, die mit der Inanspruchnahme von Altersteilzeit hinterlegt sein muss, sollte ebenfalls konsequent die Be-
42 setzung mit weiblichen Beschäftigten geprüft werden.

43

44 Das Programm soll Informationskonzepte für die Bevollmächtigten sowie Methoden und Instrumente für die Umsetzung umfassen.-

45 ~~Die Umsetzungsstrategie mit gezielten Maßnahmen der Personalentwicklung für Frauen muss Teil der jährlichen Geschäftsplanungs-~~
46 ~~prozesse sein.~~

47 -

48 ~~Außerdem ist ein Monitoringprozess notwendig, der die Entwicklung, die Umsetzung und die Einhaltung der Maßnahmen effektiv~~
49 ~~und nachhaltig unterstützt und begleitet. Annahme in geänderter Fassung:-~~

Antrag zur Entschlieung 3

Antragsthema: Barrierefreiheit und Inklusion in der IG Metall

3.087

**Antragstellerin/Antragsteller:
523 VS Salzgitter-Peine**

Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

- 1 Der Vorstand der IG Metall hat dafür Sorge zu tragen, dass Inklusion und Barrierefreiheit im gewerkschaftlichen Alltag im Rahmen
- 2 der UN-Behindertenkonvention und des Inklusionsgedankens voll umfassend umgesetzt wird. Dazu sind insbesondere zentrale Ange-
- 3 bote an gewerkschaftlicher Information und Bildung daraufhin zu prüfen, ob sie eine Teilhabe ermöglichen (Online-Medien, Print-
- 4 medien, Bildungsangebote usw.).
- 5
- 6
- 7
- 8
- 9
- 10 **Beschluss des Gewerkschaftstages:**
- 11 Annahme als Material an den Vorstand

Antrag zur EntschlieÙung 3

Antragsthema: Barrierefreie Veranstaltungen der IG Metall

3.088

Antragstellerin/Antragsteller:
147 VS Duisburg-Dinslaken

Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

- 1 Um Menschen mit einem Handicap die Teilhabe und Teilnahme an Veranstaltungen der IG Metall zu ermöglichen, wird in der gesam-
- 2 ten Organisation zukünftig auf barrierefreie Ausgestaltung aller Veranstaltungen geachtet.

3

4

5

6

7

8 **Beschluss des Gewerkschaftstages:**

9 Erledigt durch Antrag Nr. 3.087

Antrag zur EntschlieÙung 3

Antragsthema: Die Stärkung der DGB-Rechtsschutzstrukturen in den Regionen

3.089

**Antragstellerin/Antragsteller:
405 VS Unterelbe**

Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

- 1 Den Vorstand zu beauftragen, sich beim DGB-Bundesvorstand und bei der DGB-Rechtsschutz GmbH dafür einzusetzen, dass die
- 2 Rechtsschutzstrukturen in den Regionen ausgebaut und verbessert werden. Dieses bezieht sich sowohl auf die vorhandenen Kapazi-
- 3 täten als auch auf die fachlichen Qualifikationen. Konkret bedeutet dies:
- 4
- 5 1. Die Erhöhung des Personalschlüssels vor Ort
- 6 2. Die Festlegung von Zeiten, in denen die Rechtsschutzfälle mit den Mitgliedern vorbesprochen und ggf. gerichtliche Termine vor-
- 7 bereitet werden. Gleiches gilt für die Nachbereitung.
- 8 3. Verbindliche Regelungen und Zeiträume für Erhaltens- und Weiterbildung zu generieren

9

10

11

12

13

14 **Beschluss des Gewerkschaftstages:**

15 Annahme als Material an den Vorstand

Antrag zur EntschlieÙung 3

Antragsthema: Die Stärkung der DGB-Rechtsschutzstrukturen in den Regionen

3.090

Antragstellerin/Antragsteller:
402 VS Bremerhaven

Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

- 1 Den Vorstand zu beauftragen, sich beim DGB-Bundesvorstand und bei der DGB-Rechtsschutz GmbH dafür einzusetzen, dass die
- 2 Rechtsschutzstrukturen in den Regionen ausgebaut und verbessert werden. Dieses bezieht sich sowohl auf die vorhandenen Kapazi-
- 3 täten als auch auf die fachlichen Qualifikationen.
- 4
- 5
- 6
- 7
- 8
- 9
- 10 **Beschluss des Gewerkschaftstages:**
- 11 Erledigt durch Antrag Nr. 3.089

Antrag zur EntschlieÙung 3

Antragsthema: Die IG Metall braucht strategische Bündnisse

3.091

Antragstellerin/Antragsteller: 274 VS Jena-Saalfeld

Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

- 1 Die IG Metall ist mit vielfachen Herausforderungen konfrontiert, nur zwei Beispiele:
- 2 • Tarifpolitisch ist es nach wie vor immer wieder notwendig, dass wir uns mit wirtschafts- und sozialpolitischen Defiziten und de-
- 3 ren Folgen in dem Wissen auseinandersetzen, dass neoliberales Verzichts- und Spardenken auch bei großen Teilen unserer Mit-
- 4 glieder seinen Widerhall findet.
- 5 • Gesellschaftspolitisch ist Ende des Jahres 2014 mit den sog. „Pegida-Initiativen“ eine Situation entstanden, in der die IG Metall
- 6 mit ihren Positionen für eine solidarische und nicht rassistische Gesellschaft gegen völlig entgegengesetzte rechtspopulistische
- 7 Positionen im Wissen auftreten muss, dass diese auch bei nicht wenigen Mitgliedern unserer IG Metall verbreitet sind.
- 8
- 9 Nach wie vor bleibt ein grundlegender politischer, ökonomischer und sozialer Kurswechsel notwendig, wie ihn u.a. die IG Metall
- 10 fordert. Den Kurswechsel zu fordern und für ihn zu demonstrieren ist politisch und ökonomisch richtig und wichtig, um diejenigen
- 11 gewinnen zu können, die nicht (mehr) an die Möglichkeit der Einflussnahme auf Politik und Gesellschaft glauben, die sich an Wahlen
- 12 nicht (mehr) beteiligen und nun in politischen Bewegungen wie „Pegida“ aktiv sind oder damit sympathisieren.
- 13
- 14 Ein solcher politischer und ökonomischer Kurswechsel muss, wenn für ihn erfolgversprechend mobilisiert werden soll, Thema einer
- 15 politischen Bewegung sein, die nicht nur aus der IG Metall bestehen kann. Es muss das Ziel der IG Metall und der DGB-
- 16 Gewerkschaften sein, andere Initiativen, Verbände und Persönlichkeiten für gesellschafts-, wirtschafts- und sozialpolitische Alterna-
- 17 tiven zu gewinnen und für diese in einem breit angelegten strategischem Bündnis gemeinsam zu streiten.
- 18
- 19 Der Vorstand, die Bezirksleitungen und die Verwaltungsstellen der IG Metall werden deshalb aufgefordert, solche sozialen Bündnisse
- 20 vor Ort, in den Regionen und auf Bundesebene auf- und ausbauen, zu stabilisieren und zu pflegen. Dies muss einhergehen mit unse-
- 21 rer Verantwortung, die IG Metall im Betrieb und in der Gesellschaft zu stärken, um mobilisierungs- und handlungsfähig zu bleiben.
- 22 Ziel aber muss ebenso sein, im Bündnis mit anderen eine politische Bewegung für die Ziele der IG Metall zu entwickeln – gegen ras-
- 23 sistische Positionen und Bewegungen, die die Menschenrechte nur für Deutsche gelten lassen möchten – und gegen Positionen und
- 24 Bewegungen, die nach wie vor die neoliberalen Positionen vertreten und sie wieder zum Alltag der Politik machen wollen.

Beschluss des Gewerkschaftstages:

31 Erledigt durch EntschlieÙung

Antrag zur EntschlieÙung 3

Antragsthema: Gewerkschaftliche Kommunikation 2.0

3.092

**Antragstellerin/Antragsteller:
903 VS Freudenstadt**

Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

- 1 Der Vorstand wird beauftragt, ein gewerkschaftliches Kommunikationskonzept 2.0 zu entwickeln, welches folgende Anforderungen
2 erfüllt:

3

- 4 • Möglichkeit für alle Gliederungsebenen Informationen an die Mitglieder im jeweiligen Zuständigkeitsbereich einzustellen
5 • Inhalte in Text und grafischer Form darzustellen
6 • die wesentlichen Smartphone-Systeme einzubeziehen
7 • Möglichkeiten von Push-Nachrichten an Smartphones zu versenden

8

9

10

11

12

13 **Beschluss des Gewerkschaftstages:**

- 14 Annahme als Material an den Vorstand

Antrag zur EntschlieÙung 3

Antragsthema: Gestalten statt verwalten (§ 14 der Satzung)

3.093

Antragstellerin/Antragsteller:
350 VS Krefeld

Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

1 § 14 der Satzung soll es ermöglichen, dass die örtliche/regionale Gliederungseinheit als Gestaltungsstelle „firmieren“ kann.

2

3

4

5

6

7 **Beschluss des Gewerkschaftstages:**

8 Erledigt durch den Antrag zur Satzung Nr. S.012